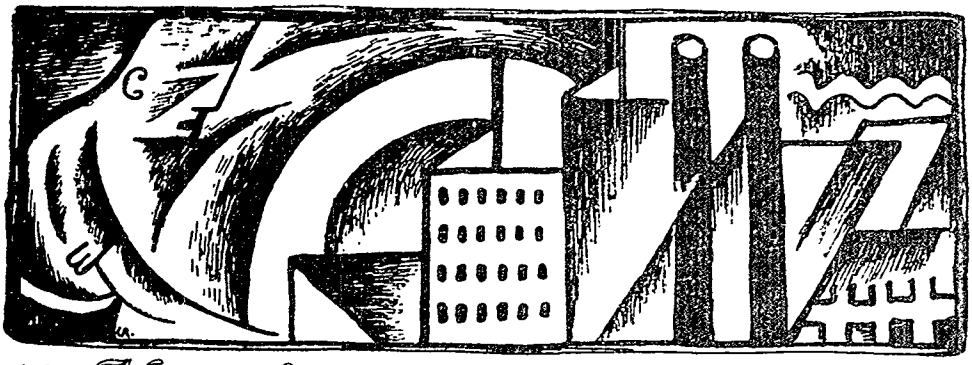

11. November 1924

WALTHER KOCH · DIE JUGEND VOR DEN WAHLEN

SOWEIT sich die Jugend nicht schon ganz klar politisch entschieden hat, wird sie es nicht ganz leicht haben sich in diesem Wahlkampf zu orientieren. Die Auflösung des Reichstags erfolgte nach wochenlangen Kabinettskrisen und Verhandlungen der Parteien unter einander und mit der Regierung, die auf die Jugend, wie auf alle dem engern parteipolitischen Leben fernerstehenden Volkskreise, nicht den geringsten Eindruck machten. Während die Frage der Ablehnung oder Annahme des Dawesgutachtens wegen ihrer politischen und wirtschaftlichen Folgen immerhin geeignet war die Bevölkerung aufzurühren und zur Stellungnahme zu zwingen, ist der gegenwärtige Augenblick durch eine gewisse politische Gleichgültigkeit gekennzeichnet, die befürchten läßt, daß politische Demagogie und Gerissenheit über politisches Verantwortungsbewußtsein siegen könnten.

Die Jugend aller Richtungen schaut nach einer Staatskunst aus, die das echt nationale Ziel der Volksgemeinschaft verwirklichen kann. Dabei sieht sie, wie die Idee der Volkgemeinschaft zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht wird, etwa zur Bildung eines Bürgerblocks gegen die Sozialdemokratie, also gegen die Arbeiterklasse. Mit einer Bürgerpolitik gegen die Arbeiter kann niemand zu tun haben wollen, der sich zur deutschen Jugendbewegung rechnet; vielmehr strebt diese auf den verschiedensten Wegen zur Zusammenarbeit der Volksgenossen in Arbeiterklasse und Bürgertum. Wenn die deutsche Parteipolitik in Reich, Ländern und Gemeinden auf ein kleinliches Feilschen um Ministersessel und auf gegenseitige Verunglimpfung hinausläuft, wendet sich die Jugend von dieser Parteipolitik ab. Das bedeutet aber eine zunehmende Verödung unseres politischen Lebens, die auch die Parteien erkennen und überwinden müssen. In welchen Parteien hat die Jugend einen wirklichen Einfluß errungen? Sie, die man im Weltkrieg nicht oft genug als die Trägerin der Zukunft feiern konnte, muß es jetzt erleben, daß die politischen Geschäfte von genau den selben, immer mehr in der Parteischablone erstarrenden Parlamentariern betrieben werden, die sie schon vor dem Krieg machten, daß von einer wesentlichen Verjüngung des überalterten Reichstags nichts zu spüren ist. Dazu kam eine immer schlimmere Zersplitterung in kleine Parteien und ein Buhlen um die Volksgunst, das die Haltung der Führenden noch mehr herabwürdigte. Endlich die Ausschaltung aller neuen Menschen durch das Listenwahlsystem, dieses Zerrbild eines zahlen-

gerechten Wahlrechts ‹das ungefähr mit dem gleichen Recht ein Proportionalwahlsystem zu sein behauptet, wie die Bolschewisten sich als Vertreter des Kommunismus aufspielen›.

Überall erschallt der Ruf nach Führung, nach einer klaren Zielsetzung und einer weiterschauenden Politik, die die innere und äußere Befreiung Deutschlands auf dem richtigen Weg anstrebt. Überall befinden sich die Parteien in Krisen, die das Anzeichen der Zersetzung unseres parlamentarischen Lebens sind und zu seiner Auflösung führen müssen, sofern das Volk nicht endlich erkennt, daß es sich um seine eigene Zukunft handelt. In England hat der Parlamentarismus, wie das vor allem wieder Wilhelm Dibelius in seinem neuen Werk nachgewiesen hat, neben manchen Mängeln die Betätigungsmöglichkeit großer Führerpersönlichkeiten gebracht, die für 5 Jahre »eine nahezu diktatorische Gewalt« haben und »alle Kräfte des Landes zu politischer Mitarbeit aufrufen«.[1] Wir sehen, wie jetzt der Wahlkampf in England darum ging durch Ausschaltung der Liberalen erst wieder einmal das eine wirklich parlamentarische Regierung ermöglichende Zweiparteiensystem herzustellen. Und der Ausgang dieser Wahl: der Sieg produktiver Wirtschaftspolitik über veraltete liberale Doktrinen, hat die Stellung des englischen Parlaments wieder neu gefestigt. In fast allen Ländern wird in diesem Jahr gewählt, und nur da ist überhaupt ein Sinn in diesen Wahlen, wo der Wille zu starken Regierungen auf breiter demokratischer Grundlage besteht, wo eine Zusammenfassung einer Regierungsmehrheit durch einen überragenden Führer und ein von ihm vertretenes Programm gelingt. Bleiben Eifersüchtelei und Katzbalgerei, erstarrte Parteidogmen oder die Interessen einzelner Wirtschaftsgruppen obenauf, so ist an eine Gesundung unseres politischen Lebens, an eine zur Aufwärtsführung des deutschen Volkes fähige Reichsregierung auch nach diesen Wahlen nicht zu denken.

Soll denn das deutsche Volk dauernd ein Spielball parteitaktischer Manöver dieser oder jener Partei bleiben? Wird es nicht begreifen, daß so oder so endlich einmal eine klare Linie eingehalten werden muß, an der sich auch die Nachbarvölker wirklich orientieren können? Oder wird der Geist politischer Kleinstaaterei, von dem Anna Siemsen in ihrer Schilderung der Thüringer Zustände ein so treffendes Bild gibt[2], die politische Kannegießerei des Spießbürgers wirklich das deutsche Schicksal bestimmen und verderben? Wird die deutsche Jugend es wieder erleben müssen, daß die selbständigen Naturen wieder ausgeschaltet werden? Kann ein solches Parlament wirklich als die Vertretung des Volkes angesehen werden, kann es die begeisterte Zustimmung der Jugend gewinnen? Jede Partei sollte begreifen, daß sie wenigstens einige Menschen der jungen Generation braucht. Wenn Sollmann auf dem letzten Parteitag meinte, die einzige Möglichkeit einer Erneuerung der Partei liege im Jungsozialismus, nun gut, so hole man die jungen Kräfte endlich einmal zu aktiver Mitarbeit an den Geschicken ihres Volkes und ihrer Partei heran und wirke so gleichzeitig mit anderen Parteien für die Heranbildung einer zukünftigen Führerschicht, die sich zu gemeinsamer Verantwortung zusammenfinden wird. Man gebe endlich auch alles sinnlose und kleinliche Mißtrauen gegen die Intellektuellen in der Partei auf, verbünde sich ernsthaft mit den geistigen Kräften, die bereit sind sich an der poli-

1) Siehe *Dibelius* England /Stuttgart 1923/ Seite 244 ff.
2) Siehe *Siemsen* Neudeutsche Kleinstaaterei, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 629 ff.

tischen und wirtschaftlichen Aufbauarbeit zu beteiligen. Man verfeme nicht alle vom Dogma abweichenden Meinungen. Man achte vor allem mehr als bisher auf die Stimme der Jugend, in der sich die Zukunft äußert.

In der Jugend treten bestimmte Ideen immer mehr in den Vordergrund, die häufig auf die Ziele gehen, auf die von den Sozialistischen Monatsheften so lange, so konsequent und so weitblickend hingearbeitet wurde. Im folgenden sei auf einige der wichtigsten Stimmen dieser Art hingewiesen.

In den Parteien von heute sieht man meistens Erstarrungen aus alter Zeit, nicht Vorkämpfer neuer Zukunft. So heißt es in einer im Vorfrühling dieses Jahres herausgegebenen Schrift des Köngener Bundes über die Tübinger Arbeitswoche[3]: »Die politischen Parteien und die Kirchen in ihrer orthodoxen Ausprägung stehen im Rhythmus des Todes. Unser Leben kann nicht mit jenem Rhythmus zusammenschwingen. Aber überall im politischen und religiösen Wollen regt sich der Rhythmus des Lebens zu neuer Offenbarung.« Über die Stellung zu den politischen Parteien hielt in diesem Bund Carl Mennicke einen Vortrag, der vor allem auf die Krise des bürgerlichen Liberalismus näher eingeht: »Die liberale Ideologie ist leergelaufen, sie löst keinen Schwung mehr aus, denn der demokratische Verfassungsstaat ist wirklich, und die Interessenvertretung beherrscht in ihm das Feld.« Andrerseits sind auch im Liberalismus wie im Konservativismus stärkere geistige Kräfte am Werk, allerdings immer mehr in Gefahr erdrückt zu werden. Sehr richtig weist Mennicke darauf hin, daß eine Gesundung unseres politischen Lebens nur kommen kann, indem junge, gesunde Kräfte in die Parteien hineingehen, um sie von innen her zu erneuern. »Es ist nur zu verständlich, daß unsere Jugend den ganzen politischen Wust beiseite schieben und neu und ursprünglich aus dem Geist schaffen und leben möchte. Aber wir werden kein neues Leben gewinnen, wenn wir nicht in den Tod, den unsere politischen Parteien sterben, eingehen, wenn wir nicht ihren Rhythmus des Todes willig mitschwingen.«

Das Leben des Volkes, auch das der Jugend, ist an wirtschaftliche Voraussetzungen gebunden, an denen man sich nicht vorbeidrücken kann. »Wer den Stoff verachtet,« sagt Mennicke mit Recht »an dem rächt er sich. Wir werden Geist und Leben nicht wiedergewinnen, wenn wir nicht mit unseren letzten und besten Kräften um die Bewältigung des Stoffes, das heißt konkret um eine Neugestaltung der Wirtschaft, ringen.« Diese Gestaltung der Wirtschaft wird in den verschiedenen Lagern der Jugend sehr ernst genommen. Die katholische großdeutsche Jugend legt in ihrer Zeitschrift den Finger auf die Wunde einer rein selbstsüchtigen Wirtschaft, die in den Abgrund einer sozialen Revolution treibe.[4] Der Unwille Reparationen zu zahlen und dafür Lasten auf sich zu nehmen, das Verbrechen der Attentate auf die Erfüllungspolitiker, die Riesenverdienste des Großkapitals an dem sogenannten passiven Widerstand und dann wieder an dessen Aufgeben werden hier scharf verurteilt. Erlösung des Proletariats »von der sklavischen Unfreiheit des Arbeitsverhältnisses, von der Heimatlosigkeit der Mietskasernen, von der Seelenlosigkeit der Maschine« wird gefordert. Praktische Wege zur Wirtschaftsumwandlung geht die Jugend durch Siedelungs- und Genossenschaftsarbeit. So weist eine kleine Schrift des Führers der Landsassen, der zum

3) Siehe die *Sammelschrift* Unser Weg /Göppingen 1924/.
4) Siehe *W. W* Von der Erlösung des Proletariats, in der Großdeutschen Jugend 1924 Seite 20 ff.

Kommunismus neigenden proletarischen Jugend, früher der Landfahrer, heute des Märzbundes, die auf eine »brüderliche Wirtschaft aus dem Gebiet der Jugendbewegung« hinzielt, aus praktischer Arbeit heraus besonders darauf hin, daß »Arbeitseinteilung, Arbeitszeit, Verbrauch an Gütern, Entlohnung usw. bestimmt werden durch den Produktionserfolg«. »Der Produktionserfolg diktiert, die Zahl spricht das letzte Wort.«[5] Ein in der rheinischen Industrie tätiger Jungdeutscher schrieb im Jungdeutschen Rundbrief wirtschaftspsychologische Aufsätze unter dem Titel Vom nationalen Unternehmertum des Ruhrgebietes. Er geißelt darin scharf die Unproduktivität heutiger Unternehmungen. Interessant sind auch seine Beobachtungen, daß der Betriebsrat der Firma selbst die unruhigen Elemente entfernte und das Unternehmen wirtschaftlich verwaltet sehen wollte. »Übereinstimmung bestand auch darüber, daß die ungelernten Arbeiter im Verhältnis zum gelernten viel zu hoch entlohnt wurden. Auch wurde die starre Bindung an den Achtstundentag, von dem selbst in Ausnahmefällen nicht abgewichen werden durfte, beiderseits abgelehnt.« Dieser Verfasser kommt freilich trotzdem zu einer liberalen Wirtschaftsauffassung, die aber vom Jungdeutschen Bund als solchem abgelehnt wird.

Der Produktionsstandpunkt wurde vor allem in dem Vortrag Hans Stähles Die produktiven Kräfte der deutschen Wirtschaft auf der volkswirtschaftlichen Ostertagung des Jungdeutschen Bundes in Lobeda betont. »Landwirtschaft und Industrie müssen besser auf einander abgestimmt, die Produktivität auf beiden Gebieten ⟨was technisch und psychisch durchaus möglich ist⟩ sehr gesteigert werden.« Positive Politik wird hier vom Staat gefordert, »Produktionssteigerung in der Landwirtschaft durch Erziehung in Winterschulen, Volkshochschulen, Versuchsringen für Bodenforschung und ähnlichem«. Der Jungdeutsche Bund beschäftigt sich wohl neben den Jungsozialisten am ernsthaftesten mit politischen Problemen. Ziel ist ihm die Gewinnung eines neuen Deutschen Reichs und die Durchführung der Aufgabe der Deutschen im Rahmen der Weltordnung. Im Aufruf des Jungdeutschen Bundes aus diesem Jahr heißt es: »Jeder einzelne von uns fühlt, daß wir als Volk vor Entscheidungen stehen, die unausweichlich sind und überall dumpf geahnt werden.«

Wie soll dieses Reich in seinem Aufbau aussehen? Diese Frage wird dazu drängen sich immer mehr mit dem Problem Unitarismus und Föderalismus auseinanderzusetzen. Hans Muhle tut das in einem staatsrechtlichen Aufsatz der vom Hofgeismarkreis der Jungsozialisten herausgegebenen Zeitschrift auf Grund eines von ihm auf einer Volkshochschultagung in Gudensberg bei Kassel zu Pfingsten dieses Jahres gehaltenen Referats.[6] Föderalismus als Partikularismus, wie der bayrische oder hannoversche, wird abgelehnt, während ein zur Grundlage eines Völkerstaats Europa dienender föderalistischer Aufbau des Deutschen Reichs zwar als möglich zugegeben, aber doch als nicht wünschenswert bezeichnet wird. Der Einheitsstaat mit starker Dezentralisierung der preußischen Verwaltung wird gefordert. Stärkung des Reichs gegenüber den Ländern soll Forderung der republikanischen Parteien sein. Und doch steht das Problem der Neugliederung des Reichs, die Muhle entschieden ablehnt ⟨wohl weil er deren eigentliches Wesen nicht ganz richtig sieht⟩, in engster Beziehung zur Frage einer Einigung Europas.

5) Siehe *Förster* Werk, Wille und Weg /Leipzig 1924/ Seite 7 f.
6) Siehe *Muhle* Reich und Länder, im Politischen Rundbrief 1924 Seite 17.

Die Aufgabe Europa steht auch vor der Jugend der verschiedenen Lager gleich dringlich. Sowohl im Jungdeutschen Rundbrief wie in der Bundeszeitschrift der Wanderscharen, Landfahrer und Freien proletarischen Jugend ist sie in letzter Zeit eingehend behandelt worden. So sagt der Jungdeutsche Rogowski in klarer Erkenntnis des Tatbestands: »Das Schicksal Europas wird heute bestimmt durch das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich.« Freilich sieht er, darin der in Deutschland allgemein verbreiteten Ansicht folgend, das Hindernis für die Verständigung auf französischer Seite. Er meint, den Franzosen sei »der Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich ein Naturgesetz, für das es eine friedliche Lösung nicht gibt«. Aber kann man ihm aus dieser grundlegenden Verkennung der Sachlage einen Vorwurf machen? Gerade den Gutgläubigen unter den deutschen Geistigen wird durch eine skrupellos fälschende Presse ein Bild der Strebungen der französischen Politik, ja der ganzen französischen Psyche, suggeriert, das die Wahrheit auf den Kopf stellt, die wahre Gestalt Frankreichs dem ehrlich suchenden Auge verbirgt.[7] Trotz dieser Irreführung bleibt sich der genannte Jungdeutsche dessen bewußt, daß der von ihm angenommene »deutsch-französische Antagonismus« das Schicksal Europas entscheidet. Wie unumgänglich muß die deutsch-französische Kooperation sein, wenn auch ein Jungdeutscher offen ausspricht: »Europa droht auf die Schattenseite des Weltgeschehens gedrängt zu werden; will es dem noch entgehen, so muß ein Zustand rasch beseitigt werden, der die reichen Kräfte Deutschlands und Frankreichs wechselseitig bindet und unfruchtbar macht. Ob dies möglich ist, die Beantwortung hängt davon ab, ob man die Vernunft oder das Pathos der Völker als das Stärkere ansieht.« Eine solche Stimme nicht nur der Vernunft sondern auch europäischen Geistes will der Aufsatz Max Barths Für Europa in der Bundeszeitschrift der Wanderscharen, Landfahrer und Freien Proletarischen Jugend sein. »Europa« sagt Barth klar und treffend »wird in dem Augenblick eine Tatsache sein, da Frankreich und Deutschland, auf Hader und Feindseligkeit verzichtend, ihre Aufgabe erkennen: gemeinsam der Kultur und dem Wohl der Menschheit zu dienen.« Auf dem Bundestag dieser Bünde Pfingsten 1924 auf der Boyneburg spielte der kontinentaleuropäische Gedanke eine Rolle. Freilich wird der wirtschaftliche Begriff Europas, der Rußland und England ihre eigenen Bahnen weist, noch nicht klar erfaßt. Sehen wir uns mit den Augen eines der bestehenden großen Weltreiche, etwa Amerikas, so wirkt ja all unser nationaler Hader in Europa lächerlich wie Zänkereien von Kleingartenbesitzern, die erst etwas Ordentliches schaffen können, wenn all die vielen kleinen Schrebergärtchen sich zu einer großen, planmäßig bewirtschafteten Laubenkolonie zusammenschließen.

Ob wir uns diesem europäischen Zusammenschluß nähern oder ihn gefährden, hängt nicht zum mindesten davon ab, ob sich auf Grund der bevorstehenden Wahlen eine arbeitsfähige Regierung bilden läßt, die an den Neuaufbau unserer Wirtschaft mit Zusammenfassung aller willigen Kräfte herangeht und sich zugleich in den europäischen Zusammenhang als die notwendige Stufe zu einer Verwirklichung der wahren Gesellschaft der Nationen eingliedert. An die Parteien ergeht der Ruf der Jugend verantwortungsbewußte Führerpersönlichkeiten aufzustellen, die diesen Zielen zustreben.

7) Siehe *Stössinger* Frankreich nach diesen 10 Jahren, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 558 ff.

LUDWIG QUESSEL · REICHSTAGSWAHLEN UND AUSSENPOLITIK

KANN man das Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahlen vom 26. Oktober, die vielfach als eine Probeabstimmung für die Reichstagswahlen angesehen worden sind, auch für die künftige Gestaltung der deutschen Außenpolitik günstig deuten? Es ist richtig, daß die beiden Parteien, die im Reichstag die Erfüllung auf der Basis der Dawesgesetze am heftigsten bekämpften, die auch bei der Abstimmung über das Eisenbahngesetz ihre Haltung nicht korrigierten, in Hamburg am schlechtesten abgeschnitten haben. Fallen die Reichstagswahlen ebenso aus, so ist die völkische Opposition gegen die Neuregelung der Erfüllung im neuen Reichstag so gut wie erledigt. Aber auch der kommunistische Widerspruch gegen eine ehrliche Ausführung der Dawesgesetze wird dann nicht mehr das Gewicht haben wie im alten Reichstag, da dann die Kommunistische Partei am 7. Dezember froh sein muß die Hälfte ihrer Mandate zu behaupten. Insoweit scheinen also für den, der ehrliche Erfüllung als die conditio sine qua non der deutschen Zukunft ansieht, die Wahlen vom 7. Dezember 1924 unter einem günstigen Vorzeichen zu stehen. Auch die Tatsache, daß die Deutschnationale Partei in Hamburg einen empfindlichen Stimmenverlust erlitt, scheint für die Hoffnung einer Konsolidierung der Erfüllungsmehrheit im neuen Reichstag zu sprechen. Denn wenn man auch die Deutschnationalen, seitdem die Hälfte von ihnen durch ihr Ja am 29. August dem Erfüllungsgeist zum parlamentarischen Sieg verhalf, nicht mehr als unbedingte Erfüllungsgegner wird ansprechen können, so liegt doch in ihrer Haltung zu dem Reparationsproblem so viel Feindseliges, daß man sie auch weiterhin als eine Kraft wird ansehen müssen, die, wenn London es für gut befindet wieder einmal Verwirrung und Zwiespalt in der Erfüllungsfrage zu stiften, leicht gegen die Erfüllung des Versailler Vertrags in Bewegung gesetzt werden kann.

Die Hamburger Bürgerschaftswahlen, die eine günstige Prognose für den Erfüllungsgeist des neuen Reichstags zu sein scheinen, weisen nun aber eine Erscheinung auf, die alles Hoffnungsvolle wieder stark in Frage stellt. Die Wähler, die den Gegnern der Erfüllung, sowohl den radikalen wie den gemäßigten, in Hamburg die Gefolgschaft verweigerten, sind nicht zu den Erfüllungsfreunden gegangen. Sie haben sich der Wahl enthalten. Man hat diese Erscheinung als Wahlmüdigkeit bezeichnet. Man glaubt daher der Wahl vom 7. Dezember eine geringe Wahlbeteiligung prophezeien zu dürfen. Man wird die Wahlmüdigkeit wohl am richtigsten als den Ausdruck enttäuschter Hoffnungen bezeichnen können. Diejenigen, die den Völkischen und Kommunisten nachliefen, weil sie erklärten nichts zahlen und nichts liefern zu wollen, haben sich durch die Ereignisse seit dem 4. Mai belehren lassen, daß die 6 Milliarden Goldmark, die sich Frankreich und Belgien in den nächsten 3 Jahren auf Grund der Ruhrbesetzung holen konnten, doch mehr sind als die 2,6 Milliarden Goldmark, die Deutschland auf Grund der Dawesgesetze in den Jahren 1924-1925, 1925-1926 und 1926-1927 zu zahlen hat. Das Nichterfüllen hätte Deutschland in den 3 Moratoriumsjahren 3,4 Milliarden Goldmark mehr gekostet als das Erfüllen. Insoweit hatten die Ereignisse seit dem 4. Mai eine ganz neue Situation geschaffen, die viele Wähler,

die sich bei den letzten Reichstagswahlen gegen die Erfüllung aussprachen, bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen, die ja ganz und gar von der Reichspolitik beherrscht wurden, zu der Partei der Nichtwähler zu stoßen veranlaßte. Wird die Stimmenthaltung, die die Gegner der Erfüllungspolitik in Hamburg übten, am 7. Dezember von diesen im ganzen Reich geübt, so ist es möglich, daß das Angesicht des Reichstags nicht wesentlich geändert wird. Gewiß werden dann die Deutschnationalen relativ schwächer sein als im Reichstag des 4. Mai, dafür aber wird der Entschluß der Deutschen Volkspartei nur zusammen mit den Deutschnationalen in eine Regierung zu gehen wohl erst recht in die Erscheinung treten. Wie stark die Stimmung bei den Deutschnationalen ist endlich einmal aus fruchtloser Opposition herauszukommen und nach dem 7. Dezember in die Regierung einzutreten, zeigt ihr 2. Wahlaufruf vom 28. Oktober, in dem es über die Erfüllung heißt:

»Die Dawesgesetze sind jetzt bindendes Recht, ihre Ausführung, die die Notwendigkeit einer Milderung unserer Lasten erweisen wird, verlangt wachsame, mannhafte Vertreter des deutschen Standpunkts, damit Reich und Welt nicht im wirtschaftlichen Elend versinken, und unsere tapferen Brüder und Schwestern im besetzten Gebiet endlich wieder die Freiheit erlangen.«

Aus dieser Wahlkundgebung, in der ein Satz den andern einschränkt und verdunkelt, läßt sich trotzdem so viel herauslesen, daß die Deutschnationalen die Moratoriumszahlungen von 1924 bis 1927 im Betrag von 2,6 Milliarden Goldmark nicht in Pfändungszahlungen von 6 Milliarden Goldmark umzuwandeln gedenken. Was freilich nach 1926-1927 geschehen wird, läßt der deutschnationale Wahlaufruf im Dunkeln, denn die Wendungen von der »Milderung unserer Lasten«, von der »wachsamen, mannhaften« Vertretung des »deutschen Standpunkts«, von dem Versinken in »wirtschaftliches Elend« gehen offenbar auf die Vollzahlung von 2½ Milliarden Goldmark jährlich, die uns zum erstenmal das Jahr 1927-1928 bringen wird, also das Jahr, in dem der jetzt zu wählende Reichstag sein natürliches Ende findet. Die Frage, ob Deutschland bei Zahlung von 2½ Milliarden Goldmark in wirtschaftliches Elend versinken muß, ist einstweilen auch wirklich noch nicht aktuell, weil im Durchschnitt der nächsten 3 Jahre noch nicht die Hälfte dieser Summe aufzubringen ist. Erst bei den Reichstagswahlen im Winter 1928 wird dazu eine klare Stellungnahme nicht zu umgehen sein. Vorläufig scheint diese Frage für die Deutschnationalen kein Hindernis zu sein ihren Eintritt in die Regierung propagandistisch vorzubereiten. An einer solchen Vorbereitung läßt es ihr 2. Wahlaufruf, der unverkennbar eine Abschwächung des 1. bildet, denn auch nicht fehlen. Mit voller Kraft richtet sich sein Stoß gegen die Demokraten und den Reichspräsidenten. Der Wahlaufruf fordert baldige Anberaumung der Präsidentenwahl, da der Präsident entgegen der Reichsverfassung »noch immer nicht vom Volke gewählt« sei, und der »kleinen, sterbenden Partei« der Demokraten wird angekündigt, daß die Deutschnationalen sich im neuen Reichstag den »Eintritt in die Regierung« mit dem »ihrer Stärke und ihrer Bedeutung entsprechenden Einfluß erzwingen« werden. Auch diese Worte lassen allerdings vielfache Auslegungen zu. Zwang im parlamentarischen Sinn wird ja nie durch Muskelkraft ausgeübt ⟨die bewirkt immer das Gegenteil dessen, was sie beabsichtigt⟩ sondern durch geschickte Ausnutzung einer gegebenen Situation. Im übrigen macht der deutschnationale Wahlaufruf das Vertretensein im Kabinett von der Stärke der Fraktion im neuen Reichstag abhängig, was wohl heißen soll, daß die Deutschnationalen auch als wesentlich kleinere Fraktion

nicht länger das bittere Brot der Opposition essen wollen; sie scheinen von der Überzeugung durchdrungen zu sein, daß, wenn Ebert einmal durch eine Präsidentenwahl beseitigt ist, und die Demokraten auf wenige Mitglieder reduziert sind, die, wie der Professor Strathmann schreibt, gerade noch ausreichen die Gebeine ihrer Vorfahren zu bestatten, ihnen die dauernde Zugehörigkeit zum Kabinett bis zum Zustandekommen einer sozialdemokratischen Mehrheit nicht mehr bestritten werden kann, gleichviel, ob ihre Fraktion 50 oder 100 Köpfe zählt. Jedenfalls kann die als Wahlmüdigkeit bezeichnete Stimmenthaltung vieler einstiger Erfüllungsgegner bewirken, daß, da die Deutschnationalen in dem zu wählenden Moratoriumsreichstag sich zu den Erfüllern gesellen, die Bildung eines Erfüllungskabinetts für die Moratoriumsjahre auch ohne Sozialdemokratie möglich wird, was keineswegs zur Klärung der Situation beitragen dürfte.

Ein überaus wichtiges Ereignis für unsere Erfüllungspolitik ist der Ausfall der englischen Wahlen vom 29. Oktober. Wir müssen uns vor Augen halten, daß Sieg und Niederlage des Kabinetts MacDonald aufs engste mit dem deutsch-französischen Gegensatz zusammenhingen. Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß das Kabinett Cuno in dem Vertrauen England als Verbündeten neben sich zu haben in den Ruhrkrieg zog. Der Verlauf des Ruhrkriegs zeigte jedoch, daß die Kabinette Bonar Law und Baldwin Deutschland wohl als ihren Degen ausnutzten, im übrigen aber durchaus abgeneigt waren sich irgendwie in dem deutsch-französischen Zwist zu engagieren. Nachdem die englische Wirtschaft den Ruhrkrieg nach Kräften ausgenutzt hatte, um die deutschen Kunden in Übersee an sich zu ziehen, erhielt Berlin die Meldung, daß es auf englische Hilfe nicht rechnen dürfe. Allerdings war England am Ende des Ruhrkriegs einigermaßen in die Lage eines Mannes geraten, der in die Grube, die er einem andern gegraben, selbst hineingefallen war. Die Parlamentsauflösung vom vorigen Jahr und die Übergabe der Regierungsgewalt an den Führer der Labour Party diente hauptsächlich dem Zweck Frankreich ohne Kriegsgefahr zur schnellen Räumung der Ruhr zu bestimmen. Nachdem das Kabinett MacDonald diese Mission erfüllt hatte, sollte es abtreten. Warum dieses Abtreten in der dramatischen Form der Parlamentsauflösung erfolgte, ist allerdings englisches Geheimnis. Das neue Kabinett wird die alte englische Politik fortsetzen, wenn auch mit wesentlich anderen Mitteln als die Arbeiterregierung. Die Balance of power-Doktrin war und bleibt die Richtschnur der britischen Europapolitik; erst ein geeinigtes Festland wird sie beseitigen. Wie zäh England diese seine alte Doktrin festhält, dafür bieten die ⟨in jedem Betracht interessanten, vieles von dem hier oft Dargelegten bestätigenden, daher als aufschlußreiche Lektüre sehr zu empfehlenden⟩ politischen Dokumente, die Alfred von Tirpitz soeben bei Cotta erscheinen ließ, reiches Material. Ein darin veröffentlichter Geheimbericht des deutschen Botschafters Lichnowsky vom 3. Dezember 1912 zeigt, wie unwandelbar und entschlossen England jede Entwickelung bekämpft, die das sogenannte europäische Gleichgewicht in Frage stellen könnte. Gleichzeitig lehrt uns dieser Geheimbericht aber auch, daß England in dieser Beziehung durchaus keine hinterhältige Politik treibt sondern den Regierungen, die eine der Balance of power-Doktrin entgegengesetzte Richtung einschlagen, es mit einer fast brutalen Offenheit sagt, daß England an dieser Doktrin unter allen Umständen festhält. Zum Beweis hierfür seien die Äußerungen Lord Haldanes, der 1912 Lordkanzler und Präsident des

Oberhauses geworden war, nachdem er im Frühjahr jenes Jahres die Verhandlungen über eine deutsch-englische Annäherung geleitet hatte, nach den Aufzeichnungen Lichnowskys angeführt, wobei die Randbemerkungen Wilhelms II. in eckigen Klammern beigefügt sind:

»Lord Haldane besuchte mich heute, um mit mir die politische Lage zu besprechen. Während der längern Unterredung betonte er wiederholt die Notwendigkeit in der orientalischen Krisis zu einem Ausgleich der Gegensätze zu gelangen, da es unabsehbar sei, welche Folgen eine kriegerische Verwickelung, in die eine oder mehrere der Großmächte hineingezogen würden, haben könnte. England sei unbedingt friedlich, und kein Mensch wolle hier den Krieg, schon aus wirtschaftlichen Gründen. Aber bei einem allgemeinen europäischen Wirrwarr, der sich doch aus dem Einmarsch Österreichs in Serbien ergeben könnte, falls Serbien nicht gutwillig die besetzte Adriaküste räumte, sei es kaum wahrscheinlich, daß Großbritannien werde der stille Zuschauer bleiben können. [»Erwartet niemand. Die helfen den Galliern.«] . . . Die Wurzeln, so drückte er sich aus, der englischen Politik lägen in der hier allgemein verbreiteten Empfindung, daß das *Gleichgewicht der Gruppen* [»Wird sich ändern!«] einigermaßen aufrechtzuerhalten sei. England würde daher unter keinen Umständen eine Niederwerfung der Franzosen dulden können [»Sie werden es doch müssen.«] . . . England könne und wolle sich nicht nachher einer einheitlichen kontinentalen Gruppe unter Führung einer einzigen Macht gegenübersehen [»Das ist eigentlich eine versteckte Drohung oder Kampfansage!«]. Sollte also Deutschland durch Österreich in den Zwist hineingezogen werden und dadurch in Krieg mit Frankreich geraten, so würden in England Strömungen entstehen, denen keine Regierung widerstehen könnte, und deren Folgen ganz unberechenbar wären [»Richtig, haben wir schon berechnet.«]. Die Theorie von dem Gleichgewicht der Gruppen [»Sie ist ein Blödsinn und wird England ewig zu unserm Feinde machen.«] bilde eben für Englands Außenpolitik ein Axiom und habe auch zu der Anlehnung an Frankreich und Rußland geführt. Er könne mir verbürgen, daß man hier das beste Verhältnis mit Deutschland wünsche [»Bei solchen Auffassungen gänzlich nutzlos.«], und die Aufnahme, die zum Beispiel die Ausführungen Eurer Exzellenz und des Herrn von Kiderlen im Reichstage sowie meine neuliche Rede beim Festmahl der Royal Society gefunden [»Alles Quatsch! Ohne ernste Folgen.«], müßten mir die Richtigkeit dieser Ansicht beweisen. Auch würde uns niemand hier den Krieg machen wollen, solange keine europäischen Verwickelungen einträten [»Die werden eintreten.«]. Die Folgen eines europäischen Krieges aber seien ganz unberechenbar, und er könne alsdann für gar nichts einstehen [»Ich auch nicht!«]. Lord Haldane kam auch auf die Politik Sir E. Greys und seinen Vorschlag zu sprechen. Er ist bekanntlich mit dem Foreign Secretary intim befreundet, und dieser wohnt sogar zeitweise bei ihm. Er bestätigte mir, daß Sir Edward nach Möglichkeit danach trachte eine vermittelnde Haltung einzunehmen und es vermeide als Parteigänger der Ententegruppe in dieser Krisis zu erscheinen [»Er bleibt aber doch Parteigänger der Gallo-Slawen gegen die Germanen!«]. Lord Haldane meint, die angeregte Vorbesprechung werde Russen und Österreicher zwingen mit greifbaren Anträgen hervorzutreten, was bisher nicht geschehen, und befürwortet die Wahl von London als den geeignetsten Ort. Inzwischen müsse aber alles vermieden werden, was zu einer scharfen Sonderung der Gruppen (harden the groups) führen könnte [»Quatsch!«]. Dieselben müßten sich vielmehr möglichst in "Gelatine" verwandeln [»Weil England zu feige ist Frankreich und Rußland offen in diesem Falle sitzen zu lassen und zu sehr neidisch ist auf uns und uns haßt, deswegen sollen andere Mächte ihre Interessen nicht mit dem Schwert verteidigen dürfen, da es dann trotz aller Versicherungen, trotz Marschall und Lichnowsky doch gegen uns gehen will, das richtige Krämervolk. Das nennt es Friedenspolitik! Balance of power! Der Endkampf der Slawen und Germanen findet die Angelsachsen auf seiten der Slawen und Gallier.«].«[1]

Die große Mehrheit der Engländer denkt heute noch so wie 1912 Lord Haldane. Das verwirrende Moment, das der ehrliche Sozialist MacDonald in die britische Außenpolitik durch seine auf die Befriedung des Kontinents hinzielende, vom Foreign Office aber nie mitgemachte Völkerbundspolitik hineintrug, ist jetzt verschwunden. Jetzt wird es wieder auch nach außen klar werden, daß England in Europa alle staatlichen und parteipolitischen

1) Siehe *von Tirpitz* Der Aufbau der deutschen Weltmacht /Stuttgart 1924/ Seite 361 f.

Kräfte ermutigt, die sich einer Einigung des Kontinents entgegenstellen. Die Balance of power-Doktrin wird die britische Politik so lange beherrschen, als sie nicht durch eine Organisierung der Welt in großen Wirtschaftsimperien, wie sie hier oft dargestellt wurde[2], zu einer Absurdität gemacht ist. Auf diese Doktrin verzichten wird England erst, wenn es nicht anders *kann*, das heißt, wenn der europäische Kontinent selber zu einer Wirtschaftseinheit gestaltet ist. Eher nicht. Der Zusammenschluß des Empires, der das wirtschaftspolitische Ziel der jetzt regierenden Partei Englands ist ‹der in späterer Folge dann England gestatten wird sich mit der kontinentaleuropäischen Wirtschaftseinheit abzufinden›, ermöglicht es ihm zunächst den Kontinent im Unfrieden zu lassen und zu bestärken, ohne die eigene Exportindustrie zu schädigen, da diese dann von Europa unabhängig ist. Ein Land, das bisher die Suprematie hatte, gibt sie nicht preis, auch wenn sie ihm nicht mehr lebensnotwendig ist. Daher kann der Kontinent nur sich selber befreien. Und auf dem Kontinent ist es Deutschland, das mit Frankreich das stärkste Interesse an dieser Befreiung hat. Im Gegensatz zu England ist Deutschlands Ausfuhr ganz vorwiegend auf den europäischen Kontinent angewiesen. Im 1. Halbjahr 1924 haben nach den jetzt veröffentlichten amtlichen Zahlen uns die angelsächsischen Reiche (Großbritannien, Britisch Indien, Australien und die Vereinigten Staaten) für rund 500 Millionen Goldmark Waren abgekauft, der europäische Kontinent dagegen, obwohl Rußland als Käufer für uns immer noch gleich 0 ist, für rund 1800 Millionen Goldmark. Die deutsche Zukunft hängt daher aufs engste mit der Befriedung Europas zusammen. Die Voraussetzung hierzu ist aber die deutsch-französische Verständigung auf dem Boden der Dawesgesetze.

Fallen die deutschen Reichstagswahlen so aus, daß sie uns eine Mehrheit für ein wirkliches, ernsthaftes Fortschreiten auf der Bahn des politischen und ökonomischen Ausgleichs mit Frankreich sichern, so brauchen wir um den Aufstieg Deutschlands und Europas nicht mehr in Sorge zu sein.

MAX SCHIPPEL · ARBEITERPARTEIEN UND HANDELSPOLITIK

AUM irgendwo gehen feierlich verkündete und traditionell zäh festgehaltene Schlagworte und tatsächliches politisches Verhalten so leicht und so weit auseinander wie auf dem Gebiet der Handelspolitik. Selbst der australische, der canadische, der amerikanische Arbeiter bekennt sich auf Kongressen und bei ähnlichen feierlichen Anlässen im Lippendienst noch immer gern zum Freihandel. Daheim vor konkrete Entscheidungen gestellt, kämpft er mit verblüffendem Nachdruck für Entwickelungszölle, die mit der nationalen (heimischen) Produktion den Arbeitsmarkt heben sollen, für Zölle gegen Prämien-, Lohndruck- und andere vermeintliche oder wirkliche Schleuderkonkurrenz, die die nationale Produktion und damit abermals den Arbeitsmarkt zu gefährden drohen. Er treibt, selbst nachdem er hie und da den "Produzentenstandpunkt" in Grund und Boden hinein verlästert hat, ganz und gar Produzentenpolitik, obwohl er sie erklärlicherweise mehr vom Standpunkt der einen der beiden modernen großen Produzentenklassen, von dem des produzierenden Arbeiters, nicht des betriebsleitenden Unternehmers, aufzufassen sucht.

2) Siehe zuletzt *Kaliski* Weltsozialismus, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 607 ff.

Wird in Australien eine bürgerliche Partei oder Koalition wieder einmal durch eine Arbeiterregierung abgelöst, so beginnt in der Regel sogar eine heftige Verschärfung des Schutzzolls und der sonstigen Formen des Protektionismus. Einfach, weil alle internationale "Schleuder"- (Dumping-) und Überlegenheitskonkurrenz, die den Unternehmern ein Dorn im Auge ist, dem Arbeiter kaum weniger fühlbar wird und ihn zu ähnlicher und gleicher handelspolitischer Abwehr anreizt. Weil daneben jedoch für den Arbeiter noch eine ganze Reihe anderer Marktschädigungen, nämlich Arbeitsmarktschädigungen, in Betracht kommt, bei denen der Unternehmer zum "reinen Konsumenten" (der Ware Arbeitskraft) wird und deshalb den internationalen Billigkeitsschwärmer meist nicht abzustreifen vermag, während der Arbeiter hier als Verkäufer der Ware Arbeitskraft auftritt, von deren Preishaltung und Preiserhöhung sein ganzer nationaler Lebensstandard und sein Klassenaufstieg abhängen. Der protectionnisme ouvrier (wie französische Nationalökonomen, die in ihrer allernächsten Nähe hierüber längst recht eindrucksvolle Studien machen konnten, bereits gern sagen) reicht deshalb in diesen und gleichartigen Ländern gewöhnlich über den Unternehmerprotektionismus ganz erheblich hinaus.

Gerade für die Ware Arbeitskraft erleben wir so Formen des Protektionismus, die bei jeder andern Ware allseits als groteske Überspannungen des umstrittenen Prinzips angesehen werden würden. Für keine andere Ware schreitet man so rasch zu vollkommener Absperrung vor: siehe die gesetzgeberischen Erfolge, besonders gegen Andersfarbige jeder Art, seitens der australischen, canadischen, südafrikanischen, der vereinsstaatlichen Arbeiterparteien, die Einwanderunngsbeschränkungen aller Art, die vielfach völliger Verhinderung der Einwanderung gleichkommen. Bei welcher andern Ware würde man so leicht eine Einfuhrerlaubnis erst dann in Aussicht nehmen und erteilen, wenn keine konkurrierende heimische Ware mehr absatzlos geblieben ist? Auf Forderungen und Gesetzesbestimmungen, daß ausländische Arbeitskräfte nur als etwa notwendig verbleibende Ergänzung der aus heimischer (nationaler) Quelle fließenden Bedarfsdeckung herangezogen werden dürfen, stoßen wir dagegen massenhaft, nicht nur in überseeisch neuweltlichen Gebieten. Selbst für die eingeschränkteren Formen des protectionnisme ouvrier: daß für öffentliche (staatliche, kommunale usw.) Arbeitsausführungen und Lieferungen die staatsfremde Arbeitskraft erst weit hinter der differentiell bevorzugten einheimischen (nationalen) Ware Arbeitskraft zu stehen habe oder ganz auszuschließen sei, kehrt das entsprechende Gegenstück bei anderen Waren viel seltener wieder. Ich wüßte im Augenblick keine einzige Ware und kein einziges Land zu nennen, wo ein vorliegendes Zeit- und Termingeschäft zur Absperrung oder Differenzierung einer ausländischen Ware genügen würde. Verbote gegen Arbeitszuführung (Arbeitereinwanderung jeder Art) "unter Kontrakt", das heißt unter Preis-(Lohn-)vereinbarung für einen spätern Zeitraum der Arbeitsleistung, sind, wie man weiß, in Einwanderungs-(Einfuhr-) ländern etwas durchaus Alltägliches.[1]

1) Über die Fülle der zwischen heimischer (nationaler) und fremder Arbeit differenzierenden, selbstverständlich stets in erster Linie von der Arbeiterklasse selber ausgehenden, häufig erst nach erbitterten "Klassenkämpfen" errungenen Gesetzes- und Verwaltungsbestimmungen unterrichtet wohl noch immer am eingehendsten und systematischsten meine, als Beilage zur Neuen Zeit veröffentlichte *Denkschrift* für den Stuttgarter internationalen Arbeiterkongreß Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung der verschiedenen Länder /Stuttgart 1907/.

HNE Rückwirkungen auch auf unsere europäischen grundsätzlichen Auffassungen konnten diese überwiegend überseeischen Vorgänge und Erfahrungen mit der Zeit natürlich nicht bleiben. Versteht man, wie man konsequenterweise gar nicht anders kann, unter Freihandel die rechtliche Gleichheit der internationalen Konkurrenz, die wirtschaftspolitische Nichtdifferenzierung zwischen konkurrierender inländischer und ausländischer Ware, Rechtsbeziehung oder was es sonst wirtschaftlich Belangreiches sei,[2] unter Protektionismus dagegen die wirtschaftspolitische Bevorzugung des konkurrierenden Inlandserzeugnisses oder Inländers, so kann man heute in Mitteleuropa, besonders in Deutschland und Deutsch Österreich, etwa von folgendem Stand der in der sozialdemokratischen Partei bereits erreichten oder doch sich offensichtlich ankündigenden geistigen Umbildung sprechen; vor allem für Deutsch Österreich ist hier die erfrischende Unbefangenheit der Aussprache und Stellungnahme schon wiederholt anerkannt worden.[3]

So gut wie nirgends wird grundsätzlich mehr bestritten ⟨die Anwendung der Grundsätze in der politischen Praxis läßt natürlich immer etwas zu wünschen übrig, nicht nur bei bürgerlichen Parteien⟩: daß der ungehinderte und ungehemmte Sieg des "billigsten" internationalen Angebots, der sich im großen und ganzen zwangsläufig aus der internationalen Freiheit und Gleichheit der Konkurrenz ergibt, keineswegs die alleinige und selbst nur die vorwiegend maßgebende Richtschnur für die handelspolitische Stellungnahme der Arbeiter bilden könne. Damit ist der "reine Konsumentenstandpunkt", der in jeder gewollten und erzielten Abweichung von der erreichbaren Preistiefe unter allen Umständen eine gemeinschädliche Auswucherung des Verbrauchers sieht, als allein entscheidende, alles überragende ökonomische Betrachtungsweise vollkommen preisgegeben. Alle Konkurrenz und Konkurrenzregelung wird mehr und mehr vom Standpunkt der *Produktions*entwickelung beurteilt, oft sogar schon in ganz unzulässiger Weise vom Gesichtspunkt des vergänglichen und einseitigen Produktionsinteresses irgendeines produktionellen Sonderzweigs. Der Listsche Erziehungsschutz für junge Industrieen, die als solche selbst in alten hochstehenden Industrieländern immer von neuem in reicher Zahl wiederkehren, spielt auch in der Arbeiterbewegung keine geringe Rolle mehr. Die Wiener Arbeiterkammer beispielsweise zog in ihrem Gutachten über den Zolltarifentwurf, vom 28. April 1922, »in Betracht, daß es junge Industrieen gibt, die vor der ausländischen Konkurrenz in einem gewissen Maß geschützt werden müssen, weil sonst die Arbeitslosigkeit noch eine Vermehrung erfahren hätte«. Ein Referat des verdienten Genossen Ferdinand Hanusch, am 7. Oktober 1922, über die wirtschaftspolitischen Aufgaben der nächsten Zeit, wiederum vor der niederösterreichischen Arbeiterkammer, warnte davor in der Billigkeit und Konkurrenzfähigkeit zurückgebliebene Produktionen immer einfach auf die Wunderwirkungen sofortiger Rationalisierung des Produktionsapparats zu vertrösten; diese setze die Anwendung großer Investitionen und Ausgestaltung der Betriebsorganisationen voraus, und deshalb komme sie, so sehr sie anzustreben ist, »als Mittel der Abstellung der augenblicklichen Mißstände nur in geringem Maße in Frage«. Wohl durch die gesamte deutsche Arbeiterpresse lief seinerzeit eine längere

2) Über die mannigfaltigen Beziehungen, die unter die handelspolitische Nationalbehandlung (Freihandel), Meistbegünstigung usw. fallen können, siehe *Schippel* Die Praxis der Handelspolitik /Berlin 1922/ Seite 8 f.
3 Siehe *Schippel* Zollpolitik und Arbeiter, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 364 ff.

Darlegung aus dem Reichswirtschaftsministerium, daß die reichsdeutsche Automobilindustrie »einen gewissen Schutz gegen ausländische Einfuhr haben müsse«. Deutschland könne unmöglich den Schutz seiner Automobilindustrie preisgeben, da das Ausland (Spanien, Frankreich, Tschechien, England und Amerika) mit starken Schutzzöllen bis zu 20 und 30 % des Wertes arbeite. Selbst die grimme Chemnitzer Volksstimme unterließ beim Abdruck am 15. August jede verwahrende Zusatzbemerkung.

Lernt man so das "Produzenten"interesse, bei dessen Erwähnung früher jeder vermeintliche Radikale sofort von ehrlichem Abscheu geschüttelt wurde, in seiner durchschlagenden grundlegenden Bedeutung zutreffender würdigen, so hat folgerichtig auch die Einschätzung der *Landwirtschaft* als lebenswichtigen Teil der für alle handelspolitischen Entscheidungen ausschlaggebenden Gesamtproduktion unbestreitbar sich gehoben. Von der altliberalen, zunächst spezifisch englischen Anschauung, die lange Zeit, unumwunden ausgesprochen oder mehr verhüllt, auf dem Kontinent gleichfalls vorherrschte: moderne Wirtschaftsentwickelung sei wie nach einem unabänderlichen Naturgesetz stets Industrieentfaltung unter Einschnürung und womöglich gar auf Kosten der Landwirtschaft, und von dem kurzsichtigen Trost: was der Landwirtschaft an Produktionskraft verloren gehe, müsse ohne weiteres wie bei einem mechanischen Subtraktions- und Additionsverfahren der Industrie zuwachsen, ist, wenigstens was das offene Bekenntnis anlangt, nicht viel mehr übrig geblieben. Am Kriegsende war sogar manchem deutschen Parteigenossen eine ziemlich unbesonnene Schwärmerei für eine starke Rückkehr Deutschlands zum Agrarstaat nicht ganz fremd. Heute hat die Mehrzahl zum mindesten gegen eine agrarproduktionelle Erhaltungspolitik nichts mehr einzuwenden. Schon um der Parität willen erklärt jetzt Otto Bauer für Deutsch Österreich:

»Wir werden also Zölle auf Industrieprodukte noch lange nicht entbehren können. Das Mißverhältnis zwischen den Getreidepreisen und den Preisen der Industrieprodukte, das auf dem Weltmarkt besteht, würde aber wesentlich verschärft, wenn wir das System unserer Industriezölle verstärken, zugleich aber dem Getreide jeden Schutz verweigern.«[4]

Als bald darauf die österreichische Parlamentsfraktion gleitende, das heißt preishaltende, mit dem Auf und Ab der Weltmarktpreise wechselnde Getreidezölle vorschlug, rühmte die reichsdeutsche Arbeiterpresse in aller Gemütsruhe sogar dieses »Verlassen des unfruchtbaren negativen Standpunktes«.[5] Und in der Betriebsrätezeitschrift des Deutschen Metallarbeiterverbands schrieb neuerdings Karl Marchionini:

»Die Dinge haben sich wesentlich geändert. Auch der Verbraucher darf an den Zuständen in der Landwirtschaft nicht achtlos vorbeigehen. Denn eine leistungsfähige Landwirtschaft brauchen wir ... Regelung der Preise nach den Produktionskosten auf der ganzen Linie, diese Fragen haben wir in den Vordergrund zu rücken.«[6]

Endlich lag es der österreichischen Sozialdemokratie bei den ziemlich früh in Angriff genommenen Handelsvertragsverhandlungen am nächsten sich nicht länger gegen die Erkenntnis des Wertes von *Verhandlungs*zöllen zu verschließen. Was man früher, angeblich von den Höhen der sozialistischen Theorie aus, überlegen bestritt, trägt man nunmehr schon wie eine unbestreitbare, niemals bezweifelte Selbstverständlichkeit vor:

4) Siehe *Bauer* Getreidezölle oder Getreideeinfuhrmonopol?, im Kampf 1924 Seite 121 ff.
5) Siehe *Gewerkschaftszeitung* vom 6. September 1924: Zollkampf gegen Antisozialpolitik (anscheinend im Anschluß an den Vorwärts).
6) Siehe *Marchionini* Der Arbeiter und die Schutzzölle, in der Betriebsrätezeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie 1924 Seite 255 und 337.

»Der Zolltarif muß fertig sein, ehe die Handelsvertragsverhandlungen mit den Nachbarstaaten beginnen. Wir müssen den österreichischen Unterhändlern die Zölle eines neuen Zolltarifs als Kompensationsobjekte in die Hände legen, damit sie mit diesen Kompensationsobjekten Handelsverträge erkaufen können.«[7]

»Die [Wiener Arbeiter-]Kammer teilt die Anschauung der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterschaft, daß angesichts der handelspolitischen Situation eine Verhinderung der Beschlußfassung über den Zolltarif nicht in Frage kommen könnte, und sie erwartet von den bevorstehenden Verhandlungen, deren Grundlage der neue Tarif bilden soll, eine Verbesserung der industriellen Situation.«[8]

»Dieser Tarif stellt ein unentbehrliches Mittel zur Erzielung von Konzessionen bei Handelsvertragsverhandlungen dar. Die Arbeiterschaft konnte daher trotz ihres Widerstandes gegen einzelne Partieen des Tarifs ihren Widerstand nicht so weit treiben, daß sie sein Zustandekommen verhindert hätte.«[9]

SOLLTE schließlich der Ausfall der *englischen* Parlamentswahlen vom 29. Oktober ⟨und, wie man hinzufügen darf, der *amerikanischen* Präsidentschaftswahlen vom 4. November⟩ nicht die letzten der Unbelehrbaren stutzig machen, die heute wie vordem noch immer fortlaufende Triumphe des Freihandels darin erblicken, daß von Zeit zu Zeit hie und da, vielleicht ganz unvorbereitet und ohne ernstliche Absichten, irgendeine, sonst in der Regel sehr von oben herab geringschätzig abgekanzelte kommerzielle, politische oder wissenschaftliche Organisation eine Schwenkung zum freiern Verkehr ⟨was ganz etwas anderes ist als Freihandel⟩[10] für wünschenswert und notwendig erklärt?

Die heute von einer beispiellosen bürgerlichen Mehrheit emporgetragenen englischen Konservativen, die vor knapp einem Jahr den mutterländischen Schutzzoll und den darauf gestützten Reichszollverband, das heißt die gegenseitige Zollvorzugsbehandlung zwischen den alsdann durchgängig schutzzöllnerischen britischen Reichsteilen, zum Wahlkampfruf erkoren, haben während der letzten Wochen allerdings wesentlich andere Forderungen in den Mittelpunkt des Wahlringens gestellt. Die überwältigende Mehrheit, die ihnen diesmal zufiel, stellt immerhin so viel außer Zweifel, daß der alten Freihandelspolitik in England, in dem so unvergleichlich weitreichende und wuchtige Interessen mit dem Werdegang und Fortbestand des überlieferten Freetradesystems verknüpft sind, keinerlei werbende Kraft mehr innewohnt, und daß die Mehrheit der Wähler in Geduld das Beschreiten anderer handelspolitischer Bahnen abwarten und ertragen würde.

Die Arbeiterpartei selber hat während ihrer Führung der staatlichen Geschäfte die Zollfrage mit überaus großer Vorsicht mehr geflissentlich umgangen als entschlossen angepackt. Gelegentliche deutungsfähige Äußerungen von Arbeiterministern über die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit von Kolonieen und Mutterland wurden seinerzeit von der unionistischen Presse sofort beifällig aufgegriffen. Ferner hätte eine aktionstriebkräftige freihändlerische Arbeiterpolitik kaum so leicht die 26prozentige Reparationsabgabe gegen den deutschen Import wieder eingeführt, nachdem sie diese zunächst nach dem vorjährigen Wahlumschwung, um doch eine gewisse

7) Siehe *Bauer* Gleitende Getreidezölle, in der Wiener Arbeiterzeitung vom 12. August 1924.
8) Siehe *Palla*, in dem von ihm verfaßten Geschäftsbericht der Wiener Arbeiterkammer vom 27. September 1924.
9) Siehe *Kautsky (Benedikt)*, in der Rundschau Volkswirtschaft des österreichischen Gewerkschaftsorgans Wirtschaft und Arbeit vom 1. Oktober 1924. Bezeichnende frühere deutschösterreichische Parteistimmen siehe *Schippel*, in dem in Note 2 angegebenen Artikel
10) Recht einseitig ist gerade die Erklärung ausgenutzt worden, die im Herbst dieses Jahres aus dem Kreis des *Vereins für Sozialpolitik* hervorging. In ihrem Kernsatz »billigt« sie ausdrücklich »Industrie- und Agrarzölle«, soweit sie ein »unentbehrliches und erfolgversprechendes Mittel für eine freiheitlichere Gestaltung des internationalen Verkehrs bedeuten«.

außen- und handelspolitische Wandlung zu betonen, fallen ließ. Auch hier erscheint demnach alles im Fluß, aber wahrhaftig nicht nach der Seite des liberalen Free Trade hin, dessen parteipolitische Vertretung und Führerschaft zuletzt in den Händen von Asquith und seinen Schicksalsgenossen lag.

Soweit die kontinentalen Staaten nicht umhin können sich auf eine bestimmte Richtung der englischen Handelspolitik einzustellen und vorzubereiten, werden sie demnach gut tun etwaige Hoffnungen auf den englischen Freihandel bescheiden in den Hintergrund zu verweisen. Für die Entwerfung und Festlegung der Grundlinien eines neuen handelspolitischen europäischen Systems, wie es nach dem Krieg selbstverständlich kommen mußte, ist es deshalb und noch aus vielen anderen, hier oft erwähnten Gründen um so wichtiger und zukunftsbestimmender, daß die *deutsch-französischen* Verhandlungen augenblicklich sogar zeitlich den Vorrang erlangt haben, der ihrer allgemeinen handelspolitischen Bedeutung für Deutschland und für den gesamten Kontinent entspricht. Auch für die Sozialdemokratie empfiehlt es sich diesen wichtigsten Angelpunkt der nächsten Zukunft mehr als bisher im Auge zu behalten.

BRUNO BORCHARDT · DER WIEDERAUFBAU BERLINS

NACH jahrelangem Schwanken zwischen Erfüllungsbeteuerung und Widerstandsgeste hat nun Deutschland auf Grund des Dawesgutachtens und der Londoner Abmachungen festumrissene Verpflichtungen übernommen, denen man auch wird genügen müssen, da keine andere Möglichkeit besteht. Die von uns jetzt übernommenen Lasten sind viel größer als diejenigen, die uns vor 2 Jahren, vor dem Ruhrkrieg, auferlegt worden wären, wenn wir rechtzeitig die Verständigung mit Frankreich erstrebt und erreicht hätten. Daß dieses nicht geschah, daß mit den Wiedergutmachungsleistungen niemals ernst gemacht wurde, wodurch wir, wie der Endeffekt zeigt, nur uns selber schwer geschädigt haben, ist aber nicht etwa ausschließlich oder vorwiegend die Schuld der Rechten, der Deutschnationalen und ihrer völkischen Stoßtruppe (wie könnte das auch sein, da die Deutschnationalen ja niemals einen starken unmittelbaren Einfluß auf die Regierung ausgeübt haben?). Vor allem trägt die Linke die Verantwortung. Sie, die ihrem politischen und moralischen Glaubensbekenntnis nach die Trägerin der Wiedergutmachung hätte sein müssen, dachte nicht daran etwas Wirkliches dafür zu tun sondern suchte, auf englische Hilfe hoffend und englischen Interessen unbewußt sich unterordnend, sich der Leistung, soweit sie nicht England, sondern Frankreich zugute kommen sollte, möglichst zu entziehen. Um solche Ausweiche- und Hinzögerungspolitik begründen zu können, wurde die deutsche Wirtschaft, wurden auch ihre Möglichkeiten für die nächste Zukunft möglichst schwarz gemalt. Aber das hat niemanden getäuscht, nur uns selbst. Der Arbeitswille erlosch, und Deutschland verarmte nun wirklich, gerade in der Zeit der Konjunkturgewinne. Vollends der Ruhrkampf, mit dem Versuch ihn mit der Notenpresse zu führen, hat Deutschland ausgeblutet. Der (von vornherein jedem Urteilsfähigen selbstverständliche) unglückliche Verlauf dieses Kampfes, der gleichwohl auf Anregung und im Interesse Englands noch um Monate verlängert wurde, hat dann bewirkt, daß das Daweskomitee zusam-

mengerufen wurde. Und jetzt müssen wir die von ihm festgesetzten, viel schwereren Lasten tragen. Die Erkenntnis, daß wir wirklich den Krieg verloren haben, und die Folgen unserer militärischen Niederlage auf uns nehmen müssen, ist endlich durchgedrungen, und daher hört man jetzt überall, mit Ausnahme der durch die nationalistischen und bolschewistischen Phrasen verblödeten Kreise, daß man entschlossen sei eine Politik ehrlicher Erfüllung auf Grund der Dawesgesetze und des Londoner Pakts zu treiben.

Möglich ist das aber nur bei einem Wiederaufbau der Wirtschaft, an den überall, im Reich, in den Ländern, in den Gemeinden, herangegangen werden muß. Ohne Zögern müssen alle wirtschaftlichen Kräfte herangeholt und entfaltet werden. Zahlreiche Gemeinden sehen wir auch rüstig am Werk. Von zentraler Wichtigkeit ist natürlich die Reichshauptstadt. Berlin scheint erwacht zu sein, mindestens sich anzuschicken endlich zu erwachen. Es kann wieder ein wirklicher Haushaltsplan aufgestellt werden, ja man könnte fast glauben, das Schlimmste sei schon überwunden, die Finanzwirtschaft sei schon wieder ganz in Ordnung gekommen, wenn man hört, daß die Kassen infolge der Überschüsse in Fülle über flüssige Mittel verfügen, und Magistrat und Stadtverordnete sich mit der Verwendung von 13 Millionen Überschüssen beschäftigt haben. Ein solcher Schluß wäre aber irrig.

Wie sich die Finanzverhältnisse Berlins gestalten werden, kann man nicht sagen, bevor der neue Finanzausgleich zwischen Reich, Staat und Gemeinden beschlossen ist. Sicher ist, daß er für die Gemeinden, speziell für Berlin, ungünstiger sein wird als der gegenwärtige, denn sein Zweck ist ja in erster Linie die Reichsfinanzen zu sanieren. Sicher ist ferner, daß die Umsatzsteuer fortfällt. Von indirekten Steuern ist die Beherbergungssteuer schon aufgehoben, die Lustbarkeitssteuer wesentlich herabgesetzt worden. Die Ausfälle können nur durch neue Steuern gedeckt werden. Wie also der Haushaltsplan für 1925 aufgestellt, und wie er durchgeführt werden, wie der Haushalt wirklich aussehen wird, weiß noch niemand mit Bestimmtheit. Daher sollten die 13 Millionen als einmalige Einnahme auch nur zu einmaligen Ausgaben verwendet werden, die vor allem sozialen Zwecken dienen sollten. Die Deutschnationalen verlangten mit großem Nachdruck, daß diese Mittel der sogenannten Aufwertung dienen sollten. Diese Aufwertung ist aber unmöglich, denn die öffentlichen Körperschaften sind eben bankrott geworden, und man kann die Wirtschaft nicht wiederaufrichten, wenn man mit der Anerkennung und Übernahme der früheren Schulden beginnt. Reich, Land und Gemeinde sind keine abstrakten Begriffe sondern bestehen aus der Gesamtheit ihrer Bürger, die mit Ausnahme der Schieber, Kriegs- und Inflationsgewinnler sämtlich unter der Entwickelung der Geldentwertung in gleicher Weise ihre Vermögen verloren haben, und denen ihr Einkommen in der Inflationszeit unter den Händen zerronnen ist. Nun ist nicht einzusehen, warum die Gesamtheit der Bürger einem bestimmten Teil, den Inhabern von öffentlichen Anleihen und Sparbüchern, diesen Verlust ersetzen soll, was nur durch Auferlegung unerträglicher Lasten auf diese Schichten geschehen könnte, die nun zu ihrem Verlust auch noch die Mittel aufbringen sollen, um einem bestimmten Teil den Verlust zu ersetzen. Die Deutschnationalen in Berlin forderten aber, daß über die Aufwertung von Sparguthaben hinaus sofort auch die Verzinsung der Sparkassenguthaben und der städtischen Anleihen, die auf den Werken der Stadt ruhten, aufgenommen

werde. Dadurch würde freilich auf unabsehbare Zeit jede vernünftige Tarifpolitik der Werke unmöglich werden; auch ist nicht abzusehen, woher die Mittel zur Verzinsung genommen werden sollten, denn die zur Verfügung stehenden 13 Millionen würden knapp für ein Vierteljahr reichen. Es ist schwer zu glauben, daß diese Anträge und ihre Verteidigung anderen als Agitationsgründen entsprungen sind, wenn man nicht etwa annehmen wollte, daß die Antragsteller wirklich noch nicht begriffen haben, daß der Krieg für Deutschland schlimm ausgegangen ist, oder daß sie etwa meinen, wir könnten einen neuen Krieg siegreich führen und unsere Schulden dann von den unterlegenen Gegnern bezahlen lassen. Es ist aber bedauerlich, daß die Deutschnationalen, die doch schließlich die Vertretung der wichtigsten produktiven Schicht, der Landwirtschaft, also im wesentlichen doch eine Produzentenpartei sein wollen, in einer Kommune solche antiproduktiven Anträge stellen können. Es ist zu wünschen, daß sie von solcher Praxis bald abkommen. Man darf von Aufwertung nicht reden, wenn man sie doch unter gar keinen Umständen verwirklichen kann. Dabei ist zuzugeben, daß es eines der niederdrückendsten Gefühle bei unserm wirtschaftlichen Zusammenbruch ist, daß in seiner Folge der Spartrieb geradezu vernichtet wurde, daß das, was in normalen Zeiten eine wirtschaftliche Tugend gewesen, sich als töricht herausstellte, und geradezu eine Prämie auf die möglichst schnelle Umsetzung des Einkommens, auf seine Verwendung in schnellem Konsum gesetzt wurde. Durch die kataraktartige Entwertung, die das Einkommen in der Inflationszeit nicht nur von Tag zu Tag sondern fast von Stunde zu Stunde erlitt, mußte ja der Arbeitsdrang ertötet werden. Was nützte denn alles Arbeiten, wenn der Lohn schon bei der Auszahlung nur einen ganz kleinen Bruchteil dessen bedeutete, wonach er vor wenigen Tagen berechnet war, und wenn er schon am nächsten Tag nicht ausreichte auch nur das allernotwendigste zu kaufen? Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß trotz diesen trüben Erfahrungen sich seit der langsamen Erholung der Wirtschaft und der anscheinenden Stabilisierung der Mark der Arbeitswille wieder gehoben hat und der Sparsinn sich schon wieder regt, so daß die Sparkassen bereits über Guthaben von mehr als 6 Millionen verfügen. Diesen Sinn in der Bevölkerung zu erhalten und anzuregen sollte man sich alle Mühe geben. Dabei ist es zu begrüßen, daß Magistrat und Stadtverordnete sich in dem Beschluß zusammenfanden 5 von den 13 Millionen den Sparern für die Aufwertung ihrer Sparkassenguthaben zuzuwenden. Natürlich kann man mit einer solchen Summe nicht die Guthaben im Betrag von 700 Millionen wiederherstellen. Man beschloß daher nur den über 65 Jahre alten Sparern ihre Guthaben auf 10 % des Goldwertbetrags festzusetzen, jedoch Guthaben von über 1000 Goldmark nur bis zum Höchstbetrag von 100 Goldmark: also keine Aufwertung, die eben nicht möglich ist sondern ein Almosen, eine Zuwendung für die alten Sparer, deren Bedürftigkeit ohne weiteres, mit Recht, angenommen wurde. Sie werden so vor den alten Rentnern und sonstigen zahllosen Personen bevorzugt, die ebenfalls dank der verblendeten Nachkriegspolitik alles verloren haben. Aber weil man nicht alles auf einmal leisten kann, soll man nicht den Schluß ziehen gar nichts zu tun, und deshalb ist die Verwendung dieser 5 Millionen nur richtig. Weitere 5 von den verfügbaren 13 Millionen sind für die Errichtung von Wohnungen zur Verfügung gestellt worden. Der Versuch den geradezu schauderhaften Zuständen im Wohnungswesen ein Ende zu bereiten ist wohl als die allerdringendste unter

den vielfachen sozialen Aufgaben der Stadt zu bezeichnen. Mehr als 100 000 Menschen hausen in Räumen und unter Verhältnissen, unten denen ihre Arbeitseignung und ihre Arbeitsfreudigkeit auf das schwerste beeinträchtigt werden. Es gehört viel ausdauernde Zähigkeit und moralische Kraft dazu bei solchem Leben nicht dem Alkohol zu verfallen. Wandel in diesen Verhältnissen zu schaffen ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit den Betroffenen gegenüber, sondern ein dringendes allgemeines Interesse, damit die Erwerbsfähigkeit zahlreicher Menschen nicht allmählich verloren geht, die dann der Allgemeinheit nicht nur nichts nützen sondern noch von ihr in Armen- und Krankenhäusern, wenn auch recht kümmerlich, so doch mit großen Kosten, erhalten werden müssen, ohne daß man die armen Opfer dieser gesellschaftlichen Zustände irgendwie persönlich zu tadeln berechtigt wäre. Mit dem Rest der verfügbaren Mittel, 3 Millionen, werden die Vorbehaltsmittel des Magistrats aufgefüllt, die ja auch in erster Reihe sozialen Zwecken zugute kommen sollen. 200 000 Mark davon werden für notleidende Künstler verwendet.

Haben wir also in Berlin einen schwachen Anlauf zur Lösung sozialer Aufgaben, so sehen wir dort auf dem Gebiet des Schulwesens einen Stillstand, ja ein bewußtes Streben nach rückwärts. Es ist nicht zum wenigsten das Verdienst des Oberstadtschulrats Wilhelm Paulsen, daß die Abbaumaßnahmen bei den Berliner Volks- und höheren Schulen sich in erträglichen Grenzen gehalten und sich nicht so verhängnisvoll ausgewirkt haben, wie zu befürchten war; obwohl die Vermehrung der Stundenzahl der einzelnen Lehrkräfte, vor allem auch bei den Handels- und Berufsschulen, ihre verhängnisvolle Wirkung erst noch zeigen wird. Aber Paulsen ist ein Mann, der auf dem Gebiet der Schule Neues will, ein Mann, dessen Name ein Programm bedeutet. Die Schule soll Arbeits- und Lebensstätte für den Schüler sein, nicht Stätte bloßen Lernens oder gar Paukens. ⟨Übrigens soll bei dieser Feststellung die geistig-sittliche Bedeutung des Lernens um des Lernens willen nicht verkannt werden.⟩ Arbeitsschule statt Lernschule lautet die von den modernen Lehrern erhobene Forderung. Nun ist Paulsen nicht so weltfremd, daß er nicht wüßte, wie sehr in der Schule so gut wie alles auf die freudige Mitarbeit des Lehrenden ankommt, und er ist auch nicht so kurzsichtig, daß er nicht schätzte, was auch in den alten Schulen schon ge- und erarbeitet worden ist. Es kommt ihm in erster Reihe darauf an auf den Geist der Lehrerschaft zu wirken, und wer vorurteilslos seine Arbeit in Hamburg, auf Grund deren er von unseren Genossen nach Berlin gerufen wurde, und seine Arbeit in Berlin betrachtet, wird mit seiner Anerkennung nicht zurückhalten, selbst wenn er glauben sollte, daß in der Ausführung auch mancher Mißgriff vorgekommen sei. Ich berufe mich auf das Urteil des bisherigen Leiters der Abteilung für Höhere Schulen im Berliner Provinzialschulkollegium, Kummerow, der nach einem Besuch der Paulsenschen Lebensgemeinschaftsschulen in Hamburg schrieb, dieser Besuch sei für ihn ein Erlebnis gewesen, und er wünsche dringend, daß solche Versuche auch in Berlin gemacht werden. Ich berufe mich ferner auf die Schätzung, die Paulsen im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung genießt, auch beim Minister Boelitz selbst, der seine Versuche in Berlin genehmigt hat. Aber er war als Sozialdemokrat von seinem ersten Auftreten in Berlin an das Ziel gehässiger Angriffe, an denen sich auch die Demokraten, wenigstens die demokratischen Stadtverordneten (mit geringen, allerdings sehr ins Gewicht

fallenden Ausnahmen), beteiligten. Als nun die Personalabbauverordnung eine Möglichkeit zu eröffnen schien mißliebige Magistratsmitglieder zu entfernen, nahm die Hetze gegen Paulsen geradezu groteske Formen an. Alle bürgerlichen Parteien machten sie mit. Am ehesten ist die Animosität gegen Paulsen beim Zentrum verständlich. Wir haben in Weimar den Schulkompromiß geschlossen, den wir nun auch ehrlich halten wollen oder sollen. Daß aber die Schule ohne Religionsunterricht, die Paulsen fördert, die konfessionslose weltliche Schule, vom Zentrum nur mit Widerwillen ertragen wird, ist nur natürlich, und daß es daher in Berlin lieber einen Mann am Ruder wünscht, der durch seine ganze Einstellung eine Gewähr für die Förderung des Religionsunterrichts gibt, versteht sich von selbst. Trotzdem war es eine kurzsichtige Politik, daß das Zentrum den dem Gesetz widersprechenden Abbau aus politischen Gründen bei Paulsen mitmachte; von Weiterblickenden dieser Partei wurde sie auch nicht gebilligt. Der Beschluß gegen Paulsen wäre trotzdem nicht zustande gekommen, wenn in der entscheidenden Sitzung die Kommunisten nicht ebenfalls Partei gegen Paulsen ergriffen hätten, und zwar, wie ihr Redner offen zugab, nur weil Paulsen Sozialdemokrat ist und sich bei seinen Maßnahmen auf dem Gebiet des Schulwesens innerhalb der vom Gesetz gezogenen Grenzen gehalten hat. Freilich haben die Kommunisten mit dieser Begründung ihrer Abstimmung der in letzter Instanz entscheidenden richterlichen Behörde jede rechtliche Möglichkeit zu einer Entscheidung gegen Paulsen genommen. Es ist also anzunehmen, daß Paulsen seinen Platz bald wieder einnehmen wird, und man kann hoffen, daß die Berliner Finanzverhältnisse es ihm dann gestatten werden seine Pläne in umfassenderer Weise der Verwirklichung näher zu bringen als bisher. Dies muß jeder wünschen, der überhaupt gegen die Stagnation ist; auch aus Fehlern des Neuen kann später etwas Gutes herauskommen, aus der Trägheit des Alten nie.

Von der Gestaltung der Finanzverhältnisse wird es auch abhängen, inwieweit das gerade für Berlin so große Gebiet der Wohlfahrtspflege stärker und erfolgreicher in Angriff genommen werden kann. Da sah es in den letzten Jahren böse aus. Es ist noch nicht gar zu lange her, daß allen Ernstes verkündet wurde, die Stadt müsse es sich sehr sorgfältig überlegen, ob sie es bei ihren Verhältnissen noch verantworten könne die städtischen Krankenhäuser weiter zu führen. Derartiges wird ja jetzt schwerlich mehr in Frage gestellt werden. Wird aber die Stadt das öffentliche Gesundheitswesen wieder in die Höhe bringen und auf der Höhe halten können? Ebenso berechtigt sind die Klagen im Armenwesen, die Klagen der Erwerbslosen über nicht genügende Leistungen der Stadt. Auf allen diesen Gebieten wird das Ausschlaggebende immer die finanzielle Lage der Stadt sein.

Diese finanziellen Verhältnisse selbst, das A und O jeder Entfaltung vernünftiger öffentlicher Tätigkeit, können nur gesunden, wenn planmäßig eine vernünftige Produktionspolitik betrieben wird. Wie die Gesetzgebung im Reich und in den Ländern darauf gerichtet sein muß sowohl die Urproduktion auf dem Land wie die Industrie zu beleben, die Arbeitslust anzuregen, so müssen auch die Gemeinden sich bewußt werden, daß sie Glieder des großen Produktionsorganismus sind, den der moderne Staat darstellt. Eine so große Gemeinde wie Berlin ist schon nicht mehr als eine Zelle dieses Organismus zu bezeichnen, sie ist vielmehr selber schon ein produktives Gebilde. Von diesem Bewußtsein müssen die wirtschaftlichen Maßnahmen

ihrer Vertreter erfüllt und gelenkt sein. Wäre das geschehen, so hätte die Stadt ihre Betriebe ganz und gar in der Hand behalten können. Die Arbeiterschaft ihrer Betriebe ist freilich nicht von der Mitschuld an der Entwickelung, die die Dinge genommen haben, freizusprechen. Vor 2 Jahren habe ich hier darauf hingewiesen, daß der Arbeiter, der den Inhalt des Sozialismus nicht in der Forderung nach weniger Arbeit und mehr Lohn erblickt, der seinen wirklichen Sinn begriffen hat, auch davon durchdrungen sein müsse, daß gerade unserer niedergebrochenen Wirtschaft nur durch harte, entsagungsvolle Arbeit aufgeholfen werden könne, und daß die städtische Arbeiterschaft sich ihrer Pflichten gegen die Gesamtheit bewußt sein solle.[1] Ich habe mich damals gegen Streiks in städtischen Betrieben als unvereinbar mit den Gedanken einer gesunden Produktionspolitik ausgesprochen, deren Trägerin in erster Linie die Arbeiterklasse sein muß. Die städtischen Arbeiter aber behandelten den Magistrat vielfach wie jeden privaten Arbeitgeber, ja schlimmer, weil sie glaubten, er könne ihren Forderungen weniger Widerstand leisten. Das ist mit schuld daran, daß der Einfluß der Stadt in den Betrieben zu einem Teil geschwunden ist, und daß sich in ihnen Arbeitsverhältnisse entwickelt haben, die stellenweise als geradezu schlimm bezeichnet werden müssen. Wir müssen bestrebt sein in den Betrieben den städtischen Einfluß wieder voll zur Geltung zu bringen. Nur dann kann von einheitlichen großen Gesichtspunkten aus die Produktion auf den verschiedensten Gebieten planmäßig gefördert werden. ⟨Freilich nur, wenn den Kommunalvertretern nicht der Zulauf der städtischen Arbeiter sondern das Ergebnis der Arbeit, die städtische Wirtschaft, das Wichtigste ist.⟩

Was da an Aufgaben sich aufdrängt, lehrt schon ein flüchtiger Blick bei einem Gang durch belebte Straßen. Die mangelhafte Beleuchtung, der nicht entfernt mehr zu bewältigende Verkehr drängen sich jedem sofort als ganz unerträglich auf. Zur Lösung der vielfachen Verkehrsprobleme gehört auch eine gesunde Siedelungspolitik. Aber der Gedanke Arbeitsviertel und Wohnviertel zu trennen, der zu der Gründung von Wohngemeinden und Gartenstädten im Gegensatz zu Arbeitsgemeinden geführt und ursprünglich sicherlich im Interesse der Gesundheit der Arbeiter gelegen hat, erweist sich heute als ein Hemmnis. Es ist durchaus möglich die Rauchbelästigungen durch Fabrikschornsteine und den für Wohnungen unbequemen Lärm der Maschinen auf ein ganz geringes Maß herabzudrücken und Siedelungen so anzulegen, daß in ihnen oder in ihrer nächsten Nähe auch reichliche Erwerbsgelegenheit jeder Art geboten wird. Das Beispiel von Siemensstadt zwischen Charlottenburg und Spandau ist ein Beweis dafür. Es ist ein ungesunder Zustand, daß Tausende und Abertausende von Menschen des Morgens nach Berlin zur Arbeitsstätte hineinbefördert und des Abends wieder nach ihren Wohnstätten hinausbefördert werden, wodurch der Verkehr in ganz ungeheuerlicher Weise belastet und ganz unproduktive Mühe aufgewandt wird.

Die Lösung der angedeuteten und vieler anderen Aufgaben kann nur bei wirklicher Selbstzucht gelingen, die bei Selbstverwaltung stets unerläßlich ist. Die treibende Kraft bei einer solchen Erziehung zur Selbstverantwortung muß die Arbeiterklasse sein.

1) Siehe *Borchardt* Das Recht auf Arbeitsverweigerung und die Pflicht zur Arbeit und Einige Worte zur Arbeitsmoral, in den Sozialistischen Monatsheften 1922 I Seite 201 ff. und 1922 II Seite 784 ff.

HERMANN SCHÜTZINGER · DER FALL LUDENDORFF

JEDER, der sich in den letzten Jahren mit dem Feldherrn, der Persönlichkeit und dem Politiker Ludendorff publizistisch näher befaßt hat, wußte im voraus, daß Ludendorffs Verteidigungsrede vor dem Münchener Volksgericht für ihn zur Katastrophe werden mußte. Ludendorff hat in seinen 3 Büchern[1], in seinen zahlreichen Artikeln und Reden so viele Beweise politischer Blindheit und militärischen Versagens gegeben, daß dieses intellektuelle Harakiri in den Mauern der Münchener Kriegsschule niemanden mehr überraschen durfte. Und doch konnte es in Deutschland geschehen, daß er nachher noch zum Volksvertreter gewählt wurde ⟨um dann, am Tag der Abstimmung über die Dawesgesetze, endgültig Art und Niveau seines Geistes zu enthüllen⟩.

Der *Politiker* Ludendorff ist in seinem verhängnisvollen Wirken keineswegs ein Original sondern lediglich ein Typ. Je mehr der Typ Ludendorff im Weltkrieg die politische Macht in die Hand bekam, desto deutlicher zeigte sich von der Spitze herab Mangel an Ehrfurcht vor den Kräften des schaffenden Volkes. Die 5 Millionen Deutsche, die in Ludendorffs Divisionen seine Schlachten schlugen, waren und sind in seinen Augen eine Masse, die zu gehorchen und zu sterben hatte. Ludendorff war es, der sich jener im Krieg so dringend notwendig gewordenen Demokratisierung der Armee, der Festsetzung gleicher Offiziers- und Mannschaftskost, dem Offiziersaufstieg aus dem Mannschaftsstand bis aufs äußerste widersetzte, die Kräfte des aktiven Unteroffizierkorps damit lahmlegte und dadurch den Dolch in den Rücken der Front und Etappe stieß, der sich dann von selbst in den Körper unserer Formationen grub, als beim Rückmarsch zum Rhein der Zersetzungsprozeß unsere geschlagenen Armeen erfaßte. Daher konnte sich die französische und englische Militärkritik über den »wahren Militär« (wie sich Ludendorff in seinen Werken bezeichnet) lustig machen, der in seiner Überhebung den anderen unterliegen mußte, den »bescheidenen Militärs Frankreichs und Englands, wo das Gefühl für Maßhaltung und guten Geschmack, die Empfindlichkeit für das Lächerliche siegreich gegen die Übertreibungen des Stolzes ankämpft«. Das wahrhafte, im Innersten echte Deutsche wurde vom Typ Ludendorff negiert, wahrscheinlich gar nicht erkannt. Deutschland war und ist ihm eine Kolonie, über die man durch Macht herrscht. Vaterlandsliebe? Die dürfte sich doch für den richtig empfindenden Menschen anders äußern als im Willen nach persönlicher Macht. Dieser war es, der Ludendorff zum ersten Meuterer der deutschen Armee machte, als er dem Kaiser das Entlassungsgesuch hinwarf, um den Rücktritt des höchsten politischen Beamten zu erzwingen. Als der große Zusammenbruch kam, da wußte auch Ludendorff um das Erlahmen unserer mißhandelten und überspannten Kraft. Er aber saugt sich, eine gefallene Größe, voll Gift und Galle und übergießt damit, seit den Tagen seiner Flucht ins Ausland, das deutsche Volk. Alle sind sie schuld: die 10 Millionen deutscher Arbeiter, sie sind die Marxisten; die Reichsregierung, sie wird von den Juden beherrscht; die deutschen Länder, sie werden vom Geist der Katholiken verseucht. Nur *er* ist nicht schuld, *er*

1) Siehe *Ludendorff* Meine Kriegserinnerungen 1914 bis 1918 /Berlin 1919/, Urkunden der Obersten Heeresleitung /Berlin 1920/, Kriegsführung und Politik /Berlin 1922/.

nicht. Meuterei ist es, wenn Lossow den Gehorsam verweigert, eine »forsche Tat« aber, wenn Roßbach gegen den Befehl des Reichswehrministers marschiert. Eine Rekrutenrede, im Stil eines Musterungsbefehls vorgetragen, wagt der einst, im Krieg, unumschränkte Beherrscher des deutschen Volkes als sein politisches Glaubensbekenntnis zu geben. Dieser Politiker Ludendorff vor Gericht überstrahlt so mit blendendem Scheinwerferlicht den Bankrott des alten Systems, in dem von subalternen Geistern über Sein und Nichtsein einer großen Nation entschieden wurde.

Und der *Feldherr* Ludendorff? Sein Kriegsruhm wäre umstritten, vermeldet die erstaunt aufhorchende Presse. Das stimmt nicht. Ludendorffs Feldherrnherrlichkeit ist schon längst vor der Münchener Tragikomödie durch das Seziermesser der modernen Fachliteratur zerstückelt und in ihrem Mangel an Geist erkannt und gewürdigt worden. Nur der unverbesserliche engstirnige Träumer in Posemuckel und Miesbach kann noch des Glaubens sein, der Feldherr Ludendorff habe an Prestige in Deutschland und in der modernen Kulturwelt noch etwas zu vergeben.

Zum erstenmal wurde in Deutschland die Legende von Ludendorffs Feldherrngenie im Jahr 1920 zerstört.[2] Zu dem ungenannten Verfasser, der Ludendorffs Kriegserinnerungen mit beißender Ironie beleuchtete, gesellte sich im selben Jahr der Nachfolger Ludendorffs als Generalquartiermeister, der Generalleutnant Wilhelm Gröner.[3] Er nahm in vollkommen sachlicher Weise Ludendorffs große Offensive und die Vorbereitungshandlungen des Zusammenbruchs unter die strategische Lupe und legte die schweren Fehler und Unterlassungssünden Ludendorffs im Entscheidungsjahr 1918 bloß. Weniger respektvoll ging der bekannte Kriegshistoriker Hans Delbrück mit dem Feldherrn ins Gericht.[4] Hier fällt zum erstenmal das Wort von dem »wahnsinnig gewordenen Kadetten« und dem »ersten Meuterer im Kriege«. Die Gegenschrift eines Adlatus Ludendorffs[5] konnte die Beweisführung Delbrücks nicht im mindesten erschüttern. Der wuchtigste deutsche Gegenhieb gegen die Ludendorffsche Selbstapotheose wurde jedoch von dem Nachfolger Ludendorffs auf dem östlichen Kriegsschauplatz, von dem General Max Hoffmann, in einem umfangreichen Werk geführt.[6] Hoffmann führt zunächst Ludendorffs Anteil an dem Sieg von Tannenberg auf das nötige bescheidene Maß zurück. ⟨Und dabei denke man, wie Ludendorff am 28. August dieses Jahres im Reichstag es fertig brachte in die Welt zu schreien: »*Ich* [!] habe vor 10 Jahren die Schlacht von Tannenberg geschlagen ...« Man vergleiche mit dieser Ruhmredigkeit, die den wirklichen Sieger Hindenburg beiseite schiebt, um sich an dessen Stelle zu setzen, die Bescheidenheit und die vornehme Gesinnung, mit der Hindenburg stets für Ludendorff eingetreten ist.⟩ Dann beleuchtet Hoffmann das Intrigennetz, das zwischen Oberost, der Obersten Heeresleitung und dem Militärkabinett ausgespannt und von Ludendorffs Günstlingssystem genährt wird. Er drückt die volle Verantwortung für die Überspannung der militärischen Leistung, die Sabotage jedes Vernunftfriedens und den endgültigen Zusammenbruch der deutschen Militärmacht auf die Schultern Ludendorffs.

2) Siehe die *anonym* veröffentlichte Schrift Der Feldherr Ludendorff, von einem Soldaten /Berlin 1920/.
3) Siehe *Gröner* Der Weltkrieg und seine Probleme /Berlin 1920/.
4) Siehe *Delbrück* Ludendorffs Selbstporträt /Berlin 1922/.
5) Siehe *Foerster* Hans Delbrück ein Porträtmaler? /Berlin 1922/.
6) Siehe *Hoffmann* Der Krieg der versäumten Gelegenheiten /München 1923/.

Während die Kritik der deutschen Politiker und Generale immerhin noch eine gewisse Distanz gegenüber dem ehemaligen Abgott des deutschen Volkes hält, hat die Militärkritik des Auslands den vermeintlichen Heros der deutschen Heerführung im Weltkrieg ganz unbefangen um so vollständiger durchleuchtet. Der Chef des französischen Generalstabs Buat hat sich am gründlichsten mit Ludendorff auseinandergesetzt; sicherlich nicht aus Haß gegen den einstigen Mitstreiter um den Endsieg ⟨er hat Hindenburg mit Takt und Geschmack die größte Hochachtung ausgesprochen[7]⟩ sondern um angesichts der Unbefangenheit, mit der Ludendorff sein Versagen in geniale Heldentaten umzubiegen versuchte, der Wahrheit die Ehre zu geben.[8] Es ist merkwürdig, daß das Charakterbild Hindenburg-Ludendorff ebenso wie die tiefstschürfende militärische Diagnose über Ludendorff von einem Franzosen stammt, von einem Franzosen, der in seinen Schriften bereits den Beweis erbracht hat, daß er Achtung vor der Größe des deutschen Volkes in Glück und Unglück besitzt. Es ist auch für uns wichtig zu wissen, daß Ludendorffs Kriegserinnerungen im Ausland nur Spott geerntet haben, während Hindenburgs Buch, wie Buat sagt, »einen ganz andern Menschen aufgedeckt hat, als wir ihn uns vorstellten: frei von Hochmut, Ehrgeiz und Haß, nachsichtig in seinen Urteilen und pflichtgetreu«. Diese Sätze haben in wenigen Monaten die Kulturwelt durchlaufen und für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit geworben, durch das Bekenntnis eines Franzosen: »Ihr dürft sie nicht alle an Ludendorff messen. Sie sind nicht alle Bestien ohne Erbarmen und Pflichtgefühl. Einer ihrer Besten war trotz aller Engstirnigkeit ein guter Mensch.«

So steht Ludendorff vor uns: wirklich nicht als ein Original sondern als ein Menschentyp, der Deutschlands Zusammenbruch im Krieg herbeiführen mußte. Ludendorff als Person ist selbstverständlich nicht der allein verantwortliche Träger der deutschen Niederlage, er verkörpert lediglich das System, das dem deutschen Volk verantwortlich ist für den verfehlten Aufmarsch, den gescheiterten Vormarsch, den Mangel an Menschenökonomie und seelischer Feinfühligkeit im Krieg und den endgültigen Zusammenbruch.

DER Fall Ludendorff bedeutet die Selbstenthüllung einer überlebten zünftigen Strategie, zeigt den Krieg als Handwerk einer archaistischen Kriegerkaste. Dieses Alte muß erst im Geist gründlich beseitigt werden, damit Licht und Sonne für den Aufstieg des neuen Deutschlands kommen. Hier kann uns das junge Frankreich Verbündeter sein. Einer seiner klarsten Köpfe im Kampf gegen den Ludendorffschen Geist ist Jean de Pierrefeu in seinem geistvollen Buch Plutarque a menti[9]. Ob Plutarch, der Heroenhistoriker, im Altertum schon gelogen hat, bleibe dahingestellt. Sicher aber müssen wir die heutigen Plutarche der Lüge überführen, die aus den Heerführern der letzten gewaltigen Menschheitstragödie Heroengestalten im Purpurmantel der Strategie gemacht haben. Das können wir feststellen, da wir in der Lage sind ihre Heldentaten unter die kritische Zeitlupe zu nehmen.

Der 4jährige Krieg stellt sich uns in 3 Perioden dar. Die 1. Periode von der Mobilmachung bis zur permanenten Frontbildung im Westen bietet noch

7) Siehe dazu auch *Schützinger* Hindenburg und Ludendorff, in den Sozialistischen Monatsheften 1922 II Seite 726 ff.
8) Siehe *Buat* Ludendorff /Lausanne 1920/ und Hindenburg /München 1922/.
9) Siehe *de Pierrefeu* Plutarch hat gelogen /Berlin 1923/.

gewisse Möglichkeiten der strategischen Operation; die 2. Periode, die Übergangsperiode mit ihren ziel- und entscheidungslosen Kämpfen an der Ost- und Westfront, leitet uns zur 3. Periode, der Schlacht in Frankreich mit ihren Perspektiven zum Zukunftskrieg hinüber.

Zunächst Mobilmachung und Aufmarsch. Welches war der Grundgedanke des deutschen und des französischen Aufmarsches? Der Faktor Unbekannt in allen Aufmarschberechnungen war die belgische Neutralität. Der deutsche Generalstab hatte sich entschlossen sie zugunsten eines groß angelegten Umfassungsmanövers gegen die französische Armee durch den massierten deutschen Nordflügel zu verletzen. Der französische Generalstab jedoch wahrte die Neutralität und suchte die Anfangsentscheidung durch einen Stoß auf den deutschen Südflügel und den Durchbruch beiderseits Metz zu erreichen. Ein eingehendes Urteil über den deutschen Aufmarsch ist hier schon gefällt worden.[10] Er stellte politisch eine Herausforderung der gesamten zivilisierten Welt dar und hat das bittere Ende auch durch unsere moralische Isolierung verschuldet. Nachdem man sich jedoch über politische Rücksichten hinweggesetzt hatte, konnte er strategisch nicht anders angesetzt werden. Er war ein Produkt folgerichtiger Einschätzung der militärgeographischen und strategischen Grundgesetze und der Vorteile, die wir aus dem Überfall Belgiens ziehen konnten. Jeder Fähnrich hätte nach 1jährigem Kriegsschulkursus zu dem selben Resultat kommen müssen wie der tüchtige General von Schlieffen, von dem mit frommem Schauer erzählt wird, er habe noch auf dem Totenbett die Worte gesprochen: »Macht mir den rechten Flügel stark!« Daß dieser an sich richtige Schlieffensche Plan durch die Halbheiten seiner Nachfolger und die Prestigerücksichten des Allerhöchsten Kriegsherrn "verwässert" wurde, ist durch die militärische Fachliteratur bereits eingehend nachgewiesen worden. Neu ist nur, daß der General Hoffmann, vielleicht der fähigste, militärisch und politisch intelligenteste Generalstabsoffizier der deutschen Weltkriegsgeneration, dieser auch von anderer Seite bestätigten Auffassung beitritt. Ebenso heiß umstritten ist neuerdings auch der französische Aufmarschplan. Er sah den Aufmarsch längs der deutsch-französischen Grenze vor, mit dem linken Flügel etwa in der Gegend von Sedan, und verzichtete auf einen Offensivstoß im Norden durch belgisches Gebiet; er basierte auf dem sofortigen Vormarsch im Zentrum und im Süden. Der Bericht der französischen Kommission, die die Ursachen des für die französische Industrie so empfindlichen Verlustes von Nordostfrankreich untersucht hat, ist im Journal Officiel veröffentlicht worden. Ferner hat Joffre eine für diese Kommission bestimmte Denkschrift La préparation de la guerre et la conduite des operations jusqu'à la bataille de la Marne im November 1919 veröffentlicht. Auch eine Schrift des Oberstleutnants Thomasson Le revers de 1914 behandelt den französischen Aufmarsch. Typisch für die deutsche Beurteilung des französischen Aufmarschplans sind die Ausführungen des Generalleutnants Hermann von Kuhl, der den Franzosen unterstellt, der Aufmarsch sei eine politische Finte gewesen, um die Wahrung der Neutralität Belgiens dokumentarisch nachweisen zu können.[11] So unerklärlich erscheint ihm die neuerdings wieder erhärtete Tatsache, daß Frankreichs militärische Vorbereitungen auf der Achtung vor

10) Siehe *Schützinger* Die Wurzeln der deutschen Niederlage in der kaiserlichen Armee und Die neudeutsche Strategie im Weltkrieg, in den Sozialistischen Monatsheften 1922 I Seite 165 ff. und 214 ff.
11) Siehe *von Kuhl* Der Marnefeldzug 1914 /Berlin 1921/ Seite 55 ff

völkerrechtlichen Verträgen basierten. Dieser Beweis ergibt sich aus Jean de Pierrefeus oben erwähntem Buch. Dieser geistreiche Ordonnanzoffizier im französischen Großen Hauptquartier wendet sich mit aller Schärfe gegen die Absicht des französischen Oberbefehlshabers, ganz gleich, was da kommen möge, bei Mörchingen, Saarburg und Mülhausen anzugreifen und in deutsches Gebiet einzubrechen. Er nennt diesen Plan okkultistisch, bergsonistisch, fatalistisch, »auf einem Geistertisch geboren«. Er denkt aber nicht daran, daß der »Glaube an das Dogma von der Unfehlbarkeit der Angriffsidee« die große Mode der Generalstabsschulen aller Kulturländer schon seit der Jahrhundertwende war. Dieser Glaube an den Erfolg des eigenen Angriffs, vom Führer herab bis zum letzten Soldaten fortgepflanzt, war nach der Auffassung der zünftigen Strategie der Vorkriegszeit die Voraussetzung für einen operativen Erfolg. Wenn man beiderseits konsequent gewesen wäre, dann hätte sich von selbst die im Friedensmanöver so beliebte Drehschlacht entwickelt, das heißt, die ursprüngliche Nordsüdfront Aachen-Metz-Mülhausen hätte sich in eine Ostwestfront Reims-Metz-Stuttgart "gedreht". Die Drehschlacht wäre zweifellos Wirklichkeit geworden, wenn die französischen Angriffsarmeen nicht vorzeitig in dem äußerst zäh zu verteidigenden und gegen Massenangriffe geschützten Gelände der Lothringer Schlacht zum Stehen gekommen wären.

Jede zünftige Strategie neigt zum Hasard. Pierrefeu hat aber vollkommen recht, wenn er sich dieses Glücksspiel auf Kosten des waffenfähigen Volkes von Frankreich verbittet. So hat uns der Aufmarschplan einer militärischen Clique in Krieg und Not hineingestürzt. Wären die Aufmarschkombinationen lediglich vom Gedanken der reinen Landesverteidigung getragen gewesen, hätten sie sich darauf beschränkt den ungestörten Besitz des eigenen Landes durch einen reinen Defensivaufmarsch in den Grenzprovinzen unter Wahrung eines gewissen Vorsichtsabstands von den Grenzpfählen zu garantieren, so hätte es keinen zwangsläufigen Überfall auf Belgien und keine vorzeitige Truppenmassierung an der lothringischen Grenze — und vielleicht gar keinen Weltkrieg gegeben.

Ebenso wie über den Aufmarsch, ist auch über den Vormarsch 1914 manches Neue bekannt geworden. Die leichtsinnige und geradezu wahnwitzige Schwächung des rechten deutschen Vormarschflügels, dessen Entblößung von einer nach strategischen Grundgesetzen unbedingt nötigen Flügelstaffel den Verlust der Marneschlacht und vielleicht dadurch des gesamten Krieges herbeiführte, wird vor allem von Hoffmann mit den schärfsten Worten verurteilt. Die im Buch des Generals Tappen geäußerte Meinung, die Oberste Heeresleitung sei überzeugt gewesen, daß die große Entscheidungsschlacht im Westen bereits zugunsten des deutschen Heeres entschieden wäre, nennt er »unbegreiflich«; die geringe Zahl der Gefangenen und die geringe Beute, der Zustand der Marschstraßen, auf denen sich nirgendwo Zeichen eines fluchtartigen Rückzugs der feindlichen Truppen erkennen ließen, hätte die Oberste Heeresleitung eines Bessern belehren müssen. Die strategische Leitung des berühmten deutschen Vormarsches wird durch den Stabschef der nördlichen Flügelarmee von Kuhl mit einer wahrhaft ätzenden Kritik behandelt. Auf der andern Seite wird die Führung des gleich berühmten französischen Rückmarsches durch den Leiter der nördlichen Flügelarmee General Lanrezac aufs schärfste kritisiert, so daß sich der Marschall Joffre und der Gene-

ral Mangin zu Gegenkritiken veranlaßt sahen: der eine in einem amtlichen Bericht des Großen Hauptquartiers, der andere in seinem Buch Comment finit la guerre? So viel scheint sicher zu sein, daß der einzige wirklich aktive Führerkopf in der weltgeschichtlichen Entscheidungsstunde des Weltkriegs, der Marneschlacht, der französische Unterführer Joseph Gallieni war, dessen aus der Intuition des Augenblicks heraus unternommener Flankenstoß die große Wendung ermöglichte; um sie zu vollenden, mußte freilich noch eine Reihe von Umständen, zum Teil zufälliger Art, mitwirken. Wie schlimm sich nun auch die Lage für die deutsche Heeresmacht gestaltete: mit dem Rückmarsch der deutschen Armeen von der Marne an die Aisne wäre das Schicksal des ersten Kriegsjahres und der Bewegungsschlacht im Westen noch nicht entschieden gewesen, wenn im deutschen Generalstab ein Führer im Ausmaß Gallienis gesessen hätte. Das, was hierüber vor Jahren in den Sozialistischen Monatsheften von mir gesagt wurde, findet durch den General Hoffmann jetzt seine Bestätigung: Es fehlte eine große operative Idee zur Beherrschung der strategischen Lage. Hoffmann meint, daß Falkenhayn, der nach der Niederlage an Moltkes Stelle trat, den Schlieffenschen Umfassungsplan trotzalledem in einer zweiten Schlacht (an der Aisne) durch Herumwerfen aller verfügbaren Kräfte vom deutschen linken auf den rechten Flügel noch hätte durchführen und einen großen Sieg erreichen können. Er beruft sich für diese Meinung auf den General Gröner, der für die nötigen Bahntransporte schon einen Entwurf ausgearbeitet und eingereicht hatte. Das Spiel der Operationen aber endete in einem Befestigungssystem, das den Krieg im Westen zum rohen Material- und Festungskrieg degradierte.

Damit trat der Weltkrieg in seine 2. Periode: das Übergangsstadium jener operativen Kriegführung der Vergangenheit zum defensiven Volkskrieg der Zukunft. Der große Krieg hat uns gezeigt, vor allem in dem Übergangsstadium von der 2. zur 3. Weltkriegsperiode, daß nur ein Bruchteil der eigentlichen Leistung des Volkes rein militärische Führerarbeit ist. »Der Begriff Krieg besteht zu 80 % aus Problemen der Friedenszeit« sagt Pierrefeu, und er verlangt für die Zukunft den »Ziviloberbefehlshaber« und die »Verbürgerlichung« der gesamten Heeresleitung. ⟨Es sei hier die Bemerkung eingefügt, daß dieses Ideal vor 1¼ Jahrhundert in Napoléon bereits erfüllt war. Denn dieser große Kriegsführer war ebenso und vor allem ein Friedensherrscher, und seiner militärischen Genialität war seine politisch-administrative vollkommen ebenbürtig.⟩ Das ist wichtig. Dort drüben, im Land des Siegers, ist eben eine freimütigere Kritik und eine rücksichtslosere Demaskierung militärischer Heroen vor sich gegangen als bei uns. In Frankreich hat der Begriff Wehrmacht seit Jahren schon einen ganz andern Charakter als bei uns in Deutschland. So daß sich selbst der Sozialist Jean Jaurès in seinem Werk L'armée nouvelle tief in das Problem der Landesverteidigung hineinversenken konnte, und der "Antimilitarist" Jean de Pierrefeu, der weit davon entfernt ist "pazifistischen Utopieen" zu huldigen, unter dem Beifall des ganzen Landes die Begriffe Strategie und Kriegführung auf eine ganz neue Basis der Verbürgerlichung des Systems der Landesverteidigung stellen kann. »Deutschlands Unglück ist es gewesen, daß, als es die bürgerlichen Kräfte, vielleicht mehr als Frankreich, aufrief, das militärische Element weiterhin seine tyrannische Hand darüber hielt. In Frankreich hat es das Glück gewollt, daß sich durch Säfteaustausch ein Strom von dem einen zum andern ergoß, und als schließlich in der Person des Obersten Befehlshabers, Pétain,

die bürgerliche Demokratie triumphierte, war der Sieg nicht mehr weit.« In dieser Zeit der strategischen Erstarrung und der Materialisation der operativen Idee, den Kriegsjahren 1915 bis 1917, zeigten sich in der militärischen Führung des demokratischen Frankreichs Ansätze zu einer Neubildung des zähe und spröde gewordenen Stoffs der Strategie. In Deutschland klebte man bis zuletzt am Alten. Die hier vor Jahren schon von mir angestellten Studien über die Möglichkeit die Aisneschlacht 1914 von einer Flügelschlacht zu einer Durchbruchsschlacht umzubilden, über die Notwendigkeit durch großangelegte Rückmärsche und flankierende Aufnahmestellungen die starre Front wieder beweglich zu machen und dann nach Wiederbelebung der Operation zu kämpfen und zu siegen, alles das wird uns heute von Pierrefeu neu bestätigt. Auch die großen Siege im Osten erbringen trotz frontalen und partiellen Erfolgen nicht den einen operativen Erfolg, der die Fronterstarrung im Osten, die ja einen etwas leichtern Härtegrad besaß als die Front im Westen, gelöst und die russische Armee zertrümmert hätte. Hoffmann entrollt gar düstere Bilder vom persönlichen Neid der Stäbe Falkenhayn und Ludendorff, von falsch und strategisch unwirksam angesetzten Durchbruchsversuchen, und er bekräftigt so ganz das, was ich an dieser Stelle über die deutsche Strategie an der Ostfront gesagt habe.

So schleppte sich der Krieg unter fürchterlichen Blutopfern, ohne operative Entscheidung, in die 3. Periode, die Massenschlacht im Westen, hinein. Ludendorff ist der Dämon dieses 3. Stadiums geworden, das im Massensterben gipfelte. »Die Vorsehung,« sagt Pierrefeu, »die in diesem Krieg so sehr darum besorgt war uns die Nichtigkeit des militärischen Genies zu zeigen, scheint uns eine unendliche Gefälligkeit erwiesen zu haben, indem sie mit geradezu verschwenderischer Hand Ludendorff ausstattete, zweifellos, um ihn uns als Beispiel hinzustellen. Der Blick der Menschheit sollte konzentriert werden auf ein einzigartiges Beispiel, damit sie um so besser von dem scheußlichen Widersinn durchdrungen würde.«

Und so baut sich vor uns das Kolossalstandbild des "genialen Hasardeurs" auf, der im Osten einem führungs- und waffentechnisch unterlegenen Gegner einige Spielbankeinsätze abgewinnen durfte, um im Westen, in der großen Entscheidungsschlacht, um so sicherer mit seiner Kunst der operativen Roulette zu scheitern. Ihm gegenüber, am andern Ende des Spieltisches, ein kühl rechnender und heißblütig handelnder Franzose: Foch. Während Ludendorff mit den Faustschlägen seiner Massenheere sich müht den großen Festungsgürtel mit den Methoden der alten strategischen Zunft zu zerschmettern, beginnt bei Foch die Kriegstechnik der Zukunft, die nicht mehr "operiert" sondern zäh ihre Masseninstrumente gebraucht, wie es der Augenblick verlangt. So ersteht über dem gewaltigen Ringen im Westen, über dem Bankrott der alten Fechterstrategie, die Idee von der unbesieglichen Kraft eines wehrhaften Volkes, das zur Verteidigung seiner heimatlichen Grenzen, unter Verzicht auf den Lorbeer des Feldherrn und Helden, unschätzbare Säfte der heimatlichen Scholle zu entlocken vermag. Von den Führern, die 4½ Jahre die Jugend ihrer Nationen zum Massensterben geführt haben, bleibt nicht viel übrig. Um so heiliger sollen uns die Millionen der wahren Helden sein, die als Proletarier und Infanteristen, als Handwerker, Bürgersleute und Bauern und, seien wir gerecht, als Kompagnieführer, Bataillons- und Regimentskommandeure ihr Leben der Liebe zur Heimat geopfert haben.

BER der Tragödie des Weltkriegs und über dem deutschen Zusammenbruch von 1918 leuchtet wie ein warnendes Menetekel das Wort Ludendorff. Der Fall Ludendorff ist das Symbol eines erwachenden neuen Deutschlands geworden. Ludendorffs menschliches Bild hat sich schon im Kriegsgeschick deutlich gezeichnet: Eigensinn, tyrannische Selbstherrlichkeit ohne Selbstsicherheit, Mangel an Denkdisziplin, sich Verstecken vor unbequemen Realitäten. Als durch Geschichtsklitterungen der geschlagene Stratege in den ruhmreichen Kriegshelden umgefälscht wurde, da wurde er für das deutsche Volk gemeingefährlich. Das System des Militärs, der sein Volk und Vaterland beherrscht, muß aus den Köpfen der Massen herausgebrannt werden, wenn Deutschland, wenn Frankreich, wenn das friedlose Europa jemals wieder gesunden soll. Die militärischen Folgerungen aus der richtigen Erkenntnis des Falles Ludendorff mögen sein: Rückkehr zum System einer wahren Landesverteidigung, die die Grenzen des Nachbarn respektiert, Verzicht auf jeden Revanchekrieg und jeden Aufmarschplan, der zur Erringung kriegerischer Lorbeeren die Marschziele über die Grenzen in "Feindesland" verlegt, Kaltstellung aller militärischen Persönlichkeiten, deren Daseinszweck die Bedrohung des "Erbfeindes" verlangt. Die politischen Folgerungen aber mögen sein: grundsätzliche Unterstellung der Militär- unter die Zivilgewalt im Krieg, Frieden und "Ausnahmezustand", Abkehr vom Geist enghirniger Gewaltpolitik. Die weitere Laufbahn des ehemaligen Generals der Infanterie Erich Ludendorff soll uns herzlich wenig interessieren. Die militärische und politische Erledigung des Systems, das sich mit seinem Namen verknüpft, sei uns aber ein Meilenstein an der Vormarschstraße der deutsch-französischen Verständigung. Über den umgelegten Block des gefallenen Götzen soll die Idee einer geistigen und kulturellen Gemeinschaft der beiden großen Nationen vorwärtsschreiten, als Trägerin eines geeinigten Kontinents, der in schöpferischer Zusammenarbeit aller materiellen und moralischen Kräfte, die in ihm stecken, die Grundlage einer wahren, höchsten Menschheitszielen zustrebenden Gesellschaft der Nationen bildet.

CHARLES ERSKINE SCOTT WOOD · MEDITATION · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK

ICH kenne meinen Anfang nicht, noch das Woher und Wohin,
Aber ich schaue meine eigene Geringheit und meine eigene Großheit.
Ich bin eins mit dem Maulwurf, blind, unterhalb des Grases,
Aber eins auch mit der brennenden Sonne,
Eins mit der rollenden und majestätischen Erde,
Eins mit den grenzenlosen Himmeln,
Die sich ihrem Schicksal zubewegen, hilflos wie ich.

Ich bin ein Kind der Geschlechter
Und Vater der Ungeborenen.
Ich bin nicht nur ich selbst sondern alle Menschen:
Die Toten, die Lebenden und die Künftigen.
Wer ist nicht Vater allen Kindern?
Wer ist nicht Kind aller Mütter?

Wer ist nicht Bruder allen, die leben?
Mörder, Diebe, Prostituierte, alle Verbrecher:
Ihr seid meine Brüder und meine Schwestern.
Doch ist meine Hand an eurer Gurgel gewesen;
Meine Frechheit hat euch geschmäht.
Eh' ihr geboren wurdet, bereitete ich euch
Für das Bordell und die Galgen,
Und eh' ihr geboren wurdet,
Bereitete ich das Bordell und die Galgen für euch.
Ich habe den Verhältnissen zugestimmt,
Die mit euch im Schoß eurer Mutter lagen.
Ich habe euch zu Mördern, Dieben und Prostituierten gemacht.
Kleine Kinder, o kleine Kinder,
Ihr seid ebensosehr mein als eures Vaters;
Ja, mehr; über die Zahl der Sonnen hinaus.
Der ist der Vater, der der ältere ist,
Und wer, wissend, euch verläßt,
Übt Verrat an der Vaterschaft.

Ich werde euch nicht verlassen.
Auch wenn ich die Seele wägen und im Gleichgewicht erhalten
Und des Lebens Anfang und des Todes Ende wissen könnte,
Würde ich euch nicht verlassen.

Kleine, hilflose Kinder,
Es ist nicht recht, daß ihr geboren werdet, um zu sterben,
Eh' ihr je gelebt habt.
Ich weiß, das Leben ist nicht auf uns geschleudert worden
Wie ein scharfer und giftiger Wurfspieß.
Ich weiß, es ist eine Alabasterschale,
Dargeboten von unsichtbarer Hand:
Aloe und Honig und der Wein der Träume.

Ich will kein Lied vom balsamischen Frühling singen,
Der seinen ekstatischen Schleier so schüchtern hebt,
Juwelenvoll und duftend;
Noch will ich vom Sommer singen, dem üppigen,
Der durch sein Gespräch bezaubert, wann all die Vögel
Im Schweigen versunken sind;
Noch will ich die verschwenderische Pracht
Des astbeugenden Herbstes feiern,
Der, reich herausgeputzt ist und die bemalten Blätter wirbelt.
Wie ein starker Jüngling spielt;
Noch den ehrlichen Winter, jenes Mimicry des Todes,
Weiß, still, kalt und zur Ruhe gefallen.
Wie kann ich vom Spielplatz singen,
Während unschuldige Kinder arbeiten?
Oder vom goldenen Überfluß erzählen,
Während Kinder ins Grab hinein starren?

LISBETH STERN · ALTER ODER NEUER TANZ?

JETZT haben wir wieder in Berlin ein russisches Ballet gesehen, wie vor dem Krieg.[1] Die Große Volksoper, jenes verdienstvolle Institut, dem wir auch die Kenntnis der russischen Oper verdanken, das ständig auf das Neue bedacht ist und von dem Alten das in die Zukunft Drängende bringt, hat an einer Reihe von Abenden im Oktober das Ballett Diaghilew auftreten lassen. Dieses Gastspiel der Russen darf nicht ohne unsern Dank bleiben. Um so mehr, als die Tagespresse, eingeengt durch den Zwang einer Doktrin, die im Grunde schon eine Mode von gestern ist, hier ziemlich versagt hat.

Es gehört zum Besten, was es gibt, eine Kunst zu sehen, die ganz aus einem Guß dasteht. Das tut das russische Ballett. Wenn man diesmal auch hinterher wohl die belebende und erwärmende Wirkung vermissen mochte, die besonders von der Karsawina früher ausging, von ihrer seelischen Reife und Fülle, so ist doch das Ensemble noch ganz von dem selben Geist zusammengehalten, noch genau so lebendig in seiner Exaktheit, so durchgearbeitet und rein geschliffen und dabei kunstfroh, fast leidenschaftlich in seinem Eifer. Nirgends, auch nicht in den alten Sachen, ein Mattwerden. Eine ganz unerhörte Leistung. Am wertvollsten ist Petruschka. Er stammt noch von Fokin und ist in engster Zusammenarbeit mit Strawinskij entstanden. Wie ganz verkehrt empfunden oder vielmehr erdacht ist es doch, daß man hinterher in Zeitungen die Musik Strawinskijs in der Darstellung des Diaghilewballetts nicht ganz ausgeschöpft fand, ja, daß man dieser Darstellung sogar das Wesentliche, die Leidenschaft, das Elementare überhaupt, absprach. Diese Musik ist ja, das fühlt man, wenn man in sie eindringt, und man fühlt es erst recht, wenn man sie konzertmäßig hört, ganz und gar aus diesem, gerade aus diesem Tanz heraus geboren, von ihm gar nicht abzutrennen. Und wer hier die Leidenschaft vermißt, dem erscheint sie vielleicht nur da, wo sie gedacht, aber nicht, wo sie erlebt wird. Der Petruschka ist ein Jahrmarkt mit 3 lebendig gewordenen Puppen und deren Liebesgeschichte. Das Stärkste darin sind durchaus in Komposition und Musik die Jahrmarktsszenen: Leierkasten und Sängerin, betrunkener Kutscher, der Gutsherr, Kokotten und Bauern und zwischendurch die bunten Ammen mit ihren Tüchlein. Alles mit einem solchen Saft und innerster Farbigkeit, daß man nichts anderes zu tun hat als eben nur zu sehen und sich darüber zu freuen, daß man es sehen kann, dabei aber das tragische Schicksal der Puppen, in nuce unser aller Schicksal, mit Grauen mitzufühlen.

Von allen Seiten so berührt, bleibt nirgends Raum zu einer Kritik. Wo sind da die Ideen von alter und neuer Kunst? Nicht etwa, daß ich sie für falsch nähme. Ich glaube sehr daran, daß, was jetzt die Jungen zu arbeiten haben, ganz woanders liegt, daß alle Bedingungen heute, das Verhältnis zur Welt überhaupt so sehr anders geworden sind, daß wir heute in einem Stadium der Unterbrechung alter Linien leben, so daß die Kunstformen von früher nicht ohne weiteres zu uns hinüberfließen können. Ich finde es sehr gesund, ja, es ist gar nicht anders möglich, als daß die Jungen sich erst einmal mit den ganz einfachen Kunstproblemen auseinandersetzen und das Raum-, Körper- und Flächengefühl erst wieder lebendig fühlen wollen.

1) Siehe die Rundschau *Bühnenkunst*, in den Sozialistischen Monatsheften 1909 II Seite 998 ff., 1910 II Seite 1158 f. und 1912 I Seite 259 f.

Denen, die so neu anfangen, ist vielleicht alle Art Abgeschliffenheit und Geschicklichkeit, die Fertiges vor uns stellt, der ärgste Feind. Darum verstehe ich ihre Scheu vor den alten, sehr komplizierten Ballettformen. Sie müssen eben ihre Arbeit danebenstellen, und das Ballett wird dann zeigen müssen, ob und wie weit es den neuen Geist aufzunehmen imstande sein wird. Schon jetzt läuft bei den Russen ganz altes totes Schulballett, wie die Hochzeit der Aurora, neben Neuem, äußerst modern Empfundenem her.

Das Diaghilewballett hatte von jeher durch die Aufnahme der russischen Volkstänze seinen Ausdrucksreichtum wesentlich erweitert. Die Männersprünge und das unregelmäßig massige Anlaufen in den Polowetzer Tänzen gehört zum Stärksten, was man überhaupt im Tanz gesehen, das heißt eigentlich gefühlt hat. Jetzt ist aber, namentlich in den Stücken, die in Paris entstanden sind, auch wieder im Zusammenhang mit der jungen Musik, der moderne gebrochene Rhythmus auch in der Bewegung konsequent eingeführt worden. Besonders gut im Tricorne. Die Dekoration dazu ist von Picasso gemalt, ganz szenisch, dabei nichts als ein Brückenbogen und einige Häuser aufs knappste nur angedeutet, alles in Schwarzweiß, die Figuren sind dann um so bunter. Schon bevor der Vorhang aufgeht, hört man lärmenden Kastagnettenrhythmus, der dann auch das Ganze beherrscht, und der oft durch Händeklatschen und Stampfen noch unterstrichen wird. Der Melodierhythmus in der Musik ist bis ins letzte Detail ausgetanzt. Die Zickzacklinie der neuen Rhythmen, überhaupt die Dynamik, die in ihnen liegt, mit der etwas maschinenhaften Gebundenheit, fordert natürlich in erster Reihe Männertanz. Und die Männer haben bei Diaghilew jetzt auch bei weitem das Übergewicht. Besonders Wojzikowskij ist ein Tänzer von ganz wunderbarer rhythmischer Kraft. Wie weit diese Art Tanz, die eigentlich wie aufgeschriebene Rhythmen anmutet, ähnlich wie wir sie auch von Henry kannten, führen wird, ist natürlich heute noch gar nicht abzusehen. Ob man nun findet, daß der Choreograph Leonid Massin, von dem die neuen Sachen stammen, in der künstlerischen Naivetät und Natürlichkeit hinter Michail Fokin zurücksteht, trotz der faszinierenden Wirkung des Tricorne; oder ob man dunkel fühlt, daß gerade diese Ausführung bis ins letzte, die im Tanz selber eine eigene Ergänzung nicht mehr zuläßt, den Raum freimacht für ein ganz anderes, das hinter dem Tanz steht: in jedem Fall wird man gut daran tun hier keine Urteilsschablone anzuwenden und nicht von einer toten Kunst da zu sprechen, wo vielleicht der Beginn eines ganz neuen, von dem Intellekt noch nicht verstandenen Lebens liegt.

Übrigens mag es mit der Tradition beim Tanz wohl überhaupt anders liegen als zum Beispiel bei der Malerei. Durch seine Verschmelzung mit der Musik ist er mit dem Früher viel lebendiger verknüpft als eben die Malerei, die ihre Vorfahren erst in den Museen aufsuchen muß. Mozart zum Beispiel lebt heute noch in uns und mit uns, und wenn wir ihn auch jetzt anders tanzen mögen, als er zu seiner Zeit getanzt wurde ⟨wie wir auch den Don Juan heute anders sehen wollen, nicht etwa wieder, wie das ein gewisser intellektueller Historizismus heute liebt, zum dramma giocoso zurückgeschraubt⟩, so sind es doch die selben Gefühlslinien, die auch uns dabei führen werden, und die natürlich auch eine gewisse innere Ähnlichkeit der Formen ergeben werden.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Hermann Schützinger

Deutschland: Reichstagswahlen 1924

Die deutsche Innenpolitik des Jahres 1924 steht im Zeichen der großen Wahlkämpfe. Der 4. Mai hatte Deutschland durch die Stärkung der antirepublikanischen Flügelparteien einen zum Wiederaufbau untauglichen Reichstag beschert. Es erhielten die Deutschnationalen einschließlich der Landliste 106 Mandate, die Sozialdemokraten 100, das Zentrum 65, die Kommunisten 62, die Deutsche Volkspartei 44, die Deutschvölkischen 32, die Demokraten 28, die Bayrische Volkspartei 16, der Bayrische Bauernbund 10. Somit standen den eigentlichen Regierungsparteien mit 163 Mandaten zwar die 100 Mandate der Sozialdemokraten zur Erlangung der einfachen Regierungsmehrheit zur Verfügung, bei den Bindungen der Deutschen Volkspartei und bei der Stärke der kommunistisch-deutschvölkischen Opposition mußte dieser Reichstag an seiner Unfähigkeit zerbrechen eine in sich ausgeglichene Mehrheit für die Lösung des europäischen Knotens zu schaffen.

Der Wahlfeldzug im Mai war mit größter Erbitterung geführt worden. So hatte die Sozialdemokratische Partei im Vorwärtsverlag ein umfangreiches Handbuch für sozialdemokratische Wähler erscheinen lassen, das die parlamentarische Parteiarbeit von 1920 bis 1924, übersichtlich in Materien gegliedert, darstellte. Philipp Scheidemann warf eine Broschüre Wollen wir einen Kriegsreichstag? /Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft/, Hermann Müller eine Schrift Sozialdemokratie und Staat /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/, Eduard Bernstein zur Abwehr der Schlagwortrhetorik unserer Gegner die Schrift Was ist der Marxismus? /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/ unter die Wähler. Und schon drückt der Parteivorstand angesichts der kommenden Wahlen seinen Funktionären eine neue Kampfschrift in die Hände: Die Sozialdemokratie im Reichstag 1924, herausgegeben vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei. Lediglich das Zentrum ist in dem Umfang seiner Propaganda unserer Partei gefolgt und hat im Verlag der Germania ein politisches Handbuch Grundfragen der Zentrumspolitik herausgegeben, das, von Georg Schreiber bearbeitet, die Kenntnis der programmatischen und praktischen Zentrumspolitik seinen Wählern vermitteln will. Auch diese Schrift ist als Beitrag zur Wertung der Reichstagsperiode 1920 bis 1924 gedacht, die angesichts der schweren Erschütterungen der Nachkriegszeit und der verderblichen Inflationskrise ernste Aufgaben zu lösen hatte, denen sich das Parlament aber nicht entfernt gewachsen zeigte.

Der Herbstwahlkampf 1924 brachte bisher eine Konterattacke des republikanischen Deutschlands, das mit den Argumenten der Augustabstimmungen über die Dawesgesetze die Schlappe der Maiwahlen wiedergutzumachen sucht. Das Ministerium Marx ist als politisch vollgültige Reichsleitung im Amt geblieben, um bis zur Wahl am 7. Dezember die innen- und außenpolitischen Arbeiten im Verfolg der Dawesgesetze zu leisten.

Preußen

Während die nach den parlamentarischen Flügeln zu orientierten Landesregierungen in Bayern, Mecklenburg, Sachsen und Thüringen im Lauf der staatsrechtlichen Entwickelung des letzten Jahres Sprengpunkte und Unruheherde darstellten, war der große Verwaltungsstaat Preußen der ruhende Pol in der Flucht innenpolitischer Erschütterungen. Die Regierung Braun-Severing hat es verstanden, bei starker Einflußnahme auf die Ressorts des Kultus und der Justiz, die eigentliche Verwaltung und die Landespolizei unter Verzicht auf politische Experimente mit dem Geist des neuen Staatsgedankens zu durchdringen. Die Große Koalition hat in Preußen ihre entscheidende Probe bestanden.

Leider war es nicht möglich den Entwurf einer Vereinheitlichung der Verwaltung noch in dieser Landtagssession Gesetz werden zu lassen. Das gegenwärtige preußische Verwaltungssystem ist den Anforderungen der neuesten Zeit keineswegs mehr gewachsen. Der preußische Behördenaufbau stellt eben das Höchste an Kompliziertheit dar, was in der modernen Verwaltungspraxis ersonnen werden konnte. Die Wege, die eine Sache im Beschwerdeverfahren, im Verwaltungsstreitverfahren, in der Kommunalaufsicht zu durchlaufen hat, sind fast nur dem geläufig, der in diesem Behördenapparat tagtäglich mitwirkt oder ihn zum Gegenstand eines besondern Studiums gemacht hat.

In erster Linie richtet sich die Kritik am preußischen Verwaltungsstaat gegen die

Häufung der Zwischeninstanzen. Lange Zeit schwankte man, ob man den Oberpräsidenten oder den Regierungspräsidenten eliminieren sollte. Grundsätzlich hat sich die preußische Regierung, wie Severing im Landtag erklärte, für den Abbau des Regierungspräsidenten entschieden. Bei Ausarbeitung des Entwurfs versuchte man dann lediglich durch Zusammenlegung einiger Ober- mit Regierungspräsidien Ersparnisse zu erzielen. Das Schwergewicht der Exekutive bleibt also immer noch beim Regierungspräsidenten, während dem Oberpräsidenten die Kommunal- und die Polizeiaufsicht auch noch zugunsten der Regierungen genommen werden sollen. Hugo Preuß hat sich im preußischen Landtag verschiedentlich mit aller Schärfe gegen diesen Entwurf gewandt, der von einer weitgreifenden Reform im neuzeitlichen Sinn himmelweit entfernt sei. Der jetzige Entwurf mit seinem Abbau des Kollegialsystems und seiner Bevorzugung des Präfektursystems begegnet erheblichen Bedenken. Die Stärkung der 37 Regierungspräsidenten kann eine Verewigung des heute noch unverdauten preußischen Verwaltungsklotzes im Körper des deutschen Volkes bedeuten, während die Festlegung der 12 Oberpräsidien zur Dezentralisation im Sinn einer vernünftigen Neugliederung des Reichs führen würde. Diese ist weder im Sinn eines Großpreußens noch von halbsouveränen Kleinstaaten zu lösen sondern nur durch die vernunftgemäße Abgleichung der Autonomisierung der preußischen Provinzen und der Provinzialisierung der jetzigen Länder.

Bayern

Bayern hat nach Umbildung seines Landtags, in dem die bedingungslose Vorherrschaft der Bayrischen Volkspartei gebrochen und die bisher überragende Regierungspartei zur Koalition mit dem Bauernbund und den Deutschnationalen gezwungen wurde, mit dem Regime Knilling-Kahr grundsätzlich aufgeräumt und die Erbschaft des 9. Novembers liquidiert. Der neue Ministerpräsident Held hat in seiner bekannten Tuntenhausener Rede freilich auch den Trennungsstrich gegen die völkischen Putschisten mit aller Deutlichkeit gezogen und damit die politische Entwickelung Bayerns in ruhigere Bahnen gelenkt.

Der Beamtenabbau ist in Bayern gegenüber anderen Ländern durch die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes stark gehemmt worden. Er beträgt kaum 7 % und wird wohl noch Anlaß zu Auseinandersetzungen geben. Die Gestaltung des Staatshaushalts 1924-1925 wurde höchst nachteilig durch die Inflation und die Beschlagnahme der Pfälzer Waldungen durch die französische Besatzung beeinflußt. Die Staatsforstwirtschaft hat dadurch in der Pfalz überhaupt keine Einnahmen erzielt, während die Ausgaben die gleichen blieben. Natürlich wäre es ganz verfehlt die Schuld hierfür nun etwa in Frankreich zu suchen. Was hier geschehen ist, ist die natürliche Folge jeder wie auch immer gearteten Okkupation. Die eigentliche Ursache der Kalamität liegt also in der deutschen Politik, die, unter englischem Einfluß, es immer noch nicht zu einer deutsch-französischen Verständigung und damit zu einem Abbau der Besatzung hat kommen lassen.

Als Richtlinie für die neue bayrische Regierungspolitik wurde von neuem die bekannte Denkschrift vom Frühjahr dieses Jahres angegeben, die die Aufstellung eines Staatspräsidenten und einer Ersten Kammer sowie die Rückgabe der Steuerhoheit und der Finanzverwaltung vom Reich an die Länder fordert (siehe dazu auch den Artikel Timms Bayern und das Reich, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 621 ff.).

Deutschvölkische Agitation

Neben dem Ringen um den neuen Staatsgedanken am Boden der Parlamente vollzieht sich im Hintergrund des Geschehens die organisatorische Vorarbeit staatsfeindlicher Gruppen zur Unterminierung der Republik. Während es jedoch der preußischen Staatspolizei gelang kommunistische Ansätze zu Putschverbänden immer noch rechtzeitig aufzudecken und zu unterbinden, besteht die bedeutend gefährlichere Umsturzbewegung von rechts unter dem schützenden Mantel der völkischen parlamentarischen Vertretung immer noch weiter in wenig verminderter Kraft. Der Hitler-Ludendorff-Prozeß in München und der Prozeß gegen die Organisation Consul in Leipzig haben zwar nur einen Teil der unterirdischen Fäden aufgezeigt, die von der äußersten Rechten im Machtkampf um den Staat gesponnen wurden; trotzdem ist das Jahr 1924 eine Etappe der Festigung der Staatsgewalt, es hat das Dunkel über die Gefahrenherde der völkischen Bewegung aufgehellt.

Das Problem des Geheimbundunwesens in Deutschland untersuchte in erschöpfender Weise der Heidelberger Privatdozent Emil Julius Gumbel in seinem Buch Verschwörer, Beiträge zur Ge-

schichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918 /Berlin, Malikverlag/ (siehe dazu auch die Rundschau Rechtswissenschaft, 1921 II Seite 842 f.). Über das Abebben der nationalisischen Welle in Bayern informiert eingehend die Schrift Der Nationalsozialismus im Werktaggewand, ausgebürstet von Michl Bayer /Berlin, Verlag der Germania/, ferner Glück und Ende des deutschen Nationalsozialismus von Mathias Egelhuber /Berlin, Verlag Junge Garde/ und Völkische Scherenschnitte von L. Ernst /München, Franz Pfeifer/. In dem Schlußkapitel, Bayern, sein Staat und sein Königtum, zieht Ernst einen dicken Trennungsstrich zwischen der ihm nahen bayrischen klerikal-monarchistischen Bewegung und den Putschisten der völkischen Diktatur.

Neben der strafrechtlichen Aufhellung, dem parlamentarischen Aufstieg und Niedergang der völkischen Bewegung hat das Jahr 1924 dem Rechtsputschismus einen mächtigen Widerpart im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gebracht. Diese zum Schutz der Republik gegen völkische Massenverbände ins Leben gerufene Kampforganisation der 3 Weimarer Verfassungsparteien, eine Schöpfung des Magdeburger Genossen Hörsing, hat einen im deutschen Vereinswesen noch nicht erlebten und auch nicht vermuteten Aufschwung genommen. Mehr als 3 Millionen junger Männer und republikanischer Frontsoldaten sind in wenigen Monaten unter die Fahne des Reichsbanners getreten und bilden jetzt einen Kraftfaktor der Republik im Machtkampf um den Staat. Auch politisch beginnt sich diese Neugründung durch eine engere Bindung der Verfassungsparteien bereits auszuwirken.

Die "völkische Welle" hat, wie zu erwarten war, eine beispiellose Intensität der antisemitischen Propaganda ausgelöst, so daß eine kräftige Gegenwehr der Republik gegen die skrupellose Rassenhetze und gewissenlose Verdummungsarbeit der völkischen Demagogen und Verbände beginnen mußte. Der Philoverlag in Berlin hat im Jahr 1922 2 Schriften herausgebracht: Die Gefahren der antisemitischen Propaganda für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands, herausgegeben vom Zentralverein der Staatsbürger jüdischen Glaubens, und Vom Heimatrecht der deutschen Juden, herausgegeben von Paul Rieger, dann im Jahr 1924 die Broschüren Der Judenhaß von Lujo Brentano, Über den Austritt aus dem Judentum von Abraham Geiger, Anti-Anti, Blätter zur Abwehr, und Angriff und Abwehr, ein Handbuch über die Judenfrage von H. Stern. Eine anonyme, mit gröbsten Fälscherstückchen arbeitende Schmähschrift, die Ende 1919 unter dem Titel Die Geheimnisse der Weisen von Zion im Verlag Auf Vorposten in Berlin erschien, wurde bis in die allerletzte Zeit von Leuten wie Reventlow, Graefe und Ludendorff als Kampfinstrument gegen das Judentum benutzt. Nun weist der Professor der Theologie an der Universität Berlin Hermann Strack in seiner Schrift Jüdische Geheimgesetze? /Berlin, Schwetschke & Sohn/ nach, daß diese angeblichen Verhandlungsberichte der Weisen von Zion auf dem Zionistenkongreß 1897 in Basel einen plumpen Schwindel und eine Nachkonstruktion eines phantastischen Romans Biarritz-Rom von John Retcliffe aus dem Jahr 1905 darstellen. Sehr wertvolle Schriften zur Abwehr der jüngsten antisemitischen Hochflut schrieben ferner der Leipziger Religionsgelehrte Rudolf Kittel (Judenfeindschaft oder Gotteslästerung? /Leipzig, Otto Wiegand/), Wilhelm Michel (Verrat am Deutschtum /Hannover, Paul Steegemann/) und Friedrich von Oppeln-Bronikowski (Antisemitismus? /Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte/).

Selbstverwaltung

Der Deutsche Städtetag, der Ende September in Hannover tagte, beschäftigte sich mit der Wiederherstellung der in den letzten Jahren stark zurückgedrängten Selbstverwaltung im Reich und in den Ländern. Die Notwendigkeit der Selbstverwaltung wird von den Regierungen der Länder immer noch völlig verkannt. Das deutsche Volk braucht eine Renaissance der Selbstverwaltung als Voraussetzung einer wahren Umbildung vom Obrigkeits- zum Volksstaat. So bekannte der Deutsche Städtetag einmütig seinen Willen die Selbstverwaltung der Städte in den deutschen Ländern wiederzuerkämpfen. Er nahm eine Resolution an, die »eine Bewegungsfreiheit und ein Verantwortungsbewußtsein, die das Wesen der Selbstverwaltung ausmachen,« wünscht und »jede über das Staatsinteresse unbedingt hinausgehende staatliche Einmischung und Bevormundung als dem Geist der Selbstverwaltung zuwiderlaufend« ablehnt.

Des weitern wurde auf dem Städtetag ein Entwurf einer neuen Reichsstädteordnung beraten. Bekanntlich kennen die deutschen Verwaltungsstaaten 3 Typen von Städteverfassungen: das preußische System der Magistratsverfassung,

die rheinische Bürgermeister- und die süddeutsche Stadtratsverfassung. Nach dem neuen Entwurf sollen die Landtage durch ein Reichsrahmengesetz für die Verfassung der deutschen Städte angehalten werden den einzelnen Städten die Wahl eines der 3 Verfassungssysteme frei zu lassen.

Der Nürnberger Oberbürgermeister Hermann Luppe trat entschieden für das reine Einkammersystem ein und richtete einen dringenden Appell an den preußischen Landtag in dem Entwurf der neuen preußischen Städteordnung unter allen Umständen wahlweise auch die Stadtratsverfassung zuzulassen, sofern man sich nicht für eine völlige Streichung der Magistratsverfassung entscheiden wolle. Die Forderung des Einkammersystems entspricht alter demokratischer Tradition, die allerdings auch von der Sozialdemokratie mit anderen Requisiten des Liberalismus übernommen wurde. Der Sozialismus der Zukunft, der in dem Produktionsgedanken gipfelt, wird zu einem neuen Zweikammersystem (Parlament des allgemeinen Wahlrechts und Kammer der Arbeit) übergehen, das das Volk nicht nur als Summe von Einzelindividuen sondern auch als schaffenden Organismus erfaßt.

Totenliste

Am 25. September 1923 starb in Pfauenmoos in der Schweiz der bekannte frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete *Cornelius von Heyl zu Herrnsheim*, in seinem 81. Lebensjahr. Er war der Gründer der später weltberühmten Wormser Lederwerke. Früh schon beschäftigte er sich mit politischen und auch mit künstlerischen Fragen. 1873 wurde er in den Reichstag gewählt, dem er, mit geringen Unterbrechungen, bis Ende 1918 angehörte. Er war auch Jahrzehnte hindurch Mitglied der hessischen Ersten Kammer. Im Reichstag wurde er, der Unternehmervertreter, oft von sozialdemokratischer Seite angegriffen. Besonders in der Erinnerung bleiben die Redekämpfe, die er mit seinem Landsmann Eduard David auszufechten hatte.

Am 5. Dezember starb *Maurice Barrès*, (siehe die Rundschau Nationale Bewegung, in diesem Band Seite 264 f.). Er war einer der einflußreichsten Politiker Frankreichs, obwohl er niemals eine offizielle politische Stellung innehatte. Barrès ist eine Persönlichkeit, wie wir sie in Deutschland in ähnlicher Art nicht besitzen und auch bei dem geistigen Habitus unserer "Gebildeten" kaum verstehen. Er war Nationalist, übte dadurch eine machtvolle Wirkung auf die französische Jugend aus, die nach einer Zeit des Skeptizismus und Materialismus eine neue erfüllende Religiosität, ein fortreißendes Ideal suchten. Barrès selbst verfügte über die Bildung seines Jahrhunderts; er war ein bedeutender Schriftsteller, er kam aus dem Zweifel an allem, der Glaubenslosigkeit her und hatte nach langem innern Kampf in einem unbedingten Nationalgefühl die Aufgabe seines Lebens gefunden. Die Hingabe an die Nation war ihm zur Hingabe selbst, zur Erlösung aus dem geistigen Egoismus geworden. Barrès hat eine große Reihe dichterischer Werke hinterlassen. Er veröffentlichte zuerst am Ende der achtziger Jahre eine Romantrilogie Le culte du Moi. Dann wandte er sich dem Nationalismus zu und legte 1902 seinen neuen Glauben in den Scènes et doctrines du nationalisme nieder. Barrès war von Geburt Lothringer und war mit seiner engern Heimat bis zu seinem Tod fest verbunden. Es war ihm die größte Genugtuung noch die Wiederangliederung des Elsaß und Lothringens an Frankreich zu erleben. Daß er darüber hinaus, auf Grund seiner Auffassung vom génie du Rhin, eine Verbindung des Rheinlands mit Frankreich erstrebte, kennzeichnet ihn als den Vertreter eines politischen Gedankensystems, das heute selbst von den extremen Nationalisten Frankreichs aufgegeben ist.

Am 3. Februar 1924 starb *Woodrow Wilson*. Er stand in seinem 68. Lebensjahr. Durch ihn hatte die Demokratische Partei den Sieg in den Vereinigten Staaten errungen, durch ihn hat sie auch wieder ihre Niederlage erlitten. Es war nicht seine Außenpolitik, die ihn zu Fall brachte, sondern sein als diktatorisch empfundenes Wesen, das amerikanischer Gepflogenheit widerspricht und die Stimmung gegen ihn jäh umschlagen ließ. Wilson war Professor der Geschichte, Jurisprudenz und politischen Ökonomie an mehreren amerikanischen Hochschulen, zuletzt an der Princetonuniversität. Von seinen wissenschaftlichen Werken sind, außer seiner Washingtonbiographie /1896/, zu nennen: Congressional Government /1885/, The State /1889 bis 1893/, A History of the American People /1902/. Einige seiner Bücher sind auch, vor dem Krieg, bei Albert Langen in München in deutscher Sprache erschienen. Die Memoiren Wilsons, nebst einer Sammlung von Dokumenten über den Vertrag von Versailles, hat sein Sekretär Ray Stannard Baker herausgegeben. Sie sind auch deutsch, von Curt

Thesing übersetzt, in 3 Bänden vom Verlag Paul List in Leipzig herausgebracht worden. Da sie vorwiegend außenpolitisches Interesse haben, so bleibt ihre Besprechung einer andern Rundschau überlassen. Doch sei auch hier auf die interessante Publikation ⟨bei deren Lektüre man sich freilich immer den angelsächsischen Standpunkt des Verfassers vor Augen halten muß⟩ nachdrücklich aufmerksam gemacht. Wilson hat seinen Sturz nicht überwunden. Seine Gesundheit verfiel rapide, und sein Ableben war lange zu erwarten. So hat das Ende dieses Mannes, der von seinen Anhängern wie von seinen Feinden gleich falsch beurteilt wird, einen tragischen Akzent erhalten.

Am 1. September starb in Paris *Othenin de Cléron comte d'Haussonville*, 81 Jahre alt. Sein Vater, der 1884 verstorbene Historiker und Publizist, war eine der Hauptstützen der royalistischen Partei Frankreichs gewesen. Sein Sohn folgte ihm darin, er war bis zum Tod des Grafen von Paris /1894/ Vertrauensmann des Hauses Orléans. Er hat, wie so manches Mitglied der französischen Aristokratie, sich auch als Schriftsteller einen Namen gemacht, namentlich durch eine schöne Biographie Sainte-Beuves /1875/ und durch mehrere andere literarhistorische Studien, aber auch durch Bücher sozialökonomischen und sozialpolitischen Inhalts, so Les établissements pénitentiaires en France et aux colonies /1875/, L'enfance à Paris /1879/, Etudes sociales /1886/, Socialisme et charité /1895/, Salaires et misères de femme /1900/. Er war übrigens ein Urenkel Germaine de Staëls.

Am 2. September starb in Berlin an einem Herzleiden der früher deutschnationale, seit 1922 volksparteiliche Abgeordnete *Adalbert Düringer*, der auch weiteren Kreisen als bedeutender Jurist bekannt war. Düringer hatte sich nach dem Krieg in der Deutschnationalen Volkspartei rasch einen Namen erworben und wurde in die Nationalversammlung gewählt. Er galt bei allen Parteien als ein sachlicher, von seinen Überzeugungen tief durchdrungener Mann, den niedrige Gesichtspunkte abstießen. Von den Deutschnationalen sagte er sich wegen ihres Antisemitismus los. In einem Artikel des Tags setzte er sich bei seinem Austritt aus der Partei mit der völkischen Richtung auseinander. Er erkannte richtig, daß die Begeisterung für das angeblich Völkische nur ein Deckmantel für den Antisemitismus sei. Er sagte in jenem Aufsatz auch, es genüge nicht, wenn man die politischen Attentate verurteile, man müsse den Geist ausschalten, aus dem sie geboren seien; der Haß mache auch in der Politik blind. Im Reichstag, wo er bis zu seinem Tod wirkte, war sein spezielles Arbeitsgebiet die Fürsorge für die durch den Krieg Geschädigten und Enterbten. Bekannt ist sein Eintreten für die Aufwertung der Hypothekenforderungen.

Sammlungen Unter dem Gesamttitel *Die Paulskirche* gibt die Frankfurter Sozietätsdruckerei eine Schriftenfolge heraus, die durch Beiträge zur Geschichte des deutschen Parlaments das Verständnis für die parlamentarische und politische Entwickelung in Deutschland verallgemeinern und vertiefen sowie den Zusammenhang zwischen der geschichtlich weit auseinanderliegenden Anfangsperiode des deutschen Parlamentarismus, zwischen 1848 und 1918 herstellen will. Hans Krause weist in dem Heft Die Demokratische Partei von 1848 und die soziale Frage die Entstehung und den Werdegang der beiden Richtungen innerhalb der deutschen Demokratie auf: die mehr juristisch-formale und die mehr soziale Geisteshaltung. Von größtem Interesse ist es die beiden demokratischen Ströme in jenem geschichtlichen Zeitpunkt zu beobachten, in dem sie zum erstenmal auseinanderstrebten, in der Bewegung des Jahres 1848. Otto Ernst Sutter weckt in dem Heft Die Linke der Paulskirche die Erinnerung an jene Männer, die mit Recht die Väter des neuen Reichs genannt werden können. Wo die Beziehung zu den Kämpfen des Tages nicht unmittelbar klar wird, tut Sutter das seine, um uns die Männer der Linken im ersten deutschen Parlament verständlich zu machen. Anton Fendrich zeigt uns an dem Buch Die badische Bewegung der Jahre 1848-1849 das deutsche Schicksal jener Zeit auf, den Kampf um die Staatseinheit, die Spannung zwischen Nordost und Südwest, zwischen Militär- und Volksstaat, zwischen rationalistischem und religiösem Empfinden als leidenschaftliches und blutvolles Geschehen. Georg von Skal endlich ruft in dem Heft Die Achtundvierziger in Amerika in uns die Erinnerung an die mißglückte Revolution wach, nach deren Zusammenbruch die aufrechten und vaterlandsliebenden Männer, von denen ein neues Geschlecht hätte ausgehen können, in die Verbannung zogen.

Der Verlag Ernst Oldenburg in Leipzig hat 2 beachtenswerte Schriftenreihen her-

ausgebracht: die *Kultur- und Zeitfragen*, herausgegeben von Louis Satow, in der neben der weiter unten erwähnten Schrift von Schoenaichs und dem Heft Politische Führerschaft von Walter A. Berendsohn der Bearbeiter dieser Rundschau ein Heft Der Kulturkampf um die Republik bearbeitet hat, und die *Schriften zum deutschen Zusammenbruch 1918*, herausgegeben von Karl Vetter, in deren 1. Heft (Die Abdankung) Ludwig Herz ein erschütterndes Bild der letzten Szene des letzten Hohenzollern auf dem Theater der Weltgeschichte entwirft.
Die Regensbergsche Buchhandlung in Münster in Westfalen erwirbt sich trotz den nationalistischen Seitenhieben ihrer Autoren ein großes Verdienst um die Herausgabe einer Schriftenreihe *Die politischen Parteien der Staaten des Erdballs*, herausgegeben von Nithart Stricker. Das 4. bis 7. Heft bringt sehr interessante Bearbeitungen über die innenpolitischen Entwickelungsgänge in den uns benachbarten Oststaaten Polen, Litauen, Lettland und Estland.

Kurze Chronik Die Wahlen zur *Hamburger* Bürgerschaft haben zwar die parlamentarische Mehrheit der bisherigen sozialdemokratisch-demokratischen Regierungskoalition um wenige Stimmen vermindert, jedoch die Hoffnung auf den Bürgerblock definitiv zerstört. ◇ In *Schweden* wurde unter Brantings Führung ein rein sozialdemokratisches Kabinett gebildet (siehe die Rundschau Sozialistische Bewegung, in diesem Band Seite 712 f.). ◇ Die *norwegischen* Wahlen zeigten einen katastrophalen Rückgang der Kommunistischen Partei. Von 300 000 Arbeiterstimmen erhielt sie nur 60 000; mehr als 10 Sitze gingen ihr verloren. ◇ Am 13. Dezember 1923 wurde mit 184 gegen 11 Stimmen *Emile Chuard* zum Bundespräsidenten der Schweiz für 1924 gewählt. Er ist 1857 im Kanton Waadt geboren, studierte Naturwissenschaft und wurde Professor der Chemie in Lausanne. Dem Bundesparlament gehörte er seit 1907 an. Seit 1912 verwaltete er das Landwirtschaftsdepartement in seinem Heimatkanton. Im Jahr 1919 wurde er in den Bundesrat gewählt, wo er das Departement des Innern versah.

Literatur Eine sachliche Darstellung der bisherigen Lebensarbeit des Reichspräsidenten, unseres Genossen *Fritz Ebert*, bringt eine Schrift Paul Kampffmeyers (Fritz Ebert /Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft/). Die kulturellen Grundlagen des neuen Deutschlands, an deren Schaffung Ebert entscheidend mitgewirkt hat, sind in der Broschüre meisterhaft herausgearbeitet. ◇ Eine Schrift des ehemaligen Generalmajors *Paul von Schoenaich* ⟨auf dessen nachdenkliche Ausführungen auf der Berliner Pazifistentagung hier in den Rundschauen Außenpolitik und Geistige Bewegung aufmerksam gemacht wurde⟩ Abrüstung der Köpfe /Leipzig, Ernst Oldenburg/ erörtert eine Anzahl innenpolitischer Probleme wie die Judenfrage, das Dreiklassenwahlrecht, die Bodenreform, streift staats- und verwaltungsrechtliche Fragen und möchte einen Weltbürgergeist gepflanzt sehen.

Sozialpolitik / Lydia Eger

Internationaler Kongreß für Sozialpolitik 1924 Unter dem Präsidium Albert Thomas' fand in den ersten Oktobertagen in Prag ein internationaler Kongreß für Sozialpolitik statt. Es handelte sich, außer einem Gesamtüberblick über die sozialpolitische Lage in den wichtigsten Industrieländern, um Besprechungen über den Achtstundentag, die Arbeitslosigkeit und das Betriebsrecht des Arbeiters. Lujo Brentano, als Wortführer in dem Kampf um den Achtstundentag seit langem bekannt, hielt auch auf diesem Kongreß eine Rede über dieses Thema. Er ging davon aus, daß Friedensvertrag und Londoner Abkommen eine Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse nicht gestatten. Die Kapitalnot in Deutschland verlange besondere Berücksichtigung; sie sei schuld daran, daß die Produktionsmittel nicht in dem Maß verbessert werden können, daß die Verkürzung der Arbeitszeit dadurch ausgeglichen würde. Deutschland dürfe die Washingtoner Beschlüsse nicht ratifizieren, weil es dann den Reparationsverpflichtungen nicht gerecht werden könne und in diesem Fall neue Sanktionen erwarten müsse. Der Krieg bedeutet einen ungeheuren Produktionsausfall und Wertverlust, die lediglich durch eine gewaltige Produktionssteigerung allmählich wieder wettgemacht werden können. In der Debatte warf man Brentano vor, daß er mit seinen Sonderbeschlüssen für Deutschland einen Keil in die internationale Arbeiterschaft treibe. Man sah in seinen Ausführungen wohl auch den Versuch Stimmung gegen eine wirkliche Reparationspolitik zu machen, womöglich Deutschland mit Hilfe der internationalen Sozialpolitik von der Pflicht zur Wiedergutmachung zu entheben. Léon Jouhaux

/Frankreich/ und mit ihm ein belgischer Arbeitervertreter traten in diesem Sinn gegen Brentano auf, Carl Grünberg aus Frankfurt am Main betonte, daß sich seine Ansichten über den Achtstundentag in Deutschland mit den von Brentano vorgetragenen nicht deckten, so daß, angesichts dieser Uneinigkeit unter den deutschen Professoren, Brentano sich zu der Erklärung genötigt sah, er habe nur für sich gesprochen und niemanden gebunden. Die deutschen Vertreter hatten das Bestreben alles zu vermeiden, was als Sonderforderung Deutschlands im Ausland einen schlechten Eindruck machen könnte, und nahmen deshalb auch die Resolution zum Achtstundentag an, die für die Ratifikation des Washingtoner Abkommens eintritt. Ausschlaggebend traten auf dem Kongreß Franzosen und Tschechen auf, während England sich auffällig zurückhielt: ein Zeichen, daß die internationale Sozialpolitik mehr und mehr den Händen der Freien Vereinigungen für gesetzlichen Arbeiterschutz entgleitet und ganz im Internationalen Arbeitsamt unter französischer Führung aufgeht. Gleichzeitig fiel es auf, wie die bürgerlichen Sozialreformer hinter die Sozialisten zurücktraten.

Arbeitgeberprogramm

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat vor einiger Zeit ein Flugblatt verbreitet, das als Programm der Arbeitgeberschaft gelten kann. Es heißt dort: »Nicht um einen schematischen Zehnstundentag geht unser Ringen sondern um diejenige Arbeitszeit, die im Interesse der Allgemeinheit zur Erreichung des höchsten wirtschaftlichen Nutzeffekts in den einzelnen Industrieen und Gewerben notwendig ist. Nicht Knechtung der Arbeiterschaft unter dem Diktat der Unternehmer ist unser Ziel, wenn wir um die Beseitigung des Tarifschematismus und des Tarifzwangs der Bureaukratie ringen, sondern Gesundung der Wirtschaft. Nicht Lohnversklavung wollen wir, sondern eine Hebung der Kaufkraft der Massen durch Steigerung und Verbilligung der Produktion. Um unsere Währung ringen wir und damit um die zukünftige Freiheit des deutschen Volkes . . . Der einzelne Arbeiter soll nicht in seinem Rechtsgefühl verletzt, in persönlichen Rechten gekränkt werden. Der Schutz des Tarifvertrags soll nicht preisgegeben werden.«

Ebenfalls von Bedeutung ist ein Aufsatz Erich Wiens in der Zeitschrift Der Arbeitgeber. Man liest darin: »Ganz knapp lassen sich die sozialpolitischen Wünsche unserer Wirtschaftsführer . . . dahin kennzeichnen, daß sie eine Befreiung der Wirtschaft von den ihr im Revolutionstaumel neu auferlegten Fesseln anstreben, soweit sie sich als wirtschaftsschädlich erwiesen haben. Dazu rechnet, um nur das Wichtigste herauszugreifen, die Überspannung des Zwangsgedankens bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses, die Schematisierung der Entlohnung und der Arbeitszeit, Neuerungen, die an sich gesunde und berechtigte Grundsätze der Tarif- und Arbeitsgemeinschaft nach und nach zu einem Zerrbild haben werden lassen, jeden Leistungsansporn unterdrückt haben. Nur diese Schlacken sollen ausgemerzt werden, der Kern und auch jene Ergänzungen, die unsere schon bei Kriegsbeginn doch wahrhaftig nicht rückständige sozialpolitische Gesetzgebung während der folgenden Jahre im Sinne der Arbeiterwünsche erfahren hat, erhalten bleiben . . . Der vielleicht verhängnisvollste und nur zu lange betätigte Fehler der Unternehmerpolitik: die Nichtanerkennung der Gewerkschaften als der vollberechtigten Vertretung der Arbeitnehmer, ist noch während des Krieges berichtigt worden, und keinem verantwortungsbewußten Arbeitgeber fällt es ein ihn wiederholen zu wollen. Die weitere Entwickelung brachte die Arbeitsgemeinschaft, die bis zur Allgewalt führende Ausdehnung des Tarifwesens und die Betriebsvertretung, Reformen, die dem verständlichen Wunsch der Arbeitnehmer nach Gleichberechtigung und Mitbestimmungsrecht weitestgehend Genüge getan haben. Auch an ihnen wird grundsätzlich nicht gerüttelt. . . . Nicht im Kampf sondern unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften soll die Bahn wieder frei gemacht werden für eine dem gemeinsamen Nutzen dienende Auswirkung der Produktivkräfte.«

Dagegen werden in der Denkschrift Die Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeber, die als 7. Heft der Schriften der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände /Berlin, Friedrich Zillessen/ erschien, der amtlichen und der gewerkschaftlichen Lohnpolitik schwere Vorwürfe gemacht. Nur durch eine Senkung der Lebenshaltung, das heißt Niedrighalten der Löhne, könne die deutsche Wirtschaft vor völliger Kapitallosigkeit und Verlust der Exportfähigkeit bewahrt bleiben. Das berücksichtige das Dawesgutachten nicht.

Unterdessen sind auch in den Unternehmerreihen verschiedene Ansichten zum Londoner Abkommen geäußert wor-

den. Ein wirklich abschließendes Urteil über den Dawesplan wird erst seine Ausführung ermöglichen. Daß sie nur bei einer gewaltigen Steigerung der deutschen Produktion vor sich gehen kann, darüber werden sich wohl alle allmählich klar geworden sein. Eine solche Steigerung erfordert aber die praktische Mitwirkung der Gewerkschaften. Diese wird indessen unmöglich, wenn das Unternehmertum einen Herrenstandpunkt einnimmt. Hier wird es sinnfällig, wie notwendig die Klassensolidarität als Ergänzung des Klassenkampfs ist.

Arbeiterferien Die Zeit der allgemeinen Ferien lenkte die Blicke wieder einmal auf die Frage des Arbeiterurlaubs, die in Deutschland tarifvertraglich geregelt ist. Die am 31. Dezember 1921 in Deutschland in Kraft stehenden Tarifverträge enthielten zu 72 % Bestimmungen über den Urlaub: 50 % der Verträge sahen 3 Tage vor, der Rest 3 bis 6 Tage. In Deutsch Österreich haben bestimmte Arbeitergruppen einen Urlaubsanspruch: nach 1jähriger Beschäftigung im Betrieb 1 Woche, nach 5jähriger Beschäftigung 14 Tage. Rußland geht wie immer auf dem Papier weiter. Schon nach 5½ Monaten Beschäftigung werden mindestens 2 Wochen gewährt, Jugendlichen unter 18 Jahren 1 Monat; Saisonarbeiter, die keine Ferien bekommen können, erhalten statt dessen einen 6prozentigen Lohnzuschlag. ⟨Wie die Praxis aussieht, ist bei der Unproduktivität des Bolschewismus leicht zu ermessen.⟩ Polen gewährt nach dem Gesetz vom 1. Juli 1922 8 Tage Urlaub nach 1jähriger, 15 Tage nach 3jähriger Beschäftigung. England regelt die Urlaubsfrage ebenfalls tariflich; meist ist bestimmt, daß für alle gesetzlichen Feiertage der Lohn zu zahlen ist, ferner für 3 bis 12 Urlaubstage nach 6- bis 12monatiger Beschäftigung.

Textilarbeiterinnen Ein erschütterndes Bild von der Notlage der Textilarbeiterinnen während des Zustandes der Schwangerschaft gibt eine Erhebung des Deutschen Textilarbeiterverbands über den Umfang der Frauenarbeit in der deutschen Textilindustrie. In Crimmitschau wurden an 98 schwangere Textilarbeiterinnen Fragebogen ausgegeben und persönliche Besprechungen gehalten, die zeigen, daß die aus Not geleistete Fabrikarbeit zu vielen Schwangerschaftsbeschwerden führt, so daß Mittel zur Schwangerschaftsverhütung allgemein von den betreffenden Frauen gewünscht wurden. In einer Versammlung, in der ein Arzt etwa 150 anwesenden Frauen Ratschläge erteilte, wurde ein Verbandsbeschluß gefaßt, aus dem einige Forderungen hervorgehoben seien. Man verlangte humane Behandlung und würdiges Verhalten von Vorgesetzten und Arbeitskollegen gegenüber der Schwangern, Unterstützung bei allen schwerfallenden Arbeitsverrichtungen, Schaffung von Sitzgelegenheit im Arbeitsraum, Bereitstellung eines Zimmers mit Liegegelegenheit für Pausen und Schwächeanfälle, Einrichtung von Kantinen mit besonderen Speisen und Getränken, von ärztlichen Sprechstunden und Beratungsstellen, Einstellung von Fabrikärzten nach dem Muster der Schulärzte, von Ärztinnen als Gewerbeaufsichtsbeamtinnen, restlose Anerkennung der Schwangerschaftsbeschwerden als Krankheiten im Sinn der Reichsversicherungsordnung durch die Krankenkassen, endlich auch gesetzliche Einführung der allgemeinen Kinderversicherung.

Kurze Chronik Im letzten Jahr ist eine *Lohnsteigerung* gegenüber der Zeit vor dem Krieg festzustellen. Die Löhne erhöhten sich in England auf 104 bis 136 %, in Dänemark bis auf 146 %, in Deutsch Österreich im 1. Vierteljahr 1924 bis auf 161 % (Hilfsarbeiter), stellenweise fielen sie allerdings auch um 14 % (Schlosser); auch in Ungarn senkten sie sich, im Mai um 30 %; die Vereinigten Staaten von Amerika zeigten im Mai Reallöhne von 137 % der Vorkriegslöhne an. ◇ In *Frankreich* wurde am 8. April ein Sozialversicherungsgesetz verabschiedet, das nach jahrzehntelangem Streit zwischen Versicherungspflicht und -freiheit dem Pflichtgedanken zum Sieg verholfen hat. Einzelne Berufszweige (Staatsbeamte, Handelsmarine, Bergarbeiter, Eisenbahner) hatten schon seit einer Reihe von Jahren Versicherungskassen mit Zwangscharakter; auch eine allgemeine Arbeiteraltersversicherung wurde 1910 geschaffen, doch blieben die Entwürfe in der Hauptsache ohne praktische Auswirkung. Die Wiedereinverleibung Elsaß-Lothringens machte eine Neuordnung unausbleiblich, da eine Beseitigung der deutschen Sozialversicherung ohne vollwertigen Ersatz unmöglich war, und eine partikularistische Regelung für diese Landesteile einen Verzicht auf die Rechtseinheit bedeutet hätte. Die Versicherung erstreckt sich auf Krankheit, Invalidität und Alter; die Versicherungsträger bilden ein fest geschlossenes

Netz. Versicherungspflichtig sind alle Lohnempfänger französischer Staatsangehörigkeit unter 60 Jahren, soweit ihr Jahresarbeitsverdienst 10 000 Francs nicht übersteigt; ihre Zahl wird auf 8 Millionen geschätzt. Die Sachleistungen sind für alle Versicherten gleich, die Geldleistungen sind nach besonderen Lohnklassen abgestuft. ◇ Die Frauen- und Kinderschutzgesetzgebung in *Italien* ist wesentlich ausgebaut worden. Das Nachtarbeitsverbot für Frauen ohne Unterschied des Alters gilt unter Berücksichtigung der Washingtoner Ausnahmebestimmungen als 11stündige Ruhezeit, die die Stunden von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens umschließen muß. Die Jugendlichengrenze wurde im allgemeinen auf 18 Jahre erhöht. Die Bestimmungen über Arbeitsruhe der Frauen vor und nach der Entbindung, wie sie das Washingtoner Abkommen vorsieht, fehlen noch. Die Mutterschaftsversicherung dagegen gewährt 200 Lire im Fall einer Geburt, zu denen der Staat 18 Lire leistet. Die Pflichtbeiträge der Arbeiterinnen zwischen 15 und 50 Jahren betragen 7 Lire jährlich, 3 Lire für die Arbeiterin, 4 Lire für den Arbeitgeber. ◇ Der Privatdozentin für Staatswissenschaften an der Berliner Universität Charlotte Leubuscher ist ein *Lehrauftrag* zur Vertretung der ausländischen Sozialpolitik, unter besonderer Berücksichtigung Englands und Rußlands, erteilt worden. Seit 1923 hält Leubuscher auch Vorlesungen und Übungen über Sozialpolitik, Sozialismus und soziale Bewegung an der Universität Göttingen ab.

Literatur Die Zeitschrift für Hygiene und Infektionskrankheiten. /Berlin, Julius Springer/ veröffentlichte kürzlich eine Arbeit Georg Wolffs und Karl Freudenbergs über *Tuberkulosesterblichkeit und Wohlstand* in Paris, London und Berlin. Von Henri Hersch /Genf/ ist festgestellt worden, daß in Paris die Tuberkulosesterblichkeit im Quadrat der wirtschaftlichen Notlage zunimmt; in London sind dagegen die Unterschiede in der Sterblichkeit im Vergleich zur sozialen Lage viel geringer. Für Berlin sind ähnliche statistische Erhebungen versucht worden, doch sind sie nicht mit denen Hersch' zu vergleichen, da hier der Index der "Armen" ein ganz anderer ist als in Paris. Sicher ist nur, daß die Spannung in der Sterblichkeit zwischen Lichtenberg und Schöneberg zum Beispiel größer als das Quadrat des Armenprozentsatzes ist.

Sozialistische Bewegung / Wally Zepler

Deutschland In den Reichstagswahlen am 4. Mai dieses Jahres wurden gewählt (in Klammern sind die Zahlen für die Wahl vom Jahr 1920 angefügt) 100 Sozialdemokraten (94 + 81 Unabhängige), 62 Kommunisten (2; dabei ist zu berücksichtigen, daß die meisten Kommunisten 1920 für die Unabhängigen stimmten), 96 Deutschnationale (62), 65 Mitglieder des Zentrums (59), 44 Mitglieder der Deutschen Volkspartei (60), 32 Deutschvölkische (0), 28 Demokraten (36), 16 Mitglieder der Bayrischen Volkspartei (21), 10 Mitglieder des Bayrischen Bauernbundes (4), 18 Angehörige kleiner Parteien (9). Die Anzahl der für die Vereinigte Sozialdemokratische Partei abgegebenen Stimmen betrug im Mai 1924 5 973 770, während die beiden sozialistischen Parteien 1920 10 509 773 Stimmen auf sich vereinigten. Die Sozialisten hatten also nicht allzu gut abgeschnitten. Bei der Regierungsbildung des neuen Reichstags hielten sie sich, obwohl sie immer noch die stärkste Partei waren, beiseite; sie erklärten nur Neutralität gegenüber dem Kabinett Marx üben zu wollen und waren nun freilich, ebenso wie sämtliche Regierungsparteien bereit mit ihrer Zustimmung zum Dawesgutachten endlich den 6jährigen Krieg nach dem Krieg beilegen zu helfen.

Am 13. Mai fand in Berlin dann eine Funktionärskonferenz statt, in der Clara Bohm-Schuch und Arthur Crispien über die Wahlen sprachen. Sie suchten die Politik der Partei zu verteidigen und verfehlten damit den springenden Punkt: ihren Mangel an Initiative zur Beilegung des französisch-deutschen Konflikts, den sie durch ihre Teilnahme am Ruhrkrieg noch sehr verschärft hat.

Deutschland: Parteitag 1924 Vom 11. bis zum 15. Juni fand in Berlin der sozialdemokratische Parteitag statt. Er brachte in keiner Hinsicht Bemerkenswertes. Alles drehte sich um die ohnehin längst entschiedene Frage des Nutzens oder Schadens einer Koalitionsregierung. Toni Sender machte dabei die richtige Bemerkung, daß niemals, auch in der Republik nicht, die Form sondern nur der Inhalt ausschlaggebend sei. Gewiß. Aber welchen Inhalt haben die "radikalen" Genossen dem Sozialismus zu geben gewußt? Robert Dißmann hatte eine Resolution eingebracht, in der behauptet wird, die Koalitionspolitik habe die Kraft der Arbeiterklasse herabge-

drückt. Sie wurde abgelehnt. An ihrer Statt wurde, mit 262 gegen 105 Stimmen, ein Antrag Hermann Müller angenommen, der die Koalitionspolitik gerade angesichts dieser außen- und innenpolitischen Wirren im Interesse der Arbeiterschaft als notwendig bezeichnet. Müller erstattete auch den Fraktionsbericht, der im Geist seiner Resolution gehalten war. Er schilderte die Zerfahrenheit des Reichstags auf Grund des Vielparteiensystems, das keine geschlossene Mehrheit zulasse. Die Listenwahl sei zu verwerfen, da sie die inneren Beziehungen des Wählers zum Gewählten aufhebe. ⟨Sehr wahr. Aber hat die Partei das mindeste getan, um dieses System abzuschaffen und durch ein *wirkliches* Proportionalsystem, das gleichzeitig die Selbstbestimmung des Wählers sichert, zu ersetzen? Sie hat es zugelassen, daß am 7. Dezember wieder nach dem gleichen verwerflichen Listensystem gewählt werden wird.⟩ Die Opposition hatte gewünscht, daß ein Korreferat gegen den Fraktionsbericht gehalten werde; der Antrag wurde abgelehnt, was Paul Löbe bedauert, wenn man auch freilich von jener Seite keine positiven Vorschläge erwarten könne. Heinrich Schulz referierte über die Kulturaufgaben der Partei. Diese habe die seelischen Kräfte der Jugend zu wenig unterstützt; das müsse nachgeholt werden. Konrad Ludwig teilte mit, daß die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Ende 1923 rund 1 261 000 Mitglieder, darunter 130 000 weibliche, hatte, während im Oktober 1922 bei der Sozialdemokratie rund 1 174 000 und bei den Unabhängigen rund 290 000 Mitglieder eingeschrieben waren. Der Höhepunkt der Krise, auch für die Kasse der Partei, lag im letzten Quartal 1923, wo auch viele Organe, unter anderen die Neue Zeit und die Gleichheit, eingehen mußten. Jetzt stehe man wieder in einer Periode des Aufstiegs. Die Partei besitzt 169 Zeitungen, doppelt so viel wie 1914. Die Einnahmen erreichen fast wieder den Stand vor dem Krieg. Für die Bildungsorganisationen wird viel getan. Die noch junge Bewegung der Kinderfreunde zählt 70 Ortsgruppen, 100 000 Jugendliche sind in den Jugendorganisationen, und 600 Bildungsausschüsse sind vorhanden. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat bereits ¾ Millionen junger Leute in seinen Kreis gezogen. ⟨Diese Gründung war in der Tat eine glückliche Idee.⟩ Richard Lipinski legte ein neues Organisationsstatut vor, das sich auf den Statuten der beiden alten Parteien aufbaut. Um den kommunistischen Treibereien zu begegnen, wird eine engere Vereinigung von Gewerkschaften und Partei angestrebt. Dem Parteivorstand soll in bestimmten Fällen das Recht der Ausschließung gegen Genossen zustehen, eine Neuerung, die den Parteiabsolutismus noch verstärkt, von vielen Delegierten auch heftig bekämpft wird. Trotzdem nahm der Parteitag das Organisationsstatut en bloc an. Wichtig ist noch die Annahme einer Resolution, die die Beteiligung an der Internationalen Arbeiterhilfe (bekanntlich nur einer Propagandazentrale des russischen Bolschewismus) für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Partei erklärt. ⟨Aber vorher hatte man in der Partei diese Propaganda munter mitgemacht.⟩ Die beiden theoretisch erheblichen Fragen, die der Parteitag erledigen sollte: die Vorlegung eines allgemeinen Partei- und die eines Agrarprogramms, blieben wieder unerörtert. Daß ein Parteiprogramm noch nicht geschaffen worden ist, entschuldigte Adolf Braun mit der Interesselosigkeit der Parteipresse, der Krankheit und Abwesenheit Kautskys und den schlechten Zeiten überhaupt. Auch das Agrarprogramm wurde auf das nächste Jahr verschoben. Wilhelm Helling referierte darüber (siehe die Rundschau Landwirtschaft, in diesem Band Seite 736). Man beschloß eine Studienkommission zu wählen und dem nächsten Parteitag ein von ihr ausgearbeitetes Agrarprogramm vorzulegen. Schließlich strich man noch das Wort Vereinigte bei der Bezeichnung der Partei, so daß diese jetzt wieder Sozialdemokratische Partei Deutschlands heißt. Das Protokoll des Parteitags ist, zusammen mit dem Bericht über die Frauenkonferenz (siehe die Rundschau Frauenbewegung, in diesem Band Seite 652), anständig ausgestattet im Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger in Berlin erschienen.

Italien

Am 6. April fanden in Italien die Wahlen zur Kammer statt, unter einem Wahlsystem, das den Fascisten die Mehrheit von vornherein sicherte. So ergaben sich 64 % aller abgegebenen Stimmen (1 437 252) für die Regierung. Auf die Katholische Volkspartei kamen rund 242 000 Stimmen, auf die Vereinigten Sozialisten rund 158 000, auf die Maximalisten rund 150 000, auf die Kommunisten 87 000, auf die Republikaner 39 000. Die Wahlbeteiligung betrug 62 %. Die neue Kammer begann sogleich mit einem heftigen Angriff der Mehrheit gegen die Opposition. Matteotti hatte be-

antragt die Wahlen wegen des Terrors und der Wahlbeeinflussungen en bloc für ungültig zu erklären. Nicht lange darauf wurde er ermordet, und zwar von einem Individuum, das selbst bekannte bereits 12 ähnliche Morde auf dem Gewissen zu haben. Nun wuchs die Empörung bei allen Gegnern des Fascismus. Die Liberalen waren insofern mit ihm im Bund gewesen, als etwa 100 von ihnen mit in der Regierungsliste gestanden hatten und 2 Liberale ins Ministerium eingetreten waren. Bald aber kam es im Kabinett zum Bruch mit ihnen, vor allem wegen der Preßfreiheit, die weiter versagt wurde, während Mussolini versprochen hatte sie bald wiederherzustellen. Die Industriellen ließen eine Druckschrift erscheinen, in der sie Rückkehr zu Verfassung und Gesetzlichkeit, gewerkschaftliche Organisationsfreiheit, Preßfreiheit und Versammlungsrecht und Lösung des Milizproblems fordern. Die Arbeiter rebellierten an vielen Orten. Zibordi schrieb in der Critica Sociale, das Verdienst des Fascismus sei es jedenfalls, daß er in den Massen wieder die Empfindung für den Wert der Freiheit wachgerufen habe, die ihnen vordem verloren gegangen sei. Nun wenden sie sich offen von ihm ab.

Demgegenüber kann man kaum bestreiten, daß Mussolini in den wenigen Jahren seiner Diktatur im außen- wie im innenpolitischen Leben Italiens viel Gutes gewirkt hat; er hat das Land wirtschaftlich gehoben, wieder straffere Ordnung geschaffen und ihm eine Stellung in Europa gegeben. Daß er dazu das Mittel der Gewalt und Freiheitsbeschränkung verwandte, mindert freilich sein Verdienst aufs stärkste, gefährdet auch das Werk selbst. Aber trifft die Schuld daran ausschließlich ihn? Trifft sie nicht in weit höherm Maß die Sozialisten, die es nicht verstanden haben selbst dieses Gute aufzubauen, die Massen, statt ihre Kraft in endlosen Plänkeleien und Streitigkeiten zu verzetteln, in den Dienst produktiver Ideen und ernster Taten zu stellen? Gar zu leicht vergessen wir alle in der Politik, daß das Gebot der Tat sich an jeden einzelnen richtet, und formale Opposition allein nicht ausreicht das Schlimme zu hindern, vielmehr nur das eigene schöpferische Wirken.

Dänemark: Ministerium Stauning

In Dänemark fanden die Wahlen zum Folkething am 11. April statt. Die Regierung hatten vorher die Liberalen unter Neergaard inne, sie war von den Konservativen gestützt worden. Die Sozialdemokraten haben seit langem in Dänemark eine starke Stellung, in deren Folge sie bereits wiederholt das Kabinett übernahmen. Sie zählten zur Zeit der Wahl 132 000 Mitglieder bei 3 Millionen Einwohnern. Die Wahl brachte ihnen 55 Mandate (früher 48), den Radikalen 20 (18), der Bauernpartei 44 (52), den Konservativen 28 (27). Sie ergab also eine entschiedene Mehrheit der Linken. Stauning als Führer der Sozialdemokraten wurde dem Ausfall der Wahl gemäß zum Ministerpräsidenten berufen und bildete ein Kabinett mit stärkster sozialdemokratischer Mitgliedschaft (Borgbjerg Arbeitsminister, Nina Bang Unterrichtsminister, Bramsnaes, einst Buchdrucker, dann Dozent der Nationalökonomie, Finanzminister, Rasmussen, auch früher Buchdrucker, Kriegsminister). Als Programm der Regierung verkündete Stauning die Verbesserung der Handelsbilanz durch Verbot der Einfuhr von Luxuswaren, Steigerung der Zuckerproduktion, erhöhte Abgaben der Besitzenden, auch des Grundbesitzes. Bisher hat sich die Regierung gehalten und ist nirgends auf heftigen Widerstand gestoßen. Jetzt wird sich vielleicht ihr Schicksal entscheiden, wenn es gelegentlich der Haupttagung des Parlaments zur Diskussion über die Abrüstungsfrage kommt. Die Regierung will einen Abrüstungsplan vorlegen, der für das kleine Dänemark schon deswegen eine andere Bedeutung hat als für die Weltstaaten, weil eine wirklich wirkungsvolle Verteidigungsmöglichkeit für das Land nur auf Grund eines dem jetzigen Heer mindestens 2mal an Stärke überlegenen gesichert werden könnte. Die Kosten zur Aufrechterhaltung eines solchen Militärapparats können jedoch von dem kleinen Land nicht aufgebracht werden. Trotzdem fürchteten die Konservativen und ein Teil der Liberalen Angriffe der deutschen Revanchepolitiker und andere Konflikte gegenüber einem schutzlosen Land. Es ist zweifelhaft, wie ein Wahlkampf auf dieser Plattform verliefe. Vielleicht wird man ihn zu vermeiden suchen. Jedenfalls kann auch hier die sozialistische Regierung sich nur innerhalb der Grenzen des für die *Gesamtheit* Möglichen und Zweckmäßigen bewegen. Mit eigentlich sozialistischen Maßnahmen hat sie es bisher nicht versucht.

Schweden: Ministerium Branting

Ähnlich wie in Dänemark liegen die Verhältnisse in Schweden, wo am 1. Oktober Parlamentswahlen stattfanden. Die Leidtragenden waren hier die Liberalen,

und zwar in erster Linie, weil sie sich über die Frage des Alkoholverbots in 2 einander aufs schärfste bekämpfende Gruppen gespalten hatten. Die Konservativen schnitten demgegenüber sehr gut ab. Sie entfalteten diesmal eine außerordentlich kraftvolle Agitation, und da sie in den Bauern, die sich an der Wahl 1921 nur mit 20 bis 35 % beteiligt hatten, noch eine sehr starke natürliche Reserve besaßen, so kann der Gewinn von 12 000 konservativen Stimmen keinesfalls wundernehmen. Auch in Schweden spielt in der konservativen Propaganda die Militärfrage eine bedeutende Rolle. Geschickt hatten sie daneben für einen dem sozialdemokratischen Programm entnommenen Bodenreformentwurf agitiert. Trotzdem erfochten den eigentlichen Wahlsieg die Sozialdemokraten. Sie haben gegen die Wahl von 1921 einen Zuwachs von 5 Mandaten und fast 49 000 Stimmen, der nur zum Teil aus Verlusten der Kommunisten herzuleiten ist. Und das, obwohl auch in die sozialdemokratischen Reihen der Antialkoholismus Spaltungen hineingetragen hatte. Der Hauptgrund des Zuwachses ist hier wohl die vernünftige Haltung der Sozialdemokratie zum Militärproblem.

Nach den Wahlen trat Trygger zurück, und Branting, der es bereits einmal in schwerer Zeit, von Herbst 1921 bis Frühjahr 1923 geleitet hatte, übernahm wieder die Leitung des Kabinetts. Er bildete ein rein sozialistisches Ministerium. Von seinen Mitarbeitern sind der Finanzminister F. V. Thorsson, der Verkehrsminister Victor Larsson, der Sozialminister Gustaf Moeller, der Wehrminister Per Albin Hansson und der Landwirtschaftsminister Sven Linders ehemalige Arbeiter, der Minister des Auswärtigen Oesten Unden, der Kultusminister Olof Olsson, der Handelsminister Rickard Sandler, der Justizminister Torsten Nothin und der Minister ohne Portefeuille Ernst Wigforss Akademiker. Zu diesen Sozialdemokraten kommt dann noch als Fachmann in Verwaltungs- und Justizangelegenheiten der Minister ohne Portefeuille K. S. Levinson. In der Regierungserklärung steht allem andern voran der Rüstungsabbau. Hier wird die sogenannte Freisinnige Volkspartei, eine Mittelstandspartei, den Sozialdemokraten unbedingt Folge leisten und so eine Regierungsmehrheit schaffen. Branting hofft schon 1925 dem Reichstag einen Gesetzentwurf über den Rüstungsabbau vorlegen zu können. Ferner sollen die Arbeitslosen- und die Bodenfrage auf seinem Programm stehen.

Finnland

In Finnland fanden am 1. und 2. April Kammerwahlen statt. Die unmittelbare Veranlasserin war die Sozialdemokratie. Nachdem im August 1923 etwa 200 Kommunistenführer verhaftet waren, womit der Reichstag zu einem Rumpfparlament geworden war, forderten die Sozialdemokraten seine Auflösung. Die Regierung sträubte sich, aber auf Anordnung des Reichspräsidenten wurden dennoch Neuwahlen angesetzt. Seit 1919 ist auch Finnland Republik. Es ist ein eigentliches Bauernland, und die revolutionären Gesetze gipfelten daher in der Lex Callio, die die Großgrundbesitzer zwang einen Teil ihres Besitzes dem Staat zu Siedelungszwecken herzugeben. Die Regierung glaubte nun durch die Verhaftung der Kommunisten ein günstigeres Wahlresultat zu erzielen. Diese Hoffnung ist bitter enttäuscht worden. Zwar sank im neuen Reichstag die Zahl der kommunistischen Mandate von 27 auf 18, aber dafür gewannen die Sozialdemokraten 7 Sitze (früher 53, jetzt 60), so daß die Arbeiterparteien im ganzen dennoch die Zahl von 1922 fast voll wieder erreichten. Die Entwickelung in den Reihen der sozialistischen Arbeiter nimmt überall den gleichen Verlauf: Die Anziehungskraft der Bolschewisten, die sich als Kommunisten aufspielen, läßt längst nach. Die Arbeiter gehen wieder in die altgewohnte Sozialdemokratie, die aber hoffentlich nun begreifen wird, daß man mit der "alten bewährten Taktik" nicht mehr auskommt, daß eine innere Erneuerung kommen muß.

Totenliste

Den Verlust eines ihrer geistig bedeutendsten Köpfe erlitt die internationale Sozialdemokratie am 22. März durch den Tod *Vlastimil Tusars* (siehe die Rundschau Außenpolitik, in diesem Band Seite 642 f.). Tusar war jedenfalls einer der wenigen Politiker in den sozialistischen Parteien; deshalb sah er das Verhältnis des Nationalen zum Übernationalen richtig an. Er wurde am 23. Oktober 1880 in Prag geboren. Er entstammte kleinen Verhältnissen, wurde Handlungsgehilfe und trat als solcher schon in jungen Jahren in die Sozialdemokratische Partei ein. Mit 20 Jahren wurde er als Parteisekretär angestellt. 1903 wurde er Redakteur des Brünner Parteiorgans Rownost. 1911 wählte man ihn in den österreichischen Reichsrat, 1913 in den mährischen Landtag. Während des Krieges wurde er Vizepräsident des österreichischen Abgeordnetenhauses.

Der Tschechische Nationalausschuß beauftragte ihn 1918 als Vertreter der aufzubauenden Tschechoslowakischen Republik in Wien zu bleiben. So wurde er der erste Gesandte des neuen Staates in Wien. Er blieb dort bis 1919. Nach dem Sturz des Revolutionskabinetts Kramarz übernahm Tusar die Regierung. Die Verfassungsgesetze sind unter ihm in der Nationalversammlung durchgebracht worden. Im April 1920 fanden dann neue Wahlen statt, nach denen sich Tusar wiederum behauptete. Der in den Sozialismus dort wie überall in jener Zeit eindringende Bolschewismus stürzte endlich auch ihn. Er trat im September 1920 zurück. Zuletzt war er tschechischer Gesandter in Berlin.

Weil er charakteristisch ist gewiß für das Empfinden aller feineren Naturen in den Reihen des russischen Bolschewismus, sei hier auch eines der Vorstandsmitglieder des Zentralexekutivkomitees des sogenannten Sowjetbundes gedacht: *Jurij Lutowinows*, der sich das Leben genommen hat. Ursprünglich Arbeiter, war er wie viele seiner Klassengenossen ehrlich der bolschewistischen Propaganda erlegen und glaubte, daß es sich wirklich darum handle der Menschheit den Kommunismus zu bringen. Er machte Karriere in der bolschewistischen Regierung. Das hinderte ihn aber nicht sich Rechenschaft darüber zu geben, was aus dem Kommunismus in Rußland geworden war. Er sah, daß alles schlimmer und schlimmer wurde, die Arbeiter wie alle anderen ihre Freiheit verloren, die Wirtschaft in immer tiefere Verwahrlosung geriet und endlich ein neuer Kapitalismus erstand, unheilvoller als der frühere. Sein Gewissen beruhigte sich nicht; er vertrat mit die Arbeiteropposition innerhalb der Partei, die gegen Lenin und das Zentralkomitee kämpfte. Er wurde nach dem Ausland verbannt, kehrte nach Rußland zurück, nahm seine Stellungen wieder auf und suchte vergeblich nach einer Lösung der traurigen Widersprüche, die er um sich sah. Da er sie nicht fand, nicht scharf genug dachte, um zu durchdringen, was der Bolschewismus in Wirklichkeit war, griff er verzweifelt zum Selbstmord. In ihren Grabreden warnten die Mitglieder des Zentralkomitees ihre Genossen davor ihm darin zu folgen; sie fühlten wohl, daß es für die Ehrlichen unter ihnen nur diesen Ausweg gab, nachdem sie den Bolschewismus gestützt hatten.

Anfang Juli starb in Braunschweig, wo er seit 1906 als Parteisekretär tätig war, *Otto Antrick*, der auch in der Berliner Arbeiterbewegung äußerst bekannt war. Er war am 24. November 1858 in Landsberg an der Warthe geboren, wurde Zigarrenarbeiter und fand sehr bald den Weg zur Partei. 1881 ging er nach Berlin und arbeitete hier unter dem Sozialistengesetz. 1898 erhielt er in Kottbus-Spremberg ein Reichstagsmandat. Berühmt geworden ist in der Partei seine 8stündige Obstruktionsrede gegen den Zolltarif in der Nacht vom 15. zum 16. Dezember 1902. Auch der Berliner Stadtverordnetenversammlung gehörte Antrick lange Zeit an. 1918 wurde er in Braunschweig Minister.

In Berlin starb im Juli nach schwerer Krankheit der langjährige Kassierer des Verbandes der Berliner Wahlvereine *Emil Boeske*, 58 Jahre alt. Er hat der Berliner und Brandenburger Organisation, so lange seine Gesundheit dies erlaubte, große Dienste geleistet, war Kreisvertrauensmann von Teltow-Beeskow-Charlottenburg, widmete sich mit größtem Eifer der Landagitation und war lange Reichstagskandidat für den Wahlkreis Ruppin-Templin. Seinem Beruf nach war er Tischler.

Kurze Chronik Am 21. September veranstalteten die Sozialisten in Deutschland wie in Frankreich und Belgien *Kundgebungen gegen den Krieg*. Große Menschenmassen beteiligten sich an den Versammlungen, auf denen die Losung "Nie wieder Krieg!" ausgegeben wurde. ◇ Am 9. November fanden in *Anhalt* die Landtagswahlen statt, deren Vornahme der Landtag schon im Juli beschlossen hatte (siehe den Artikel Peus' Die Wahlen in Anhalt und ihre Lehren, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 413 ff.). Die Wahlbeteiligung war um 9 % stärker als das letztemal. Die Sozialdemokraten gewannen 2 Sitze von den Kommunisten; sie haben jetzt deren 15, die Kommunisten 2. Die Demokraten gewannen zu ihrem einzigen Sitz noch 2 dazu, die Völkischen verloren 1 von ihren 2. Alle übrigen Parteien behielten, was sie bisher hatten. ◇ Im März fanden in *Australien* Wahlen zum Parlament statt. Die Arbeiterpartei errang einen bedeutenden Sieg. Sie erhielt 25 Mandate, gegen 23 der beiden anderen Parteien. ◇ Anfang September tagte in Basel der Parteitag der *schweizerischen* Sozialdemokratie, der das vorgelegte neue Parteiprogramm annahm. ◇ Unter der Militärdiktatur in Spanien wurde *Miguel de Unamuno* im März für unbestimmte Zeit nach den Canarischen Inseln ver-

bannt. Der Name dieses hervorragenden Sozialisten ist den Lesern dieser Zeitschrift schon im 1. Jahr ihres Bestehens bekannt geworden: durch seinen hier veröffentlichten Artikel Die Triebkräfte in der sozialistischen Bewegung (1895 Seite 478 ff.), dem er dann noch weitere folgen ließ. Im übrigen ist Unamuno nicht nur Politiker sondern vor allem auch ein bedeutender Wissenschafter. Er war Professor der Philosophie und Rektor der Universität Salamanca. Auch in der literarischen Bewegung Spaniens nimmt er eine der ersten Stellen ein. Vor kurzem hatte er auf Anregung Romain Rollands in Spanien eine Weltliga für Menschenrechte begründet. Aus seinem Exil wurde er auf abenteuerlich romantische Weise durch den Herausgeber des Quotidien Dumay befreit, der eine Jacht ausrüstete und den Verbannten nach Paris entführte, wo er jetzt lebt und wirkt. ◇ Am 15. Mai wurde *Robert Schmidt* 60 Jahre alt. Er kann auf eine lange und erfolgreiche Parteitätigkeit zurückblicken. Aus kleinsten Verhältnissen arbeitete er sich durch unermüdlichen Fleiß bis zu den wichtigsten Stellungen in der Gewerkschaftsbewegung und dann, während der Kriegszeit, im Staat empor. Er war stets ein ausgesprochener Revisionist und als solcher einer der wertvollsten Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte, für die er 2 Jahrzehnte hindurch eine große Anzahl von Beiträgen geliefert, und in denen er auch in den Jahren 1908 bis 1911 die Rundschau Sozialpolitik bearbeitet hat. Im Krieg wurde er Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, im Februar 1919 Reichsernährungsminister, später Reichswirtschaftsminister. Es sei ihm noch eine lange Wirksamkeit gewünscht. Als Mensch hat Schmidt sich durch sein sympathisches und ruhiges Wesen nur Freunde erworben. Es läge im Interesse der Partei, die nicht über viele Qualitäten von der Art Robert Schmidts verfügt, daß er wieder stärker hervorträte.

Literatur Am 3. September jährte sich zum 10. Mal der Tag, an dem *Ludwig Frank* gleich zu Beginn des Weltkriegs einer Kugel zum Opfer fiel. In dieses Jahr auch wäre sein 50. Geburtstag gefallen. Ein Buch der Erinnerung an ihn stellt die Sammlung seiner Briefe dar, die Hedwig Wachenheim herausgegeben hat /Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft/. Frank, der einer jüdischen Kleinkaufmannsfamilie entstammte, trat schon auf dem Gymnasium nicht nur durch seinen Lerneifer sondern auch durch seine rednerische Begabung und sein Menschheitsempfinden hervor. In die sozialistische Betrachtungsweise wurde er durch einen Arbeiter, den Lithographen Engert, eingeführt, dem er als Oberprimaner in einem von einem jungen jüdischen Lehrer gegründeten Lessingverein begegnete. Er studierte dann Jura und wurde Rechtsanwalt in seinem Heimatland Baden. Aber von Beginn an fesselte ihn die politische Tätigkeit, und sehr bald stürzte er sich aktiv hinein. Seine erste Tat ist die Mitbegründung der sozialistischen Jugendbewegung im Jahr 1906, deren Organ, die Junge Garde, er redigierte. Rasch stieg Frank in der Bewegung auf; sein Rednertalent und sein Tatendrang gaben ihm bald Führerstellung. Zunächst arbeitete er eifrig im badischen Landtag mit, zusammen mit Wilhelm Kolb, dem eigentlichen Leiter der badischen Sozialdemokratie. Doch war er kein so konsequenter Revisionist wie dieser. Im Reichstag hat er fleißig gearbeitet. Hauptsächlich in Fragen der Justiz, dann auch für eine elsässisch-lothringische Verfassung; auch für das Frauenwahlrecht ist er frühzeitig eingetreten. Berühmt wurde sein Name, als er den Vorschlag machte eine Konferenz deutscher und französischer Politiker zusammenzuberufen, um über eine deutsch-französische Verständigung zu verhandeln und so eine künftige Kriegsgefahr zu hindern. Am 11. Mai 1913 trat eine solche Konferenz in Bern zusammen. Sie war stark von französischen Parlamentariern, hauptsächlich sozialistischen, besucht. Aber diese wohlgemeinte Veranstaltung konnte den Lauf des Geschicks nicht mehr aufhalten. Als es um die Bewilligung oder Nichtbewilligung der Kriegskredite ging, setzte sich Frank mit aller Kraft für die Bewilligung ein. Außerdem stellte er sich freiwillig zum Heeresdienst. Gleich im ersten Kampf, den er mitmachte, fiel er. Man hat Frank oft mit Lassalle verglichen, vor allem wohl wegen einer äußerlichen Ähnlichkeit. Er hatte freilich nicht die Originalität und das Ausmaß Lassalles, aber sein Geist entkeimte dem gleichen Stamm: der Hingabe an die Allgemeinheit. Die Persönlichkeit Franks schildert auch S. Grünebaum in einer kleinen Schrift (Ludwig Frank, ein Beitrag zur Entwickelung der deutschen Sozialdemokratie /Heidelberg, Unterbadische Verlagsanstalt/), die seine politischen Anschauungen und sein menschliches Wirken behandelt. Beide Bücher seien einem weiten Leserkreis empfohlen.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Soziologie

Der schon seit Jahrzehnten tobende Streit um Gegenstand und Methode der Soziologie ist auch heute noch nicht entschieden. Die von Comte und Spencer ausgehende ältere Richtung, die sich Aufgaben stellte, die eigentlich in das Gebiet einer materialen Geschichtsphilosophie gehören, streitet immer noch um die Berechtigung ihrer Auffassung alles, was es überhaupt nur an Sachverhalten des gesellschaftlichen Lebens gibt, zu untersuchen. Dabei wird die Gesellschaft in individualistischer Weise als Summe mit einander in Wechselwirkung stehender Individuen genommen, in denen so sehr der Schwerpunkt der Gesellschaft liegt, daß jedes besondere soziologische Problem vom Individuum her angefaßt wird. Dieser synthetisch-enzyklopädischen Auffassung der Soziologie nahestehend, wenn auch mehr kollektivistisch denkend, ist eine zweite Gruppe, die von Hegel und Lorenz von Stein herkommt, und auch heute noch, ja gerade jetzt wieder, bedeutende Vertreter hervorbrachte, zum Beispiel Troeltsch. Beide Methoden sind einer Reihe schwerwiegender erkenntnistheoretischer und methodologischer Einwände ausgesetzt. Unbeschadet der großen Bedeutung, die viele Untersuchungen der oben genannten synthetisch-enzyklopädischen Richtung besitzen, muß doch gefragt werden, wo der besondere Gegenstand der Soziologie liegt, die sich vielmehr in Geschichte, Ethnologie, Nationalökonomie und andere Gegenstände des sozialen Lebens behandelnde Einzelwissenschaften aufzulösen scheint, die nur in eine lose Verbindung mit einander gebracht sind.

Der Soziologie einen Gegenstand gegeben und sie damit zum Rang einer Wissenschaft erhoben zu haben ist das Verdienst von Simmel, Tönnies, Tarde, Durkheim und MacDougall. Hier handelt es sich ganz allgemein um die mannigfachen Beziehungen und Wechselwirkungsweisen, in denen die Individuen in einer Gruppe stehen. Die Kulturinhalte, die das Erzeugnis mancher Gruppen sind, fallen nach dieser neuern Auffassung außerhalb des Interessenkreises der Soziologie. Ihr Gegenstand ist lediglich das eigenartige Phänomen, daß Individuen derart zu einer Gruppe verbunden sind, daß diese Totalität als eigengesetzliches Gebilde ihren Gliedern gegenübertritt. Worauf die Verbindung der einzelnen zu einem übergeordneten Ganzen beruht, in welch mannigfachen Verhältnissen die einzelnen zu einander und zum Ganzen stehen, das zu erforschen ist die Aufgabe, die sich neuerdings die Soziologie stellt. Danach besteht ihre Methode darin die in der Erfahrung vorgefundenen Gruppen auf die sie konstituierenden Formen der Wechselwirkung der Glieder hin zu analysieren. Die Soziologie, deren synthetisch-enzyklopädische Richtung stark mit hypothetischen Elementen durchsetzt war, die nie voll verifizierbar sein werden, hat hier in der neuern, analytischen Soziologie einen Ausgangspunkt und führt zu Resultaten, die immer an der Erfahrung nachprüfbar sind.

Die neue Richtung wird in dem, hier bereits in der Rundschau Sozialwissenschaften (in diesem Band Seite 137) angezeigten Werk des Berliner Soziologen *Alfred Vierkandt* deutlich, das den Titel Gesellschaftslehre trägt /Stuttgart, Ferdinand Enke/. Philosophisch ist es hier von besonderm Interesse zu sehen, wie prinzipiell verschieden der Gegenstand der Soziologie von dem der Nationalökonomie, Rechtswissenschaft und Geschichte ist. Das Wesen der Gesellschaft sieht Vierkandt darin: »eine Gruppe von Menschen zu sein, die der Träger von innerlich gegründeten Wechselwirkungen zwischen ihren einzelnen Mitgliedern ist«. Diese Definition ist weit genug, um kein Gebilde, das Gegenstand soziologischer Betrachtung sein kann, auszuschließen, und sie weist andrerseits deutlich auf das Problem der Soziologie hin: die Formen der Wechselwirkung zwischen den Mitgliedern der Gruppe. Die Untersuchung der allem soziologischen Denken zugrunde liegenden Begriffe hebt die Bedeutung der Umwelt hervor, den Begriff der Beziehung und den Totalitätsgedanken als gegenstandskonstituierende Bedeutsamkeiten. Die Frage, wie es bei einer Vielheit von Individuen zur Bildung von Gruppen kommt, beantwortet Vierkandt dadurch, daß er eindringlich bestimmte Triebe im Menschen nachweist, die notwendig zur Gesellschaftsbildung hindrängen. Ein asozialer Zustand zwischen Menschen ist infolge der sozialen Triebe und Anlagen unmöglich. Zu dieser sozialen Ausstattung des Menschen gehören: der Instinkt des Selbstgefühls (Macht- und Besitztrieb), der Instinkt der Unterordnung, der Hilfs- und Pflegetrieb, der Kampftrieb, Sympathie, Nachahmungstrieb, der Trieb zur Geselligkeit und schließlich die Tatsache der verbalen Beeinflussung der Überzeugungen und der anderen Bewußtseinsvorgänge. Wichtig ist, daß diese Instinkte

und Triebe nicht unveränderlich sind sondern, den allgemeinen Lebensumständen folgend, außerordentlich plastisch; dadurch ist eine notwendige Voraussetzung dafür gegeben, daß es im Sozialen eine Geschichte gibt. Bemerkenswert ist weiter, daß die vorstehend genannten Triebe zum Teil paarweise in einem gewissen gegensätzlichen Verhältnis stehen, woraus sich die spannungsreiche Dynamik des sozialen Lebens erklärt. Aus dem Zusammenwirken der mannigfachen sozialen Triebe und Anlagen und dem Vorwiegen bald des einen bald des andern erklären sich die verschiedenen sozialen Grundverhältnisse, die in einer ungemein subtilen Weise dargestellt werden. Mit großem Feingefühl wird hier die phänomenologische Methode angewandt; mit Heranziehung eines außerordentlich reichen Tatsachenmaterials, zum Teil aus der Ethnologie, werden die verwickeltsten Verhältnisse des sozialen Lebens auf ihre formale Struktur untersucht. Zum Schluß wird dann in besonders eindrucksvoller Weise der überindividuelle Charakter der Gruppe hervorgehoben und untersucht.

Der philosophische Ertrag des Werkes ist in mehrfacher Hinsicht erheblich. Der heute schon im Mittelpunkt aller Geisteswissenschaften stehende Begriff der Totalität als einer konkreten Allgemeinheit wird geklärt und weitergeführt. So zeigt sich, daß diese Allgemeinheit eine funktionale Einheit von Mannigfaltigkeiten ist, die ihren Schwerpunkt nicht in den Individuen, ihren Gliedern, hat sondern zwischen ihnen, das heißt in der Beziehung zwischen den Gliedern. Es ist für andere Disziplinen eine wichtige Frage geworden, ob der Gestaltsbegriff der selbe ist wie der hier verwandte der funktional gedachten Totalität, die bei ihrer Durchführung zu einer dynamischen Auffassung der Gruppe führt. »Die Gruppe bildet ein in sich ruhendes System von Kräften und Beziehungen.« Ein weiteres Problem, das durch Vierkandts Werk beleuchtet wird, ist das Verhältnis von Psychologie und Soziologie. Daß in allen gesellschaftlichen Verhältnissen psychische Faktoren eine große Rolle spielen, ist unbestreitbar und hat dazu geführt die Soziologie als eine spezielle Psychologie aufzufassen. Nun zeigt sich aber bei Vierkandt, daß die soziologischen Gegenstände durchaus von eigener Struktur sind, und gerade das soziologisch Wichtige etwas Nichtpsychologisches ist. Das hervorgehoben zu haben ist ein starkes Verdienst dieses Buches.

Neuausgaben Der emsig tätige Verlag Felix Meiner in Leipzig hat in seiner Philosophischen Bibliothek einige neue Ausgaben gebracht, die in jeder Hinsicht das höchste Lob verdienen. Von Otto Apelt, dem verdienten Übersetzer und Herausgeber einer Gesamtausgabe der Werke Platons in der Philosophischen Bibliothek, erscheinen in 2 Bänden *Senecas* Dialoge, das moralphilosophische Hauptwerk des römischen Stoikers. Die Einleitung und die zahlreichen Anmerkungen sind eine treffliche Beigabe zu dem exakt übersetzten Text.

Zu großem Dank muß man dem Verlag verpflichtet sein für die deutsche Ausgabe des Führers der Verirrten von *Mose ben Maimon*, die von Adolf Weiß nach der hebräischen Übersetzung Samuel ibn Tibbons in einer zuverlässigen Übertragung ins Deutsche veranstaltet worden ist. Die Bedeutung dieses Hauptwerks des Maimonides liegt weniger auf systematischem Gebiet als vielmehr in seiner immensen Wirkung auf die jüdische Philosophie und die mittelalterliche Scholastik. Der Herausgeber gibt in einer sehr ausführlichen Einleitung, die Maimonides' Leben und Lehre darstellt, und in Anmerkungen, die auch Stellennachweise aus Aristoteles, dem Talmud und der Bibel bringen, alles zum Verständnis nötige Material.

Eine Übersetzung von *Macchiavellis* Principe ist wegen der schwierigen sprachlichen Verhältnisse des Originaltextes eine nicht leichte Aufgabe, die mit großem Geschick Friedrich Blaschke, gleichfalls in der Philosophischen Bibliothek, in Angriff genommen hat. Seine Übersetzung erfreut durch die Beibehaltung des eigenartig reizvollen Stils des Florentiners bei aller Worttreue. Die Einleitung gibt eine Darstellung Macchiavellis und seiner Zeit mit den neuen geistesgeschichtlichen Mitteln, die in der letzten Zeit zum Verständnis der Renaissance erarbeitet wurden.

Sehr große Sorgfalt in der Textbearbeitung hat Fritz Kern gezeigt, der die Kategorieenlehre *Eduard von Hartmanns* in der Philosophischen Bibliothek herausgegeben hat. Gegenüber dem Erstdruck ist der Herausgeber auf das Manuskript zurückgegangen und hat durch einen sorgfältigen Vergleich die sehr zahlreichen Druckfehler und andere Versehen der Erstausgabe getilgt. Ein weiterer Vorzug dieser neuen Ausgabe ist die Aufnahme der Änderungen und Zusätze, die Hartmann später sich für eine 2. Auflage notiert hat. Die Einführung

der Seitenzahlen der Erstausgabe und die Verweisungen auf Hartmanns System der Philosophie im Grundriß machen diese Ausgabe zu einem wissenschaftlich besonders brauchbaren Instrument. Eduard von Hartmanns Gedanken über Staat, Politik und Sozialismus hat Alma von Hartmann in der Sammlung Kröners Taschenausgaben /Leipzig, Alfred Kröner/ neu herausgegeben; sie bieten in dieser Ordnung ein interessantes Bild dieses vielseitigen Denkers.
In der gleichen Sammlung hat Hermann Schneider eine schöne Textausgabe von *Fichtes* Reden an die deutsche Nation veranstaltet und gut eingeleitet. Doch haben wir jetzt schon etwas zu viel Fichte. Ebenfalls dort hat Walter von Hauff *Nietzsche*worte »für werdende Menschen« zusammengestellt. Eine Nietzscheausgabe ist stets zu begrüßen.
Wie stark die Lebenskraft der gegenwärtigen katholischen Renaissance ist, das sieht man, außer an vielem andern, auch an der Tätigkeit des Theatinerverlags in München. Er bringt Gesamtausgaben von Bonaventura, Anselm von Canterbury, Johannes von Kreuz, Manzoni, Kardinal Newman usw. in guten deutschen Übersetzungen heraus. Nun liegen die Schriften *Adam Müllers* zur Staatsphilosophie vor Sie sind in Auswahl von Rudolf Kohler, mit einem feinsinnigen Vorwort von Erich Przywara, herausgegeben. Ein Nachwort, Adam Müllers geistige Entwickelung nachzeichnend, unterrichtet auch über die Grundsätze der Auswahl, mit denen man sich durchaus einverstanden erklären kann.

Totenliste Am 14. Juli starb in Darmstadt *Melchior Palagyi*, der bedeutendste ungarische Philosoph der Gegenwart. Er war 1860 geboren und lebte lange Jahre als Dozent für Biologie und Naturphilosophie in Klausenburg, bis er Professor in Budapest wurde. Sein Denken kreiste um die letzten logischen und erkenntnistheoretischen Probleme. Die Schwierigkeit die Welt zu erkennen, liegt nach ihm darin, daß das Weltgeschehen stetig und kontinuierlich verläuft, während das Bewußtsein infolge seiner biologischen Bedingtheit lückenhaft und diskontinuierlich ist. Auf dieser Grundannahme entwickelte er ein geistvolles System der Naturphilosophie, in dem er sich mit Driesch und Ostwald berührt.
In Oxford ist im September der älteste der englischen Philosophen *Francis Herbert Bradley* im Alter von 77 Jahren gestorben. In seinen zahlreichen Abhandlungen, unter denen The Principles of Logic /1883/ und Appearence and Reality /1893/ die wichtigsten sind, hat Bradley, zum Teil im Anschluß an Kant und Hegel, ein System des kritischen Idealismus ausgebildet. Er hat auf die jüngere anglo-amerikanische Philosophengeneration einen nicht unerheblichen Einfluß ausgeübt.
Der Privatdozent der Mathematik an der Technischen Hochschule Berlin *Paul Schatheitlin* ist Anfang Oktober im Alter von 63 Jahren gestorben. Er hat viele Jahre auch als Lehrer am Berliner Sophienrealgymnasium und als Mitglied der Wissenschaftlichen Prüfungskommission gewirkt. Er veröffentlichte eine Reihe wichtiger Abhandlungen über die synthetische Geometrie der Kegelschnitte und über die Besselschen Funktionen.

Kurze Chronik Die *Schopenhauergesellschaft* tagte vom 25. bis zum 27. Oktober in Weimar. ◇ Zum Honorarprofessor in der Philosophischen Fakultät der Universität Münster wurde *Karl Vorländer* ernannt. Er hatte bisher einen Lehrauftrag für Moral-, Staats- und Gesellschaftsphilosophie. Vorländer, der der Marburger Schule angehört, ist weiteren Kreisen durch seine Arbeiten über Kant bekannt geworden. ◇ Der Privatdozent für Philosophie an der Universität Breslau *Siegfried Marck* ist zum außerordentlichen Professor ernannt worden. Er hat zugleich einen Lehrauftrag für Rechts- und Staatsphilosophie und las im Sommersemester über die ,Entwickelung der politischen Ideologieen von 1914 bis 1924 sowie über die philosophischen Grundlagen des Marxismus. ◇ Der Extraordinarius der Philosophie an der Universität Freiburg *Richard Kroner* geht als Ordinarius an die Technische Hochschule in Dresden. ◇ Der Erlanger Mathematiker *Heinrich Tietze* folgt einer Berufung an die Münchener Universität als Nachfolger A. Voß'.

Literatur In der Philosophischen Handbibliothek /München, Josef Kösel & Friedrich Pustel/ hat *Michael Wittmann* eine Ethik herausgegeben, die in einer außerordentlich klaren Gliederung des Stoffs das weite Problemgebiet darstellt. Es ist hier ein Lehr- und Lernbuch von großer Brauchbarkeit geschaffen, das warme Empfehlung verdient. ◇ Von Georg Mehlis ist ein Büchlein über *Spinozas* Leben und Lehre erschienen /Freiburg, Ernst Guenther/, mit der liebenswürdigen Klarheit dieses Autors geschrieben, die man aus

seinen anderen Schriften kennt. ◇ Aus der zahlreichen Literatur, die anläßlich des Kantjubiläums auf den Büchermarkt gekommen ist, sei das *Kantbuch* Max Hochdorfs erwähnt /Berlin, Deutsches Verlagshaus Bong & Co./. An seiner Einleitung, die die Persönlichkeit und die Lehre des Philosophen darstellt, muß man die Kraft die abstrakten Lehren menschlich zu durchleuchten, die Feinheit und Leichtigkeit, mit der alle Massen an historischen oder philosophischen Einzelheiten in Fluß gebracht werden, besonders rühmen. Die weiteren Teile des Buches, eine Biographie Kants von einem Zeitgenossen und eine sehr geschickte Auswahl aus Kants Werken, ferner einige besonders bezeichnende Briefe, machen dies Kantbuch zu einem sehr anregenden und lebendigen Führer zu Kant. ◇ Walter Kinkel legt ein ziemlich umfangreiches Buch über *Hermann Cohen* vor /Stuttgart, Strecker & Schröder/. Die Lehre des oft hervorragend dunkeln Neukantianers wird durch diese Darstellung verständlicher, ohne verflacht zu werden. Eine höchst lebendige biographische Einleitung bringt uns Cohen recht nahe. Die Darstellung des Systems folgt den Hauptschriften Cohens. Mit besonderm Nachdruck arbeitet Kinkel die Eigenart des transzendentalen Idealismus heraus und auf ethischem Gebiet die sozialen und humanen Elemente der Lehre Cohens. Die Bedeutung des Buches liegt darin, daß es in einen der schwierigsten Bezirke der modernen Philosophie einführt. ◇ Gertrud Kantorowicz gibt *Georg Simmels* Fragmente und Aufsätze mit einer feinfühligen Einleitung heraus /München, Dreimaskenverlag/. Die tiefe Bedeutung des Lebensbegriffs Simmels wird an der Anwendung etwa auf das Problem der historischen Formung oder der Gesetzmäßigkeit im Kunstwerk deutlich. Die einzelnen Aufsätze und die Tagebuchnotizen sind feingeschliffene Ausformungen seiner Metaphysik des Lebens. ◇ Eine Untersuchung über die Philosophie *Wilhelm Wundts* hat Willy Nef erscheinen lassen /Leipzig, Felix Meiner/. Die wichtige und verdienstvolle Aufgabe das weitgespannte System Wundts zu durchleuchten und seine Prinzipien herauszuarbeiten wird hier in einer fast vorbildlichen Weise gelöst. Man erkennt, wie mannigfaltig das Weltbild dieses größten Systematikers der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts ist. Die Kritik, mit der die Untersuchung beschlossen wird, hebt mit Deutlichkeit hervor, was uns heute von der Wundtschen Position trennt.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Kautsky

Die deutsche und österreichische, wie über alle Landesgrenzen hinaus die internationale Sozialdemokratie feierte am 16. Oktober den 70. Geburtstag des Mannes, dessen Wirken und Schaffen seit früher Jugend mit dem Siegeszug der Marxschen Ideen von dem Klassenkampf des Proletariats unlöslich verbunden ist. Wie Friedrich Engels, dem unvergessenen Lebensfreund und Kampfgenossen Marxens, der selbst die Ernte nur von fern her reifen sah, hat Karl Kautsky ein freundliches Geschick gelächelt. Er wie Engels sahen die Saaten in wunderbarem Wachstum aufsprießen und durften mit von keinen körperlichen Leiden gebrochener Kraft am Werk noch in einem Lebensalter tätig sein, das dem Schöpfer nicht mehr zu erreichen vergönnt war. Engels war noch Zeuge des Zusammenbruchs des Sozialistengesetzes und des damals gewaltig beschleunigten Vormarsches der Partei in Deutschland, der alle Hoffnungen beschwingte. Und aus dem Dank und Gruß, den der 70jährige Kautsky im Vorwärts an seine Freunde gerichtet hat, klingt nach den vernichtenden Hagelstürmen der Kriegs- und Nachkriegszeit jener weltfroh-helle, zukunftsgläubige Ton, der uns aus des alten Engels' Worten, aus seinem Testament in der Vorrede zu Marx' Klassenkämpfen in Frankreich so warm entgegenweht. Die Lawinen, die den gerade ansteigenden Weg des Sozialismus zeitweise zu verschütten drohten, die Klüfte, die das Wüten blind elementarischer Gewalten aufriß, alle Schrecken können die Zuversicht, daß am Ende die Vernunft doch stärker als das Chaos ist, nicht wankend machen. Kein Wort der Klage um Vergangenes. Das Auge ist freudig dankbar dem dämmernden Morgen zugewandt: »Ich habe das Glück, daß mein 70. Geburtstag in eine Zeit fällt, in der Nationalismus und Kommunismus abwirtschaften und die Sozialdemokratie zu neuen Siegen auszieht . . . Es ist eine Lust zu leben, nicht bloß für Zwanzigjährige sondern auch für Siebzigjährige, die das Glück haben der Sozialdemokratie anzugehören.« Das Ich geht auf im Allgemeinen und zieht aus ihm geheimnisvolle Jugendkraft. Wenn Kautsky Berlin verlassen hat und nach Wien zog, so in der Hoffnung dort in der Stille seine Kraft noch mehr sammeln zu können, um in letzten Arbeiten zu formulieren, was ihn im Dienst der Partei und Sache auszusprechen drängt.

Noch Schüler, ehe er die Wiener Universität bezog, war Karl Kautsky schon Mitglied der damals in den siebziger Jahren erst zwerghaften österreichischen Sozialdemokratie. Im Jahr 1880 geht er als Mitarbeiter des in Deutschland verbotenen Sozialdemokraten nach Zürich, wo sich sein Freundschaftsbund mit Eduard Bernstein schließt. Im Jahr 1883 gibt er in Stuttgart die erste Nummer der Neuen Zeit heraus, jener 3½ Jahrzehnte hindurch von ihm geleiteten Wochen- und Monatsschrift, die damals unter dem Ausnahmegesetz die Bahn für das Einströmen der Marxschen Ideen in die breiten Massen der Partei brach. In London, wo er dann bis zum Fall des Ausnahmegesetzes seinen Wohnsitz nahm, wurde ihm fruchtbarste Förderung und Anregung durch den persönlichen Verkehr mit Engels zuteil.

Die achtziger Jahre, in denen sich der Sozialismus unter Engels' und Kautskys Ägide festen Boden im deutschen Proletariat eroberte, waren zugleich die Zeit, in der sich die Prognose, die Marx und Engels im Kommunistischen Manifest vom Jahr 1848 der kapitalistischen Entwicklung gestellt hatten, überraschend zu erfüllen schien. Die evolutionistische Grundauffassung, daß das kapitalistische System zugleich die Kräfte und die Bedingungen erzeuge, die eine Umwandlung zu einer sozialistischen Ordnung möglich machen, war hier zu der Wendung zugespitzt, daß die immer riesenhafter sich entfaltenden Produktivkräfte, wie sich in den Handelskrisen zeige, den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen bereits über den Kopf gewachsen seien. Je mehr sich in Produktion und weltumspannendem Verkehr das Wunderwerk moderner Technik entfalte, um so offensichtlicher treibe die Hetzjagd kapitalistischer Konkurrenz einem Zustand entgegen, in dem Überproduktion, Krisen und massenhafte Arbeitslosigkeit zur Signatur des Wirtschaftslebens werden; einem Zustand, der schließlich zu rettungslosem Zusammenbruch und Bankrott dieser Gesellschaft führen muß, wenn nicht der Sozialismus, die Staatsgewalt erobernd, das ganze wirtschaftliche Getriebe auf ein völlig neues Fundament stellt. Die Notwendigkeit eines Sieges der Arbeiterklasse und des Sozialismus sei letzthin in der Notwendigkeit verankert, daß die Gesellschaft ohne eine solche grundsätzliche Erneuerung dem Untergang geweiht ist Nur der Sozialismus kann die Fesseln sprengen, die die Produktion in der kapitalistischen Ordnung einschnüren und so zugleich das Elend ins Uferlose wachsen lassen. Und diese von Marx gestellte Prognose, die, wenn sie wirklich zutraf, zugleich die Möglichkeit eines ökonomischen Aufstiegs der Massen im Rahmen des Kapitalismus wie die Möglichkeit eines sich schrittweise vollziehenden Umbaus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ausschloß, schien sich in der Periode der unerhört langen wirtschaftlichen Depression, die seit der Mitte der siebziger Jahre über die kontinentale und englische Industrie hereingebrochen war, zu bestätigen. Die Krise, die früher, wenn auch in ihrer akuten Gestalt viel heftiger auftretend, doch immer verhältnismäßig rasch einer neuen Belebung des Geschäftsgangs gewichen war, schien in der Form ständiger Absatzschwierigkeiten und gedrückter Preise nunmehr in Permanenz erklärt. Die von den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen unabtrennbare Bindung der Produktion an die kaufkräftige Nachfrage ließ immer weniger, schien es, die technisch gegebenen Produktionsmöglichkeiten zur Entfaltung kommen. Alle Zeichen deuteten so darauf hin, daß jene Diagnose des Kommunistischen Manifests, von Engels später in dem Schriftchen Die Entwickelung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft näher ausgesponnen, richtig sei, daß sich die Notwendigkeit des Sozialismus auf die Ausweglosigkeit des Kapitalismus gründe. So fügte sich die sozialistische Idee mit der von Marx und Engels verkündeten materialistischen Geschichtsauffassung, die das Verhältnis von Produktionsordnung und von der Entwickelung der produktiven Kräfte in den Mittelpunkt der sozialen Bewegung stellte, zu einer festen, in sich geschlossenen Einheit zusammen. Das war der Zeiten- und Gedankenhintergrund, auf dem sich die Entwickelung sozialistischen Denkens bei Kautsky vollzog.

Anfang der neunziger Jahre erschienen seine berühmte Popularisation des Kapitals (Karl Marx' ökonomische Lehren), die prächtige, das Biographische durch ein farbenreiches historisches Gemälde ergänzende Schrift über den großen englischen Utopisten Thomas Morus und seine Darstellung der Klassengegensätze von 1789. Dann folgten die historischen Untersuchungen über Vorläufer des Sozialismus. Von Kautsky stammt auch der Entwurf des Erfurter Programms von 1891, jenes berühmten Dokuments, in dem sich die völlige Durchdringung der Partei mit den von Kautsky propagierten Marxischen Ideen symbolisch widerspiegelt, und gegen das sich dann die Opposition in den Agrar-

debatten und in der von Bernstein eingeleiteten revisionistischen Bewegung erhebt. Die Kritik, in ihren allgemeinen Grundanschauungen von der Rolle des proletarischen Klassenkampfes als Träger einer dem Sozialismus zustrebenden Entwickelung gleichfalls durchaus auf Marxschem Boden stehend, vertrat den Standpunkt, daß die im Kommunistischen Manifest und teilweise auch im Kapital formulierten Tendenzen des Kapitalismus durch dessen weitere Entwickelung nur zum Teil bestätigt seien, und daß die Taktik der Partei diesem Umstand entsprechend Rechnung tragen müsse. Vor allem habe sich im weitern Verlauf nicht bestätigt, daß mit der Entfaltung der produktiven Kräfte die Krisen und Hand in Hand damit das Elend der arbeitenden Massen, wie auch das Erfurter Programm noch behauptete, ständig gestiegen seien. Auch sei nicht abzusehen, woher in einem solchen Fall bei zunehmender Verelendung des Proletariats eine siegreiche Revolution die Kraft zu einem ökonomischen Neubau der Gesellschaft nehmen könne. Ohne den Aufstieg der Arbeiterklasse auch schon im Rahmen des Kapitalismus selber sei eine Fortentwickelung in sozialistischer Richtung überhaupt nicht denkbar. Auch erfolge die Tendenz zur Aufsaugung der Produktion in einer immer abnehmenden Anzahl von Großbetrieben, die die Gesellschaft schließlich leicht expropriieren könne, nicht in dem raschen Tempo, wie Marx vermute, ja lasse sich in der Landwirtschaft überhaupt nicht nachweisen. Kautsky sah in diesen Einwänden zunächst nur einen Einbruch in die Geschlossenheit des Marxschen Gedankenbaus und eine Propaganda opportunistischer Taktik, die die Partei schädigen und rückgratlosem Eklektizismus in die Arme treiben müsse. Er schien in Sachen des Marxismus lange als Vertreter einer Art Orthodoxie, so sehr sonst seinem Wesen wohl Dogmatismus fern lag. In dem Schriftchen Der Weg zur Macht, das nach der ersten russischen Revolution geschrieben wurde, verfocht er den heute von ihm selbst längst aufgegebenen Standpunkt, daß eine sozialdemokratische Partei mit bürgerlichen Parteien im Parlament keine Regierungskoalition eingehen dürfe. Aber der realistische Grundzug seines Denkens ließ sich nicht zum Schweigen bringen. Das zeigt sich in seinen Zukunftsbetrachtungen über die Möglichkeiten und Bedingungen einer sozialen Revolution. Der Gedanke einer gewaltsamen Einzwängung der Produktion in ein vorgefaßtes zentralistisch-sozialistisches Schema wird da von vornherein als völlig unsinnig abgewiesen. Und diese damals schon von ihm bekundete Auffassung, aus der er in einer seiner neuesten Publikationen Die soziale Revolution und ihr Programm /1917/ die Konsequenz zieht: daß in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft bei der ungeheuren Kompliziertheit des wirtschaftlichen Lebens jedenfalls ein weiter Spielraum für das Nebeneinanderfortbestehen sehr verschiedener Produktionsformen, auch solcher von privatkapitalistischem Typus gewahrt bleiben müsse, treibt, nur von anderer Seite her, zu einer Orientierung, die über die Geradlinigkeit des Erfurter Programms hinausführt und die scharfen Grenzlinien, die er zwischen sich und dem Revisionismus ziehen zu können meinte, verwischt. Wie er, unbekümmert um alle äußeren Rücksichtnahmen, rein der Sache dienend seinen Weg verfolgte, hat wieder seine Stellungnahme während der Kriegszeit und dem Bolschewismus gegenüber gezeigt. Dem Aberglauben an eine "proletarische Diktatur", die mit der Demokratie aufräumen will und damit bei der ärgsten Cliquenherrschaft landet, trat er von Anbeginn mit Waffen seines klaren Geistes gegenüber. Er wurde zur Strafe nachher von Lenin und dessen Leuten, die ihn früher nicht genug bewundern konnten, auf die Liste der Sozialverräter und bourgeoisen Soldknechte gesetzt.

Um so heller klingt sein Name in der Partei. Er ist einer der repräsentativen Männer, die aus der geistigen Signatur einer großen Epoche der Parteibewegung unmöglich wegzudenken sind, und die mit der Bewegung weiterleben werden.

Kautskyfestschriften

Zur Kautskyfeier ließ die deutsche Parteizeitschrift *Die Gesellschaft* /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ ein überaus reichhaltiges und wertvolles Sonderheft erscheinen. Max Adler spricht da über die Soziologie im Marxismus, Karl Vorländer über den methodischen Geist in Kautskys Arbeiten, Adolf Braun über die Zukunft des deutschen Landwirtschaftsbetriebs, der, nach seiner Ansicht, zur dringend notwendigen Steigerung seiner Produktivität des Übergangs zu mehr und mehr großbetrieblichen Unternehmungsformen bedürfe ⟨er geht so von dem Standpunkt aus, den Kautsky gegen Eduard David in den Agrardebatten der neunziger Jahre eingenommen hatte⟩. Andere Artikel erzählen von dem Wirken Kautskys und dem bestimmenden Einfluß, den er durch seine

Neue Zeit auf ihre Jugendzeit ausgeübt habe. So die sehr anschaulichen und lebendigen Erinnerungen Paul Kampffmeyers und Friedrich Stampfers. Eduard Bernstein schildert eingehend die Anfänge der Tätigkeit Kautskys in der Partei. Es folgen die Stimmen aus der Internationale: aus Tschechien, aus Südosteuropa, aus Bulgarien, Finnland, Georgien und Rußland; ein packendes Bild von Kautskys Fernwirkung wie der Liebe und Verehrung, die ihm zuteil geworden sind. Den Abschluß bildet ein Aufsatz Richard Seidels über Kautsky und die Gewerkschaften, der den Streit um die politische Neutralität der Arbeiterverbände objektiv und klar darstellt.

An Umfang und Gehalt steht diesem Heft die von der österreichischen Parteizeitschrift *Der Kampf* /Wien, Wiener Volksbuchhandlung/ herausgegebene Festnummer ebenbürtig zur Seite, daher ihr auch in Deutschland ein weiter Leserkreis zu wünschen wäre. Wilhelm Ellenbogen, Alfred und Julius Braunthal, Max Adler, Friedrich Adler, Oda Olberg, R. Abramowitsch, Alexander Bracke, Morris Hillquit haben Beiträge beigesteuert.

Aus Anlaß des Geburtstages Kautskys erschien auch, von Otto Jenssen herausgegeben, in 4 Abteilungen ein Sammelwerk *Der lebendige Marxismus* /Jena, Thüringer Verlagsanstalt/, zu dem eine größere Anzahl von Parteigenossen Arbeiten beigesteuert hat. Die Aufsätze der I. Abteilung gruppieren sich um die Weltwirtschaftskrise und deren Währungsprobleme. In dem abschließenden Artikel Kautsky als Geldtheoretiker legt Alfred Braunthal den Standpunkt dar, den dieser, auf die im 1. Abschnitt des Kapitals entwickelte Geldlehre gestützt, in der Diskussion der Währungsfrage eingenommen hat. In der 2. Abteilung werden für den deutschen Leser die Ausführungen des Gewerkschafters Richard Seidel Verfassungsfragen der Gewerkschaften besonderes Interesse haben. Die beiden letzten Abteilungen bringen unter anderm eine geschichtsphilosophische Skizze Otto Bauers Das Weltbild des Kapitalismus, die jedoch im Bestreben Weltanschauungen ökonomisch materialistisch zu erklären teilweise zu recht gewagten Konstruktionen greift. Bauers Landsmann Max Adler steuert eine philosophische Auseinandersetzung über Gesellschafts- und Zwangsordnung bei. Einen sich in der Grundauffassung mit Adlers idealistischem Kantianismus nahe berührenden Aufsatz Vom Sozialismus als sittliche Idee schrieb Albert Kranold; er geht da ausführlich auf eine mit kirchlichem Imprimatur veröffentlichte Schrift des Katholiken Steinbüchl ein, die ihm als ein bedeutungsvolles Zeichen dafür erscheint, daß sich im Katholizismus ein Umschwung zu vorurteilsloser Würdigung der im Sozialismus enthaltenen ethischen Gesichtspunkte anbahnt. Oda Olberg und Julius Tandler handeln über die Geburtenbeschränkung und die Stellungnahme der Partei dazu. Hermann Wendel erörtert in ausgesprochenem Gegensaz zu den Marx-Engelsschen Artikeln der Neuen Rheinischen Zeitung die Haltung der Magyaren und Südslawen 1848-1849, Hugo Saupe die marxistische Außenpolitik. Dem Werk ist ein treffliches Bild Kautskys beigefügt.

Sozialismus Der Zusammenhang sozialistischer Ideen mit der positivistischen und materialistischen Philosophie des 18. Jahrhunderts, worauf der junge Marx in der Heiligen Familie hinwies, wird von *Hans Girsberger* in seinem Buch Der utopische Sozialismus des 18. Jahrhunderts in Frankreich und seine philosophischen und materiellen Grundlagen (1. Heft der Zürcher Volkswirtschaftlichen Forschungen /Zürich, Rascher & Cie./) eingehend illustriert. Die Darstellung ist leicht und fließend.

Das Buch des Wiener Rechtslehrers *Hans Kelsen* Sozialismus und Staat /Leipzig, C. L. Hirschfeld/, gegen das sich Max Adlers in dieser Rundschau (1923 Seite 751 f.) besprochene Schrift Die Staatsauffassung des Marxismus kritisch polemisierend wandte, ist in einer erweiterten Auflage erschienen, die gegenüber den Einwänden Stellung nimmt.

In seinem Buch Die deutsche Sozialdemokratie, 2. Teil des Werks über Staat und Marxismus /Stuttgart, J. G. Cotta Nachfolger/, konzentriert sich *Friedrich Lenz* in erster Reihe darauf die Verbindungsfäden zwischen den außenpolitischen Ansichten der einstigen vormärzlichen deutschen Demokratie und denen des Marxismus aufzuzeigen. Der Autor steht auf ausgesprochen nationalem Standpunkt. Nach seiner Auffassung gebührt einer auf Förderung der Staatsmacht gerichteten Außenpolitik unbedingt der Primat vor allen inneren Fragen. Doch seine geschichtliche Darstellung hält sich von den heute üblichen nationalistischen Gehässigkeiten fern.

Neuausgaben Eine Reihe seiner früheren historischen Aufsätze hat *Lujo Brentano* in einem Band Der wirtschaftende Mensch in der

Geschichte /Leipzig, Felix Meiner/ zusammengefaßt. Seine beiden Rektoratsreden aus dem Jahr 1888 und 1901: Die klassische Nationalökonomie und Ethik und Volkswirtschaft, die das Buch eröffnen, charakterisieren zugleich in allgemeinen Zügen den Standpunkt Brentanoscher Betrachtungsweise. Es folgen eindrucksvoll interessante, aus offenbar weit ausgedehnten Forschungen geschöpfte Darlegungen über die Stellung der alten christlichen Kirche, insbesondere der Kirchenväter, zu Privateigentum und Reichtumsanhäufung in den Händen einzelner. Der weitere Inhalt des Buches gruppiert sich um die Frage nach den Anfängen des Kapitalismus und der Rolle, die dem Handel dabei zufällt. Brentano tritt da unter anderm der Auffassung Max Webers entgegen, daß die calvinistische Lehre von wesentlichem Einfluß auf die Entwickelung des kapitalistischen Geistes gewesen sei. Die psychische Prädisposition zur Entwickelung eines solchen Geistes ist nach ihm von vornherein in der zügellosen menschlichen Erwerbsgier gegeben, die von Dokumenten der allerverschiedensten Zeitalter bezeugt wird. Mit besonderer Schärfe wendet sich seine Kritik gegen Sombarts Buch Die Juden und das Wirtschaftsleben, das die Genesis kapitalistischen Geistes wesentlich auf das Konto des Judentums setzen wollte.

Totenliste Der älteste der englischen Nationalökonomen, einer der bekanntesten Vertreter der Wiener Schule in England, *Alfred Marshall*, ist im Juli, 82 Jahre alt, in London gestorben. Er war von 1885 bis 1908 Ordinarius für Volkswirtschaftslehre in Cambridge, viele Jahre auch Vizepräsident der Royal Economic Society, ferner Ehrendoktor von Krakau und Kristiania, Mitglied der meisten europäischen Akademieen usw. Von seinen Arbeiten fand sein Lehrbuch Principles of Economics, in mehrere Sprachen übersetzt, größte Verbreitung.

Am 25. August starb in Berlin der Magistratsrat *Theodor Meinerich* im Alter von 66 Jahren. Er war seit 1897 Mitglied und seit 1903 Vertreter des Direktors des Statistischen Amts der Stadt Berlin und verfaßte viele bevölkerungs- und verwaltungstechnische Arbeiten.

Wie in der Rundschau Kolonisation (in diesem Band Seite 606) berichtet wurde, ist *Otto Jöhlinger* am 29. August, in noch jungen Jahren, gestorben. Er hat auf verschiedenen Gebieten gearbeitet. Das für ihn wichtigste, auf dem er auch Wegweisendes geleistet hat, war die wissenschaftliche Zeitungskunde. Er begründete in Berlin, an der Universität, das erste Seminar für Journalistik. Auch an der Handelshochschule und an der Hochschule für Politik dozierte er über Zeitungskunde. Neue und weitausschauende Pläne zur weitern Ausgestaltung dieser Disziplin, mit denen er sich trug, hat er nicht mehr verwirklichen können. Er war Mitbegründer und Leiter der Berliner Verwaltungsakademie jener wichtigen der Fortbildung der Beamtenschaft dienenden Organisation, über deren Aufgaben, Ziele und Wege eine eben jetzt zu ihrem 5jährigen Bestehen von Walter Pietsch herausgegebene Festschrift eingehend Aufschluß gibt. Ein wertvolles Ergebnis seiner tageshistorischen Arbeit ist sein Buch Bismarck und die Juden /Berlin, Dietrich Reimer/, das vielfach ganz neue Tatsachen mitteilt, alte neu beleuchtet, so daß ein Bild entsteht, das von dem gewohnten wesentlich abweicht.

Der belgische Soziologe *Guillaume de Greef* ist Ende August in Brüssel im Alter von 82 Jahren gestorben. Für ihn wurde 1880 der erste Lehrstuhl für Soziologie an der Brüsseler Universität geschaffen. Den Lesern dieser Zeitschrift ist er durch seine hier veröffentlichte Abhandlung Historische Einführung in das Studium der Psychologie (1896 Seite 680 ff., 772 ff.) bekannt geworden.

Kurze Chronik Oskar von Körner /Wien/ stellt der Berliner Handelshochschule jährlich einen Betrag von 500 Goldmark zur Verfügung, der als Preis für eine wissenschaftliche Untersuchung aus dem Gebiet der Handelswissenschaften zu verleihen ist. Die *Preisaufgabe* für dieses Jahr lautet: »Die Vereinfachung des deutschen Steuerwesens vom betriebswissenschaftlichen Standpunkt.« Die Arbeiten der Bewerber sind bis zum 1. Dezember 1924 einzureichen. ◇ Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie hielt unter dem Vorsitz Ferdinand von Tönnies' den 4 *Deutschen Soziologentag* Anfang Oktober in Heidelberg ab. Die Teilnahme an der Tagung, insbesondere aus Deutsch Österreich, war recht groß. Der Leiter des römischen Instituts Cosentini übermittelte die Grüße der Internationalen Gesellschaft für Soziologie. Der Beratungsgegenstand des ersten Tages war die Frage nach den Beziehungen zwischen Sozialpolitik und Soziologie. Zu lebhaften Erörterungen führte das Referat Max Schelers über die Wissenschaft und die

soziale Struktur. ◇ Im Senderaum der Norddeutschen Rundfunkgesellschaft Hamburg wurde am 4. Juli die Hans Bredow-Schule für Volkswissenschaften eröffnet. Es handelt sich um die Begründung einer wissenschaftlichen *Rundfunkgemeinschaft*, die alle belehrenden Vorträge systematisch aufbaut und zusammenfaßt. Die Rundfunkbewegung, betonte der Staatssekretär Bredow in der Eröffnungsansprache, solle aus dem Stadium einer Spielerei auf die Stufe ernsten Arbeitswillens für die Volkserziehung emporgehoben werden. Das Unternehmen teilt sich in eine Schule des niederdeutschen Volkslebens und in eine Schule der Volkswissenschaftslehre für die praktischen Berufsstände, mit besonderen Abteilungen für Landwirtschaft, Handel, Industrie und Handwerk. Auch das Kolonialproblem soll in jede Schule hineingebracht werden. Den Beschluß wird die Schule der Sprachen bilden. ◇ Der ordentliche Professor an der Hamburger Universität *Franz von Gottl-Ottilienfeld* hat den neuerrichteten Lehrstuhl für theoretische Nationalökonomie an der Universität Kiel übernommen. ◇ Da die Erreichung der Altersgrenze für preußische Universitätslehrer auch nach der neuen Gesetzgebung nur die Wirkung hat, daß sie »von ihren amtlichen Pflichten entbunden werden«, nicht aber gezwungen sind die Lehrtätigkeit niederzulegen, ist *Ignaz Jastrow* nicht, wie in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 459) berichtet wurde, aus dem Lehrkörper der Berliner Universität ausgeschieden; er setzt vielmehr seine wertvolle Tätigkeit, zum Nutzen des Berliner akademischen Lebens, fort.

Literatur Zum 60. Geburtstag *Franz Oppenheimers* haben »Schüler, Kollegen und Freunde« sich zur Herausgabe einer Festschrift (Wirtschaft und Gesellschaft /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/) vereinigt. Sie enthält unter anderm Aufsätze des Nationalökonomen Robert Wilbrandt und des Philosophen Leonard Nelson. Ernst Nölting, ein früherer Schüler Oppenheimers, schreibt da über den liberalen Sozialismus Franz Oppenheimers. Bei aller Verehrung für den Jubilar markiert sich doch, wenn auch natürlich in gedämpftem Ton, ein deutliches Bewußtsein der Einseitigkeiten des Oppenheimerschen Reformprogramms, das ohne direkte unmittelbare Beziehung zu den Nöten der industriellen Arbeiterschaft schon aus diesem Grund schwerlich stark propagandistisch wirken werde.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

France † Anatole France, der am 13. Oktober, einige Monate nach seinem 80. Geburtstag, auf seinem Landgut La Béchellerie bei Tours starb, wurde mit staatlichen Ehren zur letzten Ruhe begleitet. Die Parteien einigten sich über seinem Grab, das heißt, jede Partei meinte, das Genie habe zu ihr gehört, das Genie habe für sie die Gedanken ausgedacht, die der Unsterblichkeit sicher sind. Nun, die Frage, ob Anatole France sich zu einem dogmatischen Sozialismus bekannt, oder ob er als Freund altertümlicher Dinge auch an Traditionellem festgehalten hat, ist von geringer Bedeutung. Was er vor allem pflegte, war die Durchleuchtung der menschlichen Seele. Er verließ sich dabei nicht nur auf sein leibliches Auge, obwohl dieses sehr scharfsichtig war. Man muß in seinen Romanen nachlesen, um zu erfahren, an welchen winzigen Eigenschaften er die einzelnen Menschen unterschied. Er war ein großer Physiologe und Physiognomiker. Er kannte unendlich viele Methoden des Lächelns und des Weinens. Aber er blätterte auch in den ehrwürdigsten Chroniken nach, um sich von geistlichen Vorfahren über die Welt der Vergangenheit unterrichten zu lassen, die ihm die Welt der Gegenwart, ja auch die Welt der Zukunft erschließen sollte. Gerade als er starb, erhoben sich die Jüngsten und Stürmischsten unter den französischen Schriftstellern, um zu behaupten, daß diese Gelehrsamkeit des Meisters eine schwächliche Tugend gewesen sei. Sie meinten, Anatole France wäre nur ein geschickter Arrangeur von Ereignissen, die er fleißig aufdeckte. Diese Behauptung stimmt keineswegs, sie ist ebenso dogmatisch wie die Meinung der Politiker, die das Genie für sich in Anspruch nehmen. Anatole France war ein gelehrter Dichter, aber auch ein dichtender Gelehrter. Er ist in seinem ungeheuren Wissensdurst Genies vom Schlag Tolstojs oder Balzacs verwandt. Er ließ sich kein Gebiet der Theologie, des Aberglaubens, der Mystik, der Alchemie und der Sterndeuterei entgehen. Ein Mann von geringerer Universalität hätte sich an dieser Erkenntnis befriedigt. Anatole France trachtete aber weiter. Er betrachtete die Finger des Buchhändlers, der ihm einen Band darreichte. Er suchte die Welt, die ihn umgab, nach den Schwestern der Jungfrau von Orléans oder der orientalischen Kurtisanen des Altertums ab. Er entdeckte überall

Gleichnisse, durch die die Gegenwart mit dem, was war, verknüpft wurde. Er war ein Weiser, und er war gleichzeitig ein Pfadfinder durch die Kleinigkeiten des Alltagslebens. Wäre er nicht so gewesen, dann wäre es ihm nicht gelungen die Tragikomödie des armen, wohnungslosen und brotlosen Menschen zu schreiben, der erst ein Verbrechen begehen muß, bis die Menschheit sich seines Leides und seiner Verlassenheit annimmt. Die praktische Theologie, die Anatole France trieb, indem er die Kirchenväter studierte und die Pariser Straßen, besonders jene in der Gegend des Lateinischen Viertels, durchwanderte, befeuerte die Menschenliebe in Anatole France. Er war ein Skeptiker, den sehr warmes Blut durchfloß. Es gelang ihm ein Kritiker und ein Künstler zugleich zu sein und sogar ein Schriftsteller für den Wochentag. Liest man in seinen Schriften, so wundert man sich über das halbe Dutzend verschiedener Stilarten, die er beherrschte. Er war ein Polemiker, er war ein Lyriker, er war ein Tragiker, ihm stand die politische Satire zur Verfügung. Er konnte mit Schimpfworten um sich werfen, wenn es galt die Niedertracht der politischen Leidenschaften und des falschen Nationalismus zu entlarven. Er konnte aber auch unendlich kosen und wie eine säugende Amme schmeicheln, wenn er von kleinen Kindern erzählen sollte. So wurde das Buch, in dem er seine eigene Jugend beschrieb (Der kleine Peter /München, Kurt Wolff/), ein Werk der Zärtlichkeit, für das die liebenden Mütter dem liebenden Meister ewig dankbar bleiben werden. Anatole France war ein Lateiner, das heißt, er war in allen den Schriften zu Hause, die seine Landsleute hervorgebracht hatten; er schmiegte sich mit Geschmeidigkeit und Vorliebe in jene harmonischen und rhythmischen Sprachschöpfungen ein, die irgendwie von lateinischen Köpfen inspiriert worden waren. So kam es, daß nur wenige ihn in fremde Sprachen übersetzen konnten. Er war so sehr Franzose, daß selbst die Italianisierungen seiner Schriften hart klingen, geschweige denn die Übersetzungen in das Deutsche oder gar Englische. Man konnte kaum die Anmut seiner Bücher empfinden, wenn man sie nicht französisch las. Er war ein ungeheurer Melodiker, aber ein Melodiker, der mit ganz bescheidenen und schlichten Mitteln arbeitete. Er liebte es niemals seine Sprache zu orchestrieren. Man konnte ihn nüchtern finden, wenn man nicht den geheimen vibrierenden Sinn dieses besondern Anatole France-Stils entdeckte. Wenn er trotzdem ein Schriftsteller von europäischer Geltung wurde, so geschah das, weil er die Gehirne außerordentlich von verstaubten Gedanken reinigte. Anatole France war der Aufklärer des 20. Jahrhunderts. Er war ein anderer Aufklärer als die des 18. Jahrhunderts, auch ein anderer als Ernest Renan oder die Historiker, die liberalen Anschauungen huldigten. Seine Vernunft war immer tief hineingetaucht in das Blut des Herzens. Das starke soziale Gewissen zitterte in ihm. Selbst wenn er einen Hund schilderte, der von einem soldatischen Narren gebraucht wurde, um als bunt ausstaffierte Puppe die Gloriole eines historischen Pompes zu bezeugen, dann wagte er es niemals sich vollständig über den Bajazzo oder über den mißbrauchten Hund lustig zu machen. Er sah eben auch in dem Tier noch ein Stück von der Seele, die in Alkibiades gewohnt hat. Die Aufklärer des 18. Jahrhunderts glaubten nur, daß noch in den Negern ein Stück von dieser Alkibiadesseele vorhanden sei. Dieses Ausbreiten des Gefühls, das nicht vor den Nebenmenschen haltmachte sondern auch zu den Tieren, zu den Steinen und den Pflanzen hinüberwanderte, zeichnete den Aufklärer Anatole France aus, den großen Entschleierer des Aberglaubens, der nach 1900 noch nicht ausgestorben war. Seit 2 Jahrzehnten wurde Anatole France in Deutschland gelesen, seine Tragikomödie von Crainquebille wurde in deutschen Theatern gespielt. Der Verlag Kurt Wolff und der Musarionverlag erwarben sich große Verdienste um die Popularisierung von Anatole France in Deutschland. Der Musarionverlag will sich keines seiner erzählenden Bücher entgehen lassen, und die deutsche Gesamtausgabe seiner Werke ist dort im Entstehen. Sie ist dort gut aufgehoben. Das Bild, das Eugène Carrière von Anatole France gemalt hat, ist vor 14 Jahren in den Sozialistischen Monatsheften (1910 II Seite 994) wiedergegeben worden. Wir werden das Bild dieses Mannes, der der größte Geist Europas nach dem Tod August Strindbergs war, noch oft betrachten müssen, um uns von ihm aufrütteln zu lassen, damit wir desto leidenschaftlicher nach Klarheit vordringen, je dunkler die Dinge selbst sind.

Lyrik

Die Teilnahme an dem Schwalbenbuch *Ernst Tollers* /Potsdam, Gustav Kiepenheuer/ wird stets mit der Erbitterung darüber verbunden sein, daß die

Zuchthaustyrannen den Schwärmer so lange von der Welt abschlossen. Natürlich konnte der Jüngling, der so eifrig von der Schönheit und vom Frieden abgesperrt wurde, nicht reine Formendichtung schaffen. Er mußte grübeln. Weiß einer denn, wie er körperlich gelitten hat, wie er verurteilt war seine Sinne abzutöten? Es ist eigentlich ein Wunder, daß er nicht zu toben anfing und sich in eine Atmosphäre der lautern Menschenliebe hineinzwang. Diese Menschenliebe wurde nun auch zur Tierliebe. Er erlebte es, daß einige Schwalben vor seinem vergitterten Fenster ihr Nest bauten. Und alles Dasein der Zärtlichkeit ist ihm in dem Familienleben dieser Schwalben aufgegangen.

Ganz anderes Glück wurde dem Lyriker *Armin T. Wegener* zuteil. Er konnte durch die Welt ziehen, im Westen und Osten Städte und stattliche Menschen und wunderliche Natur betrachten, überall seine Gedanken ansiedeln, in allen Kunstformen sich betätigen, ohne daß jemand ihn einschränkte. Gewiß, es war ein starker Wille notwendig, um dieser heimischen und fremden Welt Herr zu werden. Wegener entwickelte sich in dieser Freiheit zu einem sehr kultivierten Dichter, zu einem Künstler des kulturellen Erlebnisses. Die Straße mit den tausend Zielen heißt das Buch, das er als Auszug seiner früheren Gedichtbände darbietet /Dresden, Sibyllenverlag/.

Die Dichtungen Wegeners bilden eine Weltmär, von irdischen Diesseitigkeiten. *Hans Ossenbach* wollte eine Mär des Transzendenten schreiben, die Geschichte der Gestirne und die Legende der Tiere, die das All zusammenfügen, damit nichts von den Phantasieen des Schöpfers verloren geht (Weltenmär /Berlin, Volksverband der Bücherfreunde/). Seit dem Messias Klopstocks wurde das immer wieder versucht, besonders von Theodor Däubler, der die Ursprünglichkeit des Mythos wiedersucht. Ossenbach will gleiches. Er ist ein Grübler. Man weiß aber nicht recht, in welchem Augenblick seine Kosmogenie sangbar wird.

Alfred Mombert, der Kosmiker, war Pate dieser Weltenmär und auch bei den Dichtungen *Karl Theodor Bluths* /Leipzig, Inselverlag/, der dazu noch von Hofmannsthal und dem Georgekreis gelernt hat. Bluth beschränkt sich nicht auf das leichtfertige Hinsingen, er drechselt, er sucht, es wird ihm offenbar schwer, er ist ein Alexandriner. Er entgeht auch mit Absicht dem Alltag, um stets über den Sternen zu wandeln. Solche Seligkeit, die dem Firmament näher ist als der Erde, ist aber doch leichter zu erwerben als die Gläubigkeit vor dem schäbigen, verräucherten Alltag.

Die Lyrik des Alltags, mag der Alltag nun auf der Straße, in der Fabrik, in der Kaschemme liegen, wird von dem Lyriker nur dann erobert, wenn er den Rhythmus dieses Alltags neu findet und neu formt. *Walter Mehring* ist solch ein Finder. Er scheut sich nicht für das Cabaret zu dichten. Seine Verse hatten stets etwas unendlich Aufreizendes, sie klingen mit unseren Nerven zusammen. Sie gaben ein blitzendes Theater von dem, was uns sehr nahe ist. Schon wird der Lyriker Mehring, der beinahe zum Klassiker des modernen Cabarets wurde, ein Gelehrter. Er will die Enzyklopädie seines Alltags, den er allein dichterisch faßt, schreiben. Er will heraus aus dem Berliner Rummel, in die freie Welt. Er dichtet Europäische Nächte /Berlin, Elena Gottschalk/, ein Gesangbuch des Wurzellosen, der vom einlullenden Philistertum ausgestoßen ist. Es ist eine tragische Lyrik, die nur ein Ausgereifter dichten konnte, der mit der richtigen Schnauze wittert, ohne großschnauzig zu sein. Der Dichter will nicht über die gemeine Umwelt hinausragen, er will alles mit sehnsüchtigen Nüstern und Nerven einschlürfen und einsaugen. Er ist modern geboren, er hat sich nicht zum Modernen erzogen und gezwungen.

Der Amerikaner *Edgar Lee Masters* ist verwandt mit dem Berliner Walter Mehring. Er ist auch so ein Barde des Dasseins, das uns unmittelbar die Haut berührt. Er ist auch so ein Enzyklopädist von kleinen Leuten, von Bürgern und Verkommenen. Die Toten von Spoon River, die er heraufbeschwört /München, Deutschlandverlag/, sind allerhand verkrümmtes Menschenwesen, dem er in der kleinen Stadt begegnete, Männlein und Weiblein mit Schrullen und Schmerzen, die er in die Unsterblichkeit hineinreißt. Es ist eine Gegenwartskunst, eine Dokumentenkunst des Lyrischen.

Ganz anderer Art sind die Lyriker, die sich um Otto zur Linde geschart haben. Einer von ihnen, *Rudolf Paulsen*, nennt seinen schmalen Gedichtband Die kosmische Fibel /Leipzig, H. Haessel/. In diesem Buch stehen apokalyptische Gesiche, heilige Musik, Hymnen auf Reger und Bach, eine nächtliche Predigt:

»Dies gab ich allen Völkern und an jeden Menschen:
Das Buch des Anfangs aus der Ende-Zeit.«

Hymnische Lyrik bringt auch *Leo Graf Lanckoronski* (Der sehr vergebliche Tod des sehnsuchtsreichen Sebaldus /Hannover, Wolf Albrecht Adam/).

Die Gedichte *Kurt Klaebers* (Neue Saat /Jena, Jenaer Volksbuchhandlung/) verraten eine volkstümliche Gesinnung. Er lebt, indem er sich seine Nebenmenschen, die Maschinen und die Schar der Arbeiter ansieht und das, was er in ihrem Reich gesehen hat, der Welt da draußen verkündet.

Das Gut der Sprache weiß *Brunold Springer* achtungsvoll zu wahren. Die 12 Sonette, die er dichtet, um König Davids letzte Liebe zu besingen /Leipzig, Ernst Oldenburg/ entspringen aber nicht etwa der selbstsüchtigen Liebhaberei für das große Wort. Die Flamme, die Springer zehrt, kommt aus reinen Quellen. Noch ist er artistisch gebunden. Noch finden sich gewisse Formeln bei ihm, die an Vorbild und Nachbildung erinnern. Er entdeckt sich aber schon selbst, er schwankt nicht nur herum in dem flirrenden Gefühl. Die Liebe des David zu Abigail, der Magd, zeugt den Messias, jenen Wohltäter der Menschen, der später evangelistisch geboren, gekreuzigt und geheiligt werden sollte.

Der Dichter der bolschewistischen Marseillaise ist *Demjan Bjednij.* »Wir sind des Weltbrands Riesenflamme, die glühend schon den Himmel leckt.« An unbedenklicher Großmäuligkeit fehlt es dem Bolschewismus auch in der Dichtung nicht. Nur ist es da mit der Prätention allein doch nicht gemacht. Diese Marseillaise wird nicht wie das unsterbliche Gedicht des Rouget de Lisle, das von selbst die aufregendste Melodie der Welt fand, noch im nächsten Jahrhundert die Menschen faszinieren. Sie ist eine privilegierte Staatslyrik, unterstützt vom Staat, hochgehalten von den bolschewistischen Staatsgrößen. Johannes R. Becher hat die Lyrik Bjednijs verdeutscht (Die Hauptstraße /Wien, Wiener Verlag für Literatur und Politik/).

Sammlungen Herders Verlag in Freiburg läßt durch Otto Hellinghaus eine *Bibliothek wertvoller Novellen und Erzählungen* herausgeben: Volkstümliches von Scheffel, Stifter und Anzengruber, das immer auf Leser rechnen kann, das man gern neu gedruckt sieht. Hermann Hesse bringt im Verlag Seldwyla in Bern eine *Bibliothek merkwürdiger Geschichten* heraus. Er trifft die Auswahl von Jean Paul, Achim von Arnim und den Novellisten der Renaissance nach seiner Art, vielleicht nach seinem Eigensinn. Aber er hat einen so guten Geschmack, daß man sich ihm ohne weiteres anvertrauen kann. Und der Leser wird gut unterhalten.

Johannes Hertel gibt für den Verlag H. Haessel in Leipzig eine Sammlung *Indische Erzähler* heraus, Chroniken einer dunkeln Vergangenheit, die Dichtung und Geschichte mischen (siehe die Rundschau Neuerscheinungen, 1923 Seite 769 f.). Der gelehrte Sprachforscher tut alles, um seinen Geschmack auf ein ungelehrtes Publikum zu übertragen. Und das Ergebnis lohnt die Mühe und die Liebe, die daran gewendet wurden.

Das von Karl Simrock ins Neudeutsche übertragene Nibelungenlied wird in *Kröners Taschenausgaben* wiedergedruckt. Man freut sich dieser Wiederbegegnung und stellt zusammenfassend fest, daß alle Ausgaben dieser Sammlung mit bibliophiler Behutsamkeit und Freude hergestellt wurden. Nicht das kostbare Buch des Reichen sollte geschaffen werden sondern das schöne und erschwingliche Buch für denjenigen, dem Bücher etwas bedeuten.

Der unermüdliche und zu Opfern für das Geistige sehr bereite Verlag Eugen Diederichs in Jena läßt die Sagensammlungen fortsetzen, die die Folklore der ganzen Erde beleuchten sollen. Neben den griechischen, flämischen, rheinischen, westländischen und exotischen Sagen steht der *Deutsche Sagenschatz*, herausgegeben von Paul Zaunert. Ein Band enthält Böhmerwald-, ein anderer schlesische Sagen. Die schlesischen Sagen bearbeitete Will Erich Peuckert, der saftige Dichter des Luntroß. Man weiß, daß er nichts Totes zu einem künstlichen Leben zurückrufen will. Rübezahl ist der große Wundermann der schlesischen Berge. Für die Böhmerwaldsagen ist Gustav Jungbauer verantwortlich, ein Bewunderer Adalbert Stifters, der im Heimatlichen auch nur die Welt sucht und nicht vergißt, daß es beinahe unsittlich ist sich hinter seinen Pfählen zu verschanzen.

Eine ebenso wertvolle Sammlung des gleichen Verlags: *Thule*, die altnordische Dichtung bringt, hat bereits ihre 2. Reihe eröffnet. Es erschienen in ihr Isländische Heldenromane, die Vorlagen für Wagners Nibelungen, die Vorstufe zum mittelhochdeutschen Nibelungenlied. Paul Herrmann hat sie mit philologischer Gewissenshaftigkeit, aber auch mit kultureller Einfühlung herausgegeben.

Für Lehrzwecke gut geeignet sind die kleinen französischen Textausgaben der *Bibliothèque Française*, die die Gesellschaft zur Verbreitung zeitgemäßer Sprachmethoden in Kempten erscheinen läßt. Es sind kleine, schöne Werke, zu den besten und auch seltenen Dichtun-

gen gehörend. So Mussets Emmeline, Mérimées Arsène Guillot. Grammatik und Liebe zur Dichtung werden gleichzeitig gefördert.

Neuausgaben Die Werke *Lichtenbergs* wurden von Rudolf Karl Goldschmitt neu herausgegeben /Stuttgart, Walter Haedecke/. Philosophie, Kunstgeschichte, Theater, Frauenwesen, Politik, Naturwissenschaften, Prophetie: das strömte alles aus dem verwachsenen Mann hervor, der ein bescheidenes Professorenamt verwaltete und von den deutschen Klassikern hoch geehrt wurde. Lichtenbergs aphoristisches Denken hat die größten deutschen Dichter entscheidend beschäftigt, sein aphoristischer Gedankensplitter von der Unsicherheit der Sinnenwahrnehmung hat Kant so heftig erschüttert, daß er ihn in dem Riesenwerk von der Kritik der reinen Vernunft mit dem Heiligtum der mächtigsten Philosophie umbaute. Lichtenbergs Sprache ist heute noch lebendig. Goldschmitt hat seine Ausgabe sehr sorgfältig gemacht. Allzu große Bescheidenheit hinderte ihn die Leser in nahe Berührung mit den Lichtenbergschen Lebensumständen zu bringen.

Wenn Hugo Bieber deutsche Gestalten und Denkwürdigkeiten ausgräbt, um sie als Gabe des Sibyllenverlags den Lesern wieder zu vermitteln, dann will er die Physiognomik des deutschen Künstlers der Vergangenheit von allen Seiten beleuchten. Er hat sich da einen eigenen Weg zur Erfassung des deutschen Geistes »in seinem Wesen und Schicksal, in seiner Bildung und Wirkung« gerodet. Er überschätzt da leicht die entzündliche Kraft der Stimmung, die ihn selber treibt; er ist ein zu guter Organisierer von historischen Gedanken, um sich lange bei dem Individuellen aufzuhalten. Der Wert seines Programms wird durch solchen Zug zum Allgemeinen nicht vermindert. Als erstes Stück seiner Sammlung werden die Kindheitserinnerungen *Jean Pauls* geboten.

Der Verlag Ernst Rowohlt in Berlin bringt das Gesamtwerk *Balzacs* deutsch heraus, in kleinen, sehr handlichen, sehr sauberen und sorgfältig gedruckten und gebundenen Bänden. Die Menschliche Komödie, die Balzac erträumte, ist heute noch sehr lebendig, und sie wird es immer bleiben: in Frankreich, in Deutschland, in den anderen Ländern des Kontinents, überall, wo wirkliche Menschen leben. Die Buchhändler waren bisher verleitet Balzac wie eine riesige Kolportage zu vertreiben. Sie vergaßen, daß ein Klassiker der Phantasie und ein Sprachkünstler zu bewältigen war, der sich die Welt der Wirklichkeit und die Welt der Kunst gigantisch unterwarf. Man braucht nicht zu befürchten, daß diese lieblichen Bände der neuen Gesamtausgabe das Gewicht des Giganten verringern. Vielleicht wird ihn mancher zu leicht nehmen, zu leicht und zu oberflächlich lesen und nicht merken, daß Abgründe und Tiefen zu ergründen sind, die immer neue Forschung und aufklärende Treue verlangen. Aber immer wird es auch Menschen geben, die gerade dies ahnen, und die, nachdem sie einmal angefangen haben Balzac zu lesen, nicht mehr von ihm losgelassen werden.

Die Nachdichtungen der Gedichte *Giacomo Leopardis* durch Franz Spunda /Leipzig, Wolkenwandererverlag/ zeigen den italienischen Romantiker in seiner Innigkeit, in seiner Mondbegeisterung, in seiner Blumenliebe, in seiner Zärtlichkeit zu Verwandtschaften und Freunden. Spunda hat diese Verse in ihrer süßen Rhythmik und in ihrem flüssigen Reim verdeutscht. Eine Auswahl der Werke Leopardis übersetzte auch Ludwig Wolde (Ausgewählte Werke /Leipzig, Inselverlag/). Sie gibt ein erweitertes, beinahe vollständiges Bild des italienischen Romantikers, der tief in den Geist der Geschichte eindrang, der sich mystisch abquälte, der auch eigene Liebesleidenschaften und allgemeine politische Kämpfe zu bestehen hatte.

Ehe *Bernard Shaw* seine satirischen und den englischen Spleen angreifenden Komödien schrieb, verfaßte er einige sehr unterhaltende, in der Technik ganz lose aufgebaute, aber doch von einem vollgeladenen Menschen und Spötter herstammende Romane. Es sind das Künslerliebe, Die törichte Heirat, Der Amateursozialist und Cashel Byrons Beruf. In diesen Büchern wird die englische Borniertheit, die bloß den Mann mit dem gutgeschnittenen Kleid und den disziplinierten Manieren anerkennt, aber wenig von dem originalen Kopf und dem warmen Herzen wissen will, tüchtig gegeißelt. Shaw hatte es schwer seine Romane, die ganz von der Strickstrumpf- und Hochkirchenliteratur abwichen, unterzubringen. Er mußte sie in kleinen sozialistischen Zeitschriften veröffentlichen. Meist gingen die Zeitschriften ein, ehe das ganze Werk überhaupt gedruckt war. Hätte Shaw nicht Europa mit seinem Theater gewonnen, dann wären auch seine Romane vergessen. Dabei hat er den Geschäftspolitiker, der mit Geld und

geschwollenen Worten Politik treibt, genau so herzlos wie er Sport- und Börsengeschäfte treibt, gründlich entlarvt. Shaw ist kein Satiriker, der ohne Gefühl dichtet. Es gehört ja zu den gewinnenden Eigenschaften seines Talents, daß er auch die reichen Leute an sich heranzieht, und da er ein Wagnerschwärmer ist, der allerdings von dem Bayreuther Evangelium, wie es heute gepredigt wird, in mächtigem Schwung abschwenkt, so widmet er alle seine Liebe den jungen Künstlern und ihrem schwärmenden Anhang. Man erstaunt, daß er alle Probleme so problemlos meistert. Es ist der Vorzug seiner Romane, die nun in neuer deutscher Ausgabe bei Gustav Kiepenheuer in Potsdam erschienen, daß sie die Kunstmittel, die auch der schlichte Mann begreift, anwenden, um Fragen zu lösen, deren Bedeutung der Weise erst recht erkennt.

Kurze Chronik In Querfurt, dem Geburtsort Johannes Schlafs, wurde am 21. Juni, an seinem Geburtstag, eine *Gesellschaft der Freunde Johannes Schlafs* begründet, die die Verehrer des Dichters sammeln und seine Schriften verbreiten will. ◇ Am 15. Juli wurde *Ernst Toller* aus der Festung Niederschönenfeld entlassen. ◇ In Borowitschi wurden im Hausarchiv des frühern Gutsbesitzers Putilow unveröffentlichte Manuskripte *Puschkins* entdeckt: 10 Arbeiten, von denen 5 in russischer und 5 in französischer Sprache geschrieben sind; sie enthalten unter anderm ein Gedicht über Napoléons Feldzug in Ägypten, russische Volkssagen, Soldatenlieder und ein Gedicht auf den Zaren Nikolaus I. ◇ Der Nachlaß *Detlev von Liliencrons*, der aus einer großen Anzahl von Manuskripten und Heften mit Entwürfen zu Dichtungen, zahlreichen Ausgaben der Werke Liliencrons mit handschriftlichen Verbesserungen und Korrekturen besteht, ist für 30 000 Mark und Bewilligung einer lebenslänglichen Rente von jährlich 2000 Mark an die Witwe des Dichters vom Hamburger Senat erworben und der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburgs überwiesen worden. In Alt Rahlstedt bei Hamburg ist eine Gedenktafel für Liliencron enthüllt worden. ◇ Aus Anlaß ihres 60. Geburtstags wurde *Ricarda Huch* zum Ehrendoktor der Münchener Philosophischen Fakultät ernannt; die Stadt München gab einer Straße den Namen der Dichterin und die Martin Bodmer-Stiftung erkannte ihr eine Ehrengabe von 1000 Franken zu. –

KULTUR

Landwirtschaft / Fritz Baade

Deutsche Landwirtschaftstagung 1924 Vom 22. bis zum 26. September tagte in Würzburg die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft. Der Tagungsort, gerade auf der Grenze zwischen Nord- und Süddeutschland gelegen, bestimmte in augenfälliger Weise den Gang und das Ergebnis der Verhandlungen, so daß sich ein anschauliches Bild von der Verschiedenheit und der Zusammenarbeit der nord- und der süddeutschen Landwirtschaft ergab. Wie stets die Tagungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, war auch diese eine Art Ausstellung des geistigen Lebens in der Landwirtschaft. Was die norddeutsche Landwirtschaft in diesem Wettstreit aufzuweisen hatte, war fast durchweg aus den Erfahrungen musterhafter Großbetriebe gewonnen. Süddeutschland wiederum führte Höchstleistungen auf dem Gebiet der organisatorischen Zusammenfassung seiner bäuerlichen Betriebe vor: die Erfolge der staatlichen und genossenschaftlichen Betriebsberatung. Man gewann den Eindruck, daß mit der Kombination beider Methoden sehr viel zu erreichen sein müsse, daß sowohl die norddeutsche Landwirtschaft von der süddeutschen als auch die süddeutsche von der norddeutschen sehr viel lernen könne. Zurzeit ist dieser Austausch noch etwas einseitig. Während die süddeutsche Landwirtschaft und Agrarverwaltung sich die Erfahrungen der norddeutschen Großbetriebe eifrig zunutze macht, sind in Norddeutschland, wo es außer Großbetrieben doch ebenfalls einen zahlreichen und volkswirtschaftlich wichtigen Bauernstand gibt, die süddeutschen, speziell die bayrischen Methoden der landwirtschaftlichen Berufsausbildung und Betriebsberatung noch viel zu wenig bekannt und ausgenutzt.

Die einzelnen Vorträge und Diskussionen zeigten vor allem das hohe Interesse, das in allen Kreisen der deutschen Landwirtschaft für die Grünlandbewegung besteht. Der Vortrag des Tierzuchtdirektors Gutbrod /Würzburg/, betitelt Ist wirklich Grünland überall Voraussetzung einer einträglichen Rinderzucht?, bot ein interessantes Bild der Leistungen der oberfränkischen Viehzucht und des genossenschaftlich organisierten Kleinbauernstandes. In dem gelben Frankenvieh hat sich die fränkische Landwirtschaft eine Rindviehrasse geschaffen, die, unter Verzicht auf hochgesteigerte Milchleistungen, an Mastfähigkeit, Arbeitslei-

stung und Widerstandskraft gegen Krankheiten allen Anforderungen der dortigen Betriebsweise gerecht wird. Und diese Leistungen mußten, bei dem fast völligen Fehlen von Wiesen und Weiden, "ohne Grünland", das heißt bei Stallfütterung, erreicht werden. Allerdings bietet der ausgedehnte Feldfutterbau, vor allem der Luzernebau, einen weitreichenden Ersatz für die Dauerfutterflächen. Es wurde daher in der Diskussion betont, daß die Leistungen der unterfränkischen Rinderzucht doch nicht eigentlich "ohne Grünland" erzielt worden sind, und daß diese Leistungen vor allem nicht gegen die Notwendigkeit der Grünlandbewegung sprechen. Es ist nur nötig den Begriff der Grünlandbewegung genügend weit zu fassen, so daß er auch die Förderung des Feldfutterbaus, vor allem des Luzernebaus, mit einschließt. Diese Auffassung der Grünlandbewegung deckt sich also durchaus mit der in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 201 ff.) vertretenen Ansicht, daß von den 3 Komponenten der Grünlandbewegung: der tierzüchterischen (Weidegang), der wirtschaftlichen (Autarkie der Futterversorgung) und der pflanzenzüchterisch-betriebstechnischen, diese 3. die wichtigste ist. Wo daher, wie in den Muschelkalkgebieten, die geologischen und klimatischen Bedingungen dem Weidebetrieb allzu große Schwierigkeiten bieten und gleichzeitig den Luzernebau so hervorragend begünstigen, sollte die Grünlandbewegung nicht die Anlage von Dauerweiden propagieren sondern das Hauptgewicht auf die Ausdehnung und Verbesserung des Feldfutterbaus legen. Auch die Vorträge des Direktors Müller /Ruhlsdorf/ über neuzeitliche Schweinefütterung unter besonderer Berücksichtigung der in der eigenen Wirtschaft erzeugten Futtermittel und über die Anforderungen, die an einen guten Schweinestall zu stellen seien, hatten zahlreiche Berührungspunkte mit der Grünlandbewegung. Zumal beim Bau von Schweineställen haben die neuzeitlichen Erfahrungen über eine naturgemäßere Aufzucht geradezu umstürzend gewirkt. Man hat eingesehen, daß es unmöglich ist in den mit vielen Kosten errichteten "Zementpalästen" gesunde Tiere aufzuziehen, und geht immer mehr zur Aufzucht mit ausgedehntem Weidegang und Aufenthalt im Freien über. Der modernste Schweinestall (System Lochow) besteht nur aus einer doppelten Lage von Kiefernstangen, die eine Zwischenfüllung von Kiefernnadeln erhalten, mit einem Dach von Ziegeln oder Rohr. Während so der rationelle Großbetrieb gewissermaßen wieder zu den ganz primitiven Formen der früheren bäuerlichen Ställe zurückkehrt, beobachtet man allerdings oft genug, daß gleichzeitig die Bauern bei ihren Neubauten die "Zementpaläste" nachahmen, die ihnen auf den Gütern so imponierten.

2 weitere Vorträge waren ausschließlich den Fragen des Futterbaus gewidmet: Klee- und Grassamenerzeugung und -handel behandelte der Professor Voigt /Hamburg/, Luzernebau und Luzernesamengewinnung in Unterfranken Lochner /Erbachshof bei Würzburg/. Leider ergaben beide Vorträge, daß das in letzter Zeit viel besprochene Ziel den deutschen Futterbau vom Import ausländischer Saaten unabhängig zu machen und ihn aus der heimischen Erzeugung mit einem akklimatisierten und darum den ausländischen Herkünften überlegenen Saatgut zu versorgen noch in weiter Ferne liegt. Nach Voigts Ansicht vermag insbesondere die deutsche Produktion an Klee- und Luzernesaat nur einen ganz geringen Teil des Bedarfs zu decken. Günstiger liegen die Aussichten bei den Grassaaten. Außerdem bestätigte die Diskussion, daß, worauf schon in der oben erwähnten Rundschau hingewiesen wurde, die Futterpflanzenzüchtung überall noch ganz in den Anfängen steckt. Wenn zum Beispiel heute der deutsche Landwirt sich bemüht fränkisches Luzernesaatgut zu erhalten, so garantiert auch das renommierteste Erzeugnis (etwa aus Iphofen oder Gnötzheim) ihm lediglich in seiner Provenienz eine bessere Anpassung an das deutsche Klima als die ausländischen Sorten. Von einer Gleichmäßigkeit und Beständigkeit der Art, wie man sie von jeder Getreidesorte verlangt, kann vorläufig keine Rede sein. Noch viel weniger gibt es Luzerne- und Kleesaaten, die auf bestimmte Eigenschaften und Leistungen planmäßig hochgezüchtet sind. Die Züchtung der Getreidearten hat vor der der Futterpflanzen einen jahrhundertelangen Vorsprung. Dafür liegen aber auf dem Gebiet der Futterpflanzenzüchtung sämtliche Erfolge noch vor uns. Um den Bericht über die mit der Grünlandfrage zusammenhängenden Veranstaltungen vollständig zu machen, sei noch die Vorführung des Grünlandfilms erwähnt. Dieser, unter der Leitung des Professors Zorn /Breslau/ angefertigt, ist namentlich in seinem tierzüchterischen Teil ausgezeichnet.

Das andere Thema der Würzburger Tagung war die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft. Obwohl nur ein einziges

Referat ausdrücklich betriebswirtschaftlichen Fragen gewidmet war, gab doch fast jedes Referat und jede Diskussion Veranlassung zu solchen Fragen Stellung zu nehmen. Das Problem, das heute jeden vorwärtsstrebenden praktischen Landwirt beschäftigt, ist das, ob die gegenüber den Inflationsjahren veränderte wirtschaftliche Lage es nötig macht den Intensitätsgrad des Betriebs zu verändern, ob den heutigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch eine Herabsetzung oder durch eine Steigerung der Intensität zu begegnen ist. Es ist ein sehr erfreuliches Zeichen für den Wirklichkeitssinn der deutschen Landwirte, daß, obwohl in den Kundgebungen der landwirtschaftlichen Verbände immerfort das Gespenst der Extensivierung an die Wand gemalt wird, die wirklich führenden praktischen Landwirte sich allgemein für die Intensivierung entscheiden. Demgemäß wurde auch in Würzburg von niemandem ernstlich die Extensivierung empfohlen. Wenn in dem oben erwähnten Referat über Luzernebau die Notwendigkeit den Futterbau auszudehnen betont, und diese Ausdehnung des Futterbaus gleichzeitig als eine »notwendige Extensivierung der Betriebsorganisation« bezeichnet wurde, so liegt lediglich eine ungenaue Begriffsdefinition vor. Eine Vermehrung des Futterbaus bedeutet bis auf verschwindende Ausnahmen bei dem gegenwärtigen Zustand des größten Teils der landwirtschaftlichen Betriebe nicht eine Extensivierungs- sondern eine Intensivierungsmaßnahme. Ganz besonders trifft dies für den Feldfutterbau zu. Wenn auch bei vermehrtem Futterbau in einem Punkt des Betriebs an Arbeitsleistungen gespart wird, so geschieht dies doch nicht in erster Linie, um am Gesamtaufwand zu sparen, sondern um diese Arbeitsleistungen an einem andern Punkt des Betriebs vorteilhafter zu verwenden. Das Entscheidende aber ist, daß bei einer Vermehrung des Futterbaus der Gesamtrohertrag des Betriebs in den allermeisten Fällen nicht herabgesetzt sondern gesteigert wird. Von Extensivierung im Sinn einer volkswirtschaftlich unerwünschten Maßnahme kann man aber nur dann reden, wenn die Landwirtschaft durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen wird ihre Reinerträge durch Verzicht auf hohe Roherträge aufrechtzuerhalten, indem allgemein die Aufwendungen vermindert werden. Eine Maßnahme wie die Ausdehnung des Futterbaus, die die Roherträge nicht herabsetzt sondern steigert, kann, auch wenn damit Ersparnisse im Aufwand verbunden sind, nicht als eine Extensivierung sondern nur als eine Rationalisierung der Betriebe bezeichnet werden. Ihre entscheidende Behandlung fand die Frage nach den durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezogenen Intensitätsgrenzen in dem ausgezeichneten betriebswirtschaftlichen Referat Sagawes. Mit Hilfe seiner aus Buchführungsergebnissen ermittelten Tabellen wies Sagawe nach, daß natürlich an sich solche Intensitätsgrenzen bestehen. Von einer gewissen Grenze ab bewirkt eine weitere Steigerung eines bestimmten Produktionsfaktors, etwa des Kunstdüngeraufwands, zwar noch eine Steigerung des Rohertrags, aber ein Stillstehen und schließlich ein Sinken des Reinertrags. Wo diese Grenze aber liegt, hängt nicht nur von den Preisverhältnissen sondern in weitgehendem Maß von der Fähigkeit des Betriebsleiters ab. In einem gutgeleiteten Betrieb läßt sich jeder einzelne der Produktionsfaktoren bis zu einer sehr viel höhern Grenze steigern, ohne daß der Reinertrag sinkt, als in einem schlecht geleiteten. Sagawe kam zu dem Ergebnis, daß die weitaus überwiegende Mehrzahl der deutschen Landwirte nur durch Intensivierung ihre Reinerträge erhalten könne. Nur bei den wenigen Betrieben, die bisher schon mit einem Höchstmaß von Intensität geführt wurden, kann unter Umständen eine Möglichkeit vorliegen den Reinertrag durch eine Verminderung des Aufwands zu verbessern. Aber auch hier handelt es sich meist nicht um eine allgemeine Herabsetzung des Aufwands sondern um eine bessere Berücksichtigung des Gesetzes vom Minimum, eine gleichmäßigere Verteilung des Aufwands auf sämtliche Produktionsfaktoren. Dieser Gedanke hätte vielleicht etwas schärfer zum Ausdruck gebracht werden können. In der Tat wird fast in jedem Fall, wo der Reinertrag durch eine zu hohe Intensität an einem einzelnen Punkt beeinträchtigt ist, ein Fehler in der Betriebsorganisation vorliegen. Eine Vermehrung des Aufwands bei dem ins Minimum geratenen Faktor wird daher in solchen Fällen den Reinertrag wirksamer steigern als eine Herabsetzung der Intensität. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die hochintensiven Betriebe in den meisten Fällen zu den gutgeleiteten Betrieben gehören, bei denen nach Sagawes eigenen Ausführungen die Grenze der zulässigen Intensität besonders hoch liegt. Eine Ausnahme bilden nur die zum Glück seltenen Fälle, wo ein hochintensiver Betrieb in die Hände eines untüchtigen Besitzers

geraten ist. Hier wird man aber wohl den Interessen des Besitzers wie denen der Allgemeinheit besser durch den Rat gerecht werden, daß er seinen Betrieb einem Tüchtigern überlassen solle, als ihm zu empfehlen die Intensität auf das seinen Fähigkeiten entsprechende Maß herabzudrücken.

Deutschland Der plötzliche Umschwung in der wirtschaftlichen Lage der deutschen Landwirtschaft hat außer einer Flut von Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften nunmehr auch einige zusammenfassende Darstellungen hervorgebracht. Da diese Abhandlungen aber ebenso wie die meisten Artikel wenig eigenes neues Material bringen sondern in der Hauptsache aus bestimmten, bei näherm Zusehen ziemlich dürftigen Quellen schöpfen, sollen zunächst diese Quellen selber behandelt werden. Außer den bekannten regelmäßigen Veröffentlichungen der amtlichen Statistik (Statistische Jahrbücher des Reiches und Preußens, Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, Wirtschaft und Statistik und die Veröffentlichungen des Preußischen Statistischen Landesamtes) sind dies vor allem einige Sonderdarstellungen, nämlich Deutschlands Wirtschaftslage unter den Nachwirkungen des Weltkrieges, zusammengestellt im Statistischen Reichsamt /Berlin, Zentralverlag/ und Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen, im Auftrag der Reichsregierung den von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigenausschüssen übergeben /Berlin, Zentralverlag/. Beide Denkschriften sind außerordentlich reichhaltig und belehrend.

In der Denkschrift von 1923 nehmen die Folgen der Gebietsabtretung infolge des Friedensvertrags einen besonders breiten Raum ein. Tabellen und geographische Darstellungen zeigen, daß die Verminderung der landwirtschaftlich genutzten Fläche mit 14,2 % den Bevölkerungsverlust von etwa 10 % weit übersteigt. Der Verlust an Roggenanbaufläche beträgt sogar 17,7 %. Leider wird eine Umrechnung der Flächenverluste unter Berücksichtigung der Hektarerträge in den verbliebenen und verlorenen Gebieten nicht vorgenommen. Es wäre nicht unmöglich, daß die Mengenrechnung die Verengerung der Ernährungsbasis weniger groß erscheinen ließe als die Flächenrechnung. Weiter bringen beide Denkschriften Zusammenstellungen aus der Anbau- und Erntestatistik. Der Wert dieser Zusammenstellungen wird aber dadurch sehr vermindert, wenn nicht völlig in Frage gestellt, daß die Zahlen der amtlichen Statistik ohne ein Wort der Kritik oder auch nur der Einschränkung übernommen werden. Bekanntlich bleiben die Angaben der amtlichen Anbau- und noch mehr der Ertragsstatistik seit dem Krieg wesentlich hinter der Wirklichkeit zurück, während für die Zeit vor dem Krieg eher eine Überschätzung anzunehmen ist. Diese Tatsache wird von niemandem ernstlich bestritten und auch von den Statistischen Ämtern in ihren Publikationen betont. Die Statistischen Ämter müßten aber in ihrem eigenen Interesse, um den Wert der von ihnen geleisteten Arbeit nicht völlig diskreditieren zu lassen, sich dagegen wenden, daß diese Zahlen mißbräuchlich, das heißt ohne einschränkende und berichtigende Zusätze veröffentlicht werden. Sie müßten vielmehr versuchen möglichst brauchbare Schätzungsmaßstäbe für die Fehlergröße zu gewinnen und dafür sorgen, daß überall, wo die Zahlen der amtlichen Agrarstatistik veröffentlicht werden, auch diese amtliche Schätzung der Fehlergröße hinzugefügt wird.

Im übrigen enthält die Denkschrift Zusammenstellungen über die Entwickelung des Viehstands, der Schlachtungen und des Verbrauchs der wichtigsten Nahrungs- und Genußmittel pro Kopf der Bevölkerung. Die Berechnung des Fleischverbrauchs erfolgt auch hier, wie allgemein, ohne Berücksichtigung der Hausschlachtungen. Dadurch bleibt die Tatsache unberücksichtigt, daß dem starken Rückgang des Fleischverbrauchs bei der städtischen Bevölkerung eine erhebliche Steigerung des Fleischverbrauchs bei der sich selbst versorgenden Bevölkerung gegenübersteht. Es hat allerdings den Anschein, als ob auch hierin infolge der schwierigen Lage der Landwirtschaft und der Steigerung des Reallohnes gegen 1922 ein Umschwung eingetreten ist. Jedenfalls ist mit der Zahlenangabe der Denkschrift (Fleischverbrauch 1922 26,71 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung gegen 43,15 Kilogramm 1913) wenig anzufangen.

Die Denkschrift von 1924 enthält auch Angaben über die steuerliche Belastung der Landwirtschaft. Die Gesamtbelastung wird berechnet durch die Addition folgender Posten: 1. Vermögenssteuer 5 ‰, 2. Vorauszahlung auf die Einkommensteuer 4 ‰, 3. Verzinsung der Rentenbankgrundschuld (6 % Zinsen von 4 % des Wertes) 2,4 ‰, 4. preußische Grundsteuer 3 ‰, 5. Gemeindezuschläge hierzu (bis zu 200 %, durchschnittlich 100 %)

3 ‰, zusammen 17,4 ‰. An diesen Zahlenangaben ist zunächst zu berichtigen, daß der Satz von 3 ‰ für die preußische Grundsteuer den Höchstsatz darstellt, während tatsächlich die Steuer von 1,2 ‰ bis 3 ‰ gestaffelt ist. Nach den Angaben der preußischen Regierung, daß durch diese Staffelung der Ertrag der Steuer gegenüber dem ursprünglich allgemein vorgesehenen Satz von 3 ‰ auf die Hälfte vermindert würde, ist anzunehmen, daß die durchschnittliche Belastung 1,5 ‰ beträgt. Während die Ermäßigung dieser Steuersätze vermutlich erst nach Drucklegung der Denkschrift zustande kam, stellt die Angabe, daß die oben genannten Relativzahlen sich auf »je 1000 Mark des Friedenswertes« beziehen, eine direkte Unrichtigkeit dar. Bekanntlich sind die Friedenswerte durch Berichtigungen des Wehrbeitragswerts und zum Teil durch starke prozentuale Abschläge zum Zweck der Steuerberechnung gekürzt worden. Man kann annehmen, daß hierdurch bei den Steuern 1 und 2 der Steuerwert nur etwa zwei Drittel des tatsächlichen Friedenswertes beträgt. Bei volkswirtschaftlichen Berechnungen über die gesamte steuerliche Belastung der deutschen Landwirtschaft wären also die angeführten Steuersätze nicht von dem auf etwa 60 Milliarden Goldmark geschätzten wirklichen Vorkriegswert des landwirtschaftlichen Grundvermögens sondern nur von 40 Milliarden zu berechnen. Auf diese Weise ist auch die Schätzung in dem Artikel Was hat sich in der Lage der deutschen Landwirtschaft geändert? (in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 553 ff.): die steuerliche Mehrbelastung der Landwirtschaft betrage etwa 650 Millionen Goldmark und komme der Belastung durch Hypothekenzinsen vor dem Krieg gleich, zustande gekommen.

Als Ergänzung der Denkschrift der Reichsregierung wurden vom Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft dem Daweskomitee Materialien zur Beurteilung der Lage der deutschen Landwirtschaft zu Beginn des Jahres 1924 /Berlin, Deutscher Schriftenverlag/ vorgelegt. Sie teilen mit den Denkschriften des Reiches die kritiklose Verwendung der amtlichen Anbau- und Erntestatistik und rücken durch eindrucksvolle graphische Darstellungen gerade dieses fehlerhafte Material stark in den Vordergrund. Von dem Mittel der graphischen Darstellung wird auch reicher Gebrauch gemacht bei der Gegenüberstellung der Preise für Produkte und Produktionsmittel. Nur führen diese Zusammenstellungen von Preisrelationen durch das übermäßige Überwiegen des Kohle-Eisen-Index auf der Seite der Produktionsmittel irre. Gewiß sind Kohle und Eisen als wichtigste industrielle Rohstoffe, wie für die gesamte Volkswirtschaft, so auch für die Landwirtschaft von großer Bedeutung. Aber bei einer quantitativen Gegenüberstellung von Produktionskosten und Produktionserlös können nur aus einem gewogenen Index einigermaßen brauchbare Schlüsse gezogen werden. In einem solchen Index würden die relativ teuren Produktionsmittel Kohle und Eisen, bis zu einem gewissen Grad auch die Maschinen, stark zugunsten der relativ billigen Produktionsmittel, vor allem des Kunstdüngers zurückgedrängt werden. Außerdem kombinieren die Materialien 2 Fehlerquellen mit einander. Es wird hier folgende Reinertragsrechnung vorgeführt: Den Ausgangspunkt bildet die Entwickelung des Rohertrags. Nach der fehlerhaften, hier übernommenen amtlichen Erntestatistik ergibt dieser, das Wirtschaftsjahr 1913-1914 = 100 gesetzt, für die Wirtschaftsjahre 1920-1921, 1921-1922, 1922-1923 die Zahlen 79, 80, 76. Die nächste Komponente für das Endresultat bildet der "Aufwand", und zwar wird er einfach am Kunstdüngerverbrauch gemessen. Gemäß der allgemeinen Steigerung des Kunstdüngerverbrauchs ergeben sich hier die Zahlen 81, 107, 125. Diese Steigerung des realen Aufwands, die doch zum großen Teil eine Folge der in der Inflationszeit beispiellos niedrigen Kunstdüngerpreise ist, wird zur Errechnung ihres Geldwerts nun aber nicht etwa mit den Kunstdüngerpreisen multipliziert sondern mit einem "Erzeugungsmittelpreisindex", der nur auf Grund der Preise von Kohle und Eisen errechnet ist, in dem die Kunstdüngerpreise also unberücksichtigt geblieben sind, und der dementsprechend die Werte 109, 77,8, 99,8 ergibt. Außerdem wird noch ein "Erzeugnispreisindex" benutzt, in dem die Preise von Getreide und Kartoffeln als Ackererzeugnisse einerseits und von Schlachtvieh andrerseits im Verhältnis 60:40 enthalten sind. Nun wird der Mengenindex der Erzeugnisse mit dem dazugehörigen Preisindex kombiniert, und das Ergebnis als "Rohertragsindex" einem "Aufwandsindex" gegenübergestellt, der nichts anderes ist als die oben charakterisierte Kombination des Kunstdüngermengenverbrauches mit den Preisen von Kohle und Eisen. Die prozentuale Abweichung dieses Rohertragsindex von dem = 100 gesetzten Aufwandsindex ergibt dann als

Endergebnis den "Wirtschaftsindex", der gleichsam die Entwickelung des Reinertrags, die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft kennzeichnen soll. Es ist fast überflüssig anzuführen, daß das Ergebnis dieser schwer zu qualifizierenden Kunstgriffe eine ununterbrochene und beängstigende Verschlechterung der Wirtschaftslage zeigt. Der Wirtschaftsindex beträgt danach 1913-1914 100, 1920-1921 74,3, 1921-1922 65,5, 1922-1923 33,6. Hierbei ist also zu beachten, daß sich die beiden letzten Zahlen nicht etwa auf die Zeit der Agrarkrisis sondern auf die beiden Jahre des landwirtschaftlichen Konjunkturhöhepunkts beziehen.

In dem Abschnitt über die Betriebsergebnisse der deutschen Landwirtschaft seit 1914 wird noch einmal eine Berechnung über die Entwickelung der Reinerträge von 1912 bis 1922-1923 vorgeführt und zwar auf Grund der Materialien der Zentralstelle zur Erforschung landwirtschaftlicher Betriebsverhältnisse und der Betriebsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat. Auch hier zeigt sich ein ständiges, durch keine Konjunktur unterbrochenes Sinken der Reinerträge. Die niedrigsten Werte, 25 und 26 % des Vorkriegsreinertrags, ergeben sich für den Konjunkturhöhepunkt, für die Jahre 1921-1922 und 1922-1923. Dieses mit den Erfahrungen der Praxis vollkommen unvereinbare Ergebnis ist unschwer durch das Verfahren zu erklären, bei dem Papiermarkwerte auf Goldmark zurückgeführt werden. Natürlich soll das hier benutzte Verfahren nicht als eine bewußte Irreführung bezeichnet werden, denn es gibt kaum eine in Zeiten fortschreitender Geldentwertung wirklich "richtige" Bilanzierungsmethode. Aber solche Zahlenspiele sollten unterlassen werden, denn beweisen kann man mit ihnen alles und gar nichts.

Der Abschnitt über Kreditbedarf und Kreditbeschaffung in der Landwirtschaft ist überaus kurz; eine kritische Analyse des Kreditbegehrens fehlt. Dagegen gibt der Abschnitt Die steuerliche Belastung der Landwirtschaft eine ausgezeichnete Zusammenstellung, die durch Berücksichtigung der Berichtigung und Kürzung des Wehrbeitragswerts erheblich zuverlässiger ist als die Denkschrift der Reichsregierung. Der Verfasser dieses Abschnitts ließ sich im Gegensatz zu seinen Mitarbeitern wahrscheinlich von der Erkenntnis leiten, daß Darstellungen über die Lage der Landwirtschaft desto eindrucksvoller und zweckentsprechender sind, je mehr sie sich von Übertreibungen fernhalten.

Von den zusammenhängenden Darstellungen der Wandlungen in der Lage der deutschen Landwirtschaft sei hier anschließend nur eine Schrift des Ökonomierats Lothar Meyer betrachtet: Die deutsche Landwirtschaft während der Inflation und zu Beginn der Deflation /Tübingen J. C. B. Mohr/. Der Gedankengang dieser Schrift weist eine weitgehende Übereinstimmung mit dem in den Sozialistischen Monatsheften (1923 Seite 657 ff.) veröffentlichten Aufsatz Die deutsche Landwirtschaft nach dem Krieg auf. Es werden die gleichen Zeitabschnitte unterschieden: 1. Periode der Zwangsbewirtschaftung der Getreide, endend im Juli 1921, 2. Periode von der Einführung der Umlage im Juli 1921 durch die Ernten 1921 und 1922, 3. Höhe der Inflation Februar bis November 1923. Entsprechend dem etwa um ein Vierteljahr spätern Erscheinen der Meyerschen Schrift ist diesen 3 als »Ära der Inflation« zusammengefaßten Perioden noch ein weiterer Abschnitt Beginn der Deflation um die Jahreswende 1923-1924 hinzugefügt. Auch in den Einzelheiten zeigt sich eine weitgehende Übereinstimmung mit jenem Aufsatz. Um die Verminderung der Hypothekenlast anschaulich zu machen, wird wie dort die Roggenrechnung benutzt, bei der sich eine Verminderung der vor dem Krieg etwa 4 Millionen Tonnen Roggen betragenden Zinsenlast auf 200 000 Tonnen im Juli 1921, also auf ein Zwanzigstel der ursprünglichen Belastung, ergibt. Die Umlage wird mittels der Roggenrechnung in ihrer realen Bedeutung dargestellt. Statt der in jenem Aufsatz errechneten Zahl von 800 000 Tonnen Roggen als Realwert der Umlage von 1922 nimmt Lothar Meyer einen Wert von 1 Million Tonnen an. Es folgt sodann die Feststellung, daß, von der automatischen Hypothekenentlastung abgesehen, die sonstigen Möglichkeiten der Geldentwertung den Landwirten in sehr ungleichmäßiger Weise zugute gekommen sind, so daß auch Inflationsverluste nicht ausblieben. Der Grund wird darin gefunden, daß die Spekulation dem Landwirt naturgemäß ferner liegt. Ein weiterer Grund für Ungleichmäßigkeiten sind die Preisschwankungen, die sich auch bei wertbeständiger Rechnung ergeben. Meyer bringt hier außerordentlich interessante Tabellen, die die starken Preisschwankungen und die ganz außergewöhnliche Streuung der Preise zeigen. Diese Tabellen sind einer Publikation Fensch' Die Preisbildung in der Landwirtschaft in den Wirtschaftsjahren 1920-1921 bis 1922-1923

entnommen, die im Buchhandel leider vergriffen ist. Es werden nicht nur die Preise für Roggen, Kartoffeln und Milch in Goldmark über Dollaragio angeführt, sondern auch Tabellen, die die Verschiebung der Preisrelationen zwischen Produkten und Produktionsmitteln sowie die zwischen verschiedenen Produkten (Schlachtvieh, Roggen, Kartoffeln, oder Schweine, Kartoffeln, Ferkel) vorzeigen. Besonders diese Tabellen waren für den Praktiker, der sie sich selbst laufend anfertigte, von großem Interesse; nur verhinderte, wie Meyer richtig bemerkt, die Plötzlichkeit und rasche Folge der Schwankungen meist ihre praktische Anwendung in Form von Betriebsumstellungen. Die Darstellung der 3. Periode stimmt wieder weitgehend mit der in den Sozialistischen Monatsheften gegebenen überein. Dem Übergang der Industrie zu Goldpreisen, besonders aber der Arbeiterschaft zu Goldlöhnen, sowie der Abwälzung der in der rapiden Geldentwertung liegenden Umsatzsteuer auf die Landwirtschaft ist dabei der richtige Platz in dem System angewiesen, das zum Zusammenbruch des Inflationsmechanismus und zur Zerstörung der für die Landwirtschaft günstigen Konjunktur führte. In dem letzten Abschnitt (Beginn der Deflation) wird eine Analyse der Lage der deutschen Landwirtschaft versucht. Da diese jedoch damals noch zu wenig konsolidiert war, haben sich die Prophezeiungen Lothar Meyers großenteils als irrig erwiesen. Am schwerstwiegenden ist die Fehlprophezeiung für die Preisentwickelung der Viehprodukte. Statt des erwarteten dauernden Tiefstands infolge unserer Verarmung ist hier eine kräftige Preissteigerung eingetreten. Nicht die befürwortete vorwiegende Produktion von Zerealien und sonstigen vegetabilischen Nahrungsmitteln primitiver Art, nicht der Ersatz der Stallmistdüngung durch Gründüngung und mineralische Düngung, sondern die Vermehrung der Viehhaltung, Zukauf von Kraftfuttermitteln bei gleichzeitiger Ausdehnung der eigenen Futtermittelproduktion und die hierdurch bewirkte allgemeine Intensivierung haben sich privat- wie volkswirtschaftlich als das richtige Betriebsziel herausgestellt. Da Lothar Meyers Publikation vollkommen unabhängig von jenem Aufsatz in den Sozialistischen Monatsheften entstanden ist, so kann die zum Teil ganz außergewöhnliche Übereinstimmung als ein Beweis betrachtet werden, daß beidemal richtig beobachtet und folgerichtig interpretiert worden ist.

Totenliste

Am 14. Januar starb in München im Alter von 57 Jahren der Ministerialdirektor *Hans Attinger*, der mit Recht der Leiter der bayrischen Tierzucht genannt werden konnte. Er war ursprünglich Tierarzt. Im Krieg leitete er die bayrische Fleischversorgungsstelle. Er kam auf den glücklichen Gedanken die finanziellen Überschüsse aus der staatlichen Regelung des Viehhandels den Tierzuchtverbänden zu überweisen und sie so am Leben zu erhalten. Aus den Überschüssen der Fleischversorgungsstelle finanzierte er die Gründung des Instituts für praktische Tierzucht in Grub, dessen musterhafte Einrichtungen weit bekannt sind. 1920 wurde er Leiter der Tierzuchtabteilung in dem neugegründeten bayrischen Landwirtschaftsministerium. Bekannt ist seine Abhandlung über Höhenvieh in dem Sammelwerk Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege /Berlin, Paul Parey/.

Am 28. Februar verschied in Bad Nauheim *Heinz Krantz*, der Gründer des Reformbundes der Gutshöfe und der Gutsreform. Ursprünglich in führender Stellung in der süddeutschen Eisenindustrie, wurde er im Frühjahr 1919 durch einen Konflikt mit der Räteregierung aus Bayern vertrieben. In Hessen schuf er sich ein neues Arbeitsfeld, indem er den Zusammenschluß mehrerer vorbildlich wirtschaftender größerer Besitzer und Pächter zum Schutz gegen die radikalen Siedelungsbestrebungen veranlaßte. Aus dieser Vereinigung entstand der Reformbund der Gutshöfe. Ziel der Organisation war vor allem Aufklärung der Öffentlichkeit über die wichtigen Funktionen, die der gutgeleitete Großbetrieb bei der Versorgung der Städte und als Vorbild für die kleineren Betriebe zu erfüllen hat. In der Gutsreform entstand eine kaufmännische Organisation, die sich in West- und Süddeutschland einen überraschend großen Geschäftskreis eroberte, wobei der private Handel aus dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produkte und Produktionsmittel stark zurückgedrängt wurde. Ihren geistigen Niederschlag fanden die Schöpfungen Krantz' in den Blättern für Gutsreform, die unter den landwirtschaftlichen Zeitschriften eine ganz besondere Stellung einnahmen, sich durch weitblickenden Geist und volkswirtschaftliches Verständnis auszeichneten. Als eine der ersten Organisationen nahm die Gutsreform sich der Grünlandbewegung an. Zu den jüngst aufgenommenen Arbeitszielen gehört die Propaganda für eine bessere

Konservierung und Nutzbarmachung des Stalldüngers nach dem von Krantz' Vater ausgearbeiteten Gärstattverfahren. Beides Maßnahmen, die bei der notwendigen Intensivierung der deutschen Landwirtschaft eine überaus wichtige Rolle zu spielen berufen sind.

Kurze Chronik Auf dem Berliner Parteitag der *Sozialdemokratischen Partei* Deutschlands hielt Wilhelm Helling das Referat über die Agrarfrage. Er vertrat den neuerdings in der Partei hervortretenden Standpunkt: das Agrarprogramm müsse so formuliert werden, daß die Sozialdemokratie auch in der Landbevölkerung, bis hinein in die Kreise der Kleinbauern, Anhänger werben könne. Von einem großzügigen, an sozialistischer Weltanschauung und Einblick in die ökonomischen Zusammenhänge orientierten Agrarprogramm war in diesen Ausführungen auch nicht einmal andeutungsweise die Rede. Wichtiger ist, daß der Parteitag eine Résolution annahm, in der vom Parteivorstand die Einsetzung einer Agrarkommission verlangt wird, die dem nächsten Parteitag Richtlinien für ein Agrarprogramm vorlegen soll. ◇ Dem Professor Julius Pohl in Breslau ist es gelungen ein Verfahren zur *Entbitterung des Lupinenmehls* durchzuführen, wodurch der reiche Eiweißgehalt der Lupinen auch für menschliche Nahrungszwecke verwertbar gemacht werden kann. ◇ Durch die Novelle vom 13. Februar 1924 ist die Geltungsdauer der *Pachtschutzordnung* bis zum 30. September 1925 verlängert worden. Jedoch soll auf Verträge, die nach dem 1. März 1924 abgeschlossen werden, die Pachtschutzordnung keine Anwendung mehr finden.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Komödienmusik Neben der Musik der Gebildeten läuft eine niedere musikalische Literatur einher, die frei von Pathos und Tiefgründigkeit meist heitern oder sentimentalen Charakters ist. Sie ist die musikalische Nahrung der breiten Volksmassen. Über sie lernen wir etwas durch das Werk *Wiener Komödienlieder aus 3 Jahrhunderten,* herausgegeben von Blanka Glossy und Robert Haas /Wien, Anton Schroll & Co./. Es ist nicht das musikalische Wien Beethovens und Brahms', aber Haydn, Mozart, Schubert spielen darin eine, wenn auch bescheidene, Rolle. Die Herausgeber haben die Archive des Theaters an der Wien und des Carltheaters durchstöbert und bringen Lieder und Duette aus volkstümlichen Theaterwerken, die zum größten Teil hier zum erstenmal gedruckt werden. Zauberopern, Hanswurstiaden, Singspiele und Parodieen auf die große Oper haben seit Jahrhunderten in Wien ein breites Publikum gefunden, und die Musik dazu steht dem Volkslied so nahe, daß mit Recht gesagt wurde, man sei bei vielen Liedern im Zweifel, ob der Komponist sie dem Volk gestohlen hat, oder das Volk dem Komponisten. Es ist leichte, aber heitere Ware; Höhepunkte dieser Gattung, die weit in das Gebiet der großen Musikliteratur hineinragen, sind Mozarts Entführung und Zauberflöte. Gluck schrieb 7 Jahre lang die Arien für das französische Vaudevilletheater in Wien und führte die Menuetts dort ein. Man merkt italienische und französische Einflüsse, aber bald werden sie in eine spezifisch Wiener Manier umgebogen. Meist sind es wenig bekannte Namen, Kapellmeister an Vorstadttheatern, die schlicht und recht die Musik zu Singspielen und Possen schrieben; mit viel Routine, aber auch mit Frische und liebenswürdiger Heiterkeit. Der Wiener Walzer guckt schon am Ende des 18. Jahrhunderts hervor und kommt bei Schubert und Lanner zu einer ersten Blüte. Daß er bei Johann Strauß dann auf einen Höhepunkt gekommen ist, verschweigt das Werk; denn für die Herausgeber bedeutet die Operette den Niedergang der Volksbühne, und Millöcker ist deshalb nur mit einem Musikstück zu einer Posse aufgenommen.

Der musikalische Satz in der Klavierbegleitung ist ganz besonders geschmackvoll. Und das ist bei dieser Art von Musik sehr dankenswert. Die üblichen Klavierbearbeitungen von Musik leichtern Genres sind nach dem Prinzip bequemster Spielbarkeit angefertigt und unterschlagen musikalische Feinheiten der Mittelstimmen, die ganz besondern Reiz haben. ⟨Nebenbei bemerkt: Die Klavierauszüge der Verdischen Opern, besonders der älteren, sind aus dem gleichen Grund erbärmlich und Schuld an einer sehr verbreiteten falschen Einstellung Verdi gegenüber.⟩

Abbildungen der Wiener volkstümlichen Theater und Porträts der Komponisten sind dem sehr reich, ja kostbar ausgestatteten Werk beigegeben; dann auch Stiche und Zeichnungen von Opernszenen, ebenso fröhlich, harmlos und liebenswürdig in der Parodie wie Musik und Texte.

Georg Stern

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION ELLA BORMANN / VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG / DRUCK VON HANS DOHRN / SÄMTLICH IN BERLIN